

Beratungsergebnisse HFBDP zum Haushalt 2023

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
416	HFBPD	SPD+CDU	1103	OB	Ergänzung der Zielvereinbarungen im Produkt 110301 Zur besseren Förderung weiblicher Führungskräfte und zur weiteren Attraktivitätssteigerung von Karrieren in der städtischen Verwaltung, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die Ergänzung folgender Zielformulierung: (Ergänzung in kursiv und farblich unterlegt): Mittelfristige Ziele für den Planungszeitraum 2023 bis 2026 Einführung eines Förderprogrammes zur Talentförderung weiblicher Nachwuchskräfte sowohl aus dem internen als auch aus dem externen Bereich unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Abbildung gesellschaftlicher Vielfalt.			zugestimmt
417	HFBPD	SPD+CDU	1110	6	Schießanlage Sporthalle Barbaraschule in Resse Im Jahr 2022 konnte der TV Resse über einen längeren Zeitraum hinweg diverse Sportkurse nicht anbieten, da eine Stelle unbesetzt war und keiner die Sporthalle aufschließen konnte. Dem Verein ist kein Schlüssel zur Verfügung gestellt worden. Unabhängig von der erfolgten Nachbesetzung der entsprechenden Stelle wäre dem Verein sehr geholfen, wenn ein Schlüssel für die Halle verfügbar wäre, damit ein erneuter monatelanger Ausfall von Sportkursen in Zukunft vermieden werden kann. Um einen Schlüssel aushändigen zu können, der kein Generalschlüssel ist, müssten nach Auskunft der Verwaltung (Drucksachen-Nr. 20-25/3276 und /2953) zunächst ein weiterer Schließkreis definiert und Schlösser zur Sporthalle ausgewechselt werden. Hierzu seien 3.000 € bis 4.000 € an finanziellen Mitteln erforderlich. Die erforderlichen Arbeiten und Maßnahmen (Schließanlage und Schließkreis, Aushändigung der Schlüssel) sind in 2023 zu erledigen. Hierzu sind 4.000 € einzustellen.			zugestimmt
418	HFBPD	SPD+CDU	1110	6	Steigerung der Aufenthaltsqualität am Schloss Horst Um die Aufenthaltsqualität am Schloss Horst zu erhöhen und um Gästen des Standesamtes die Möglichkeit zu geben, vor der Glashalle sitzend zu warten, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die Aufnahme folgender Zielformulierung für das Produkt 111003: Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023 bis 2026 Erhöhung der Aufenthaltsqualität am Schloss Horst Maßnahmen zur Zielerreichung Installation von Sitzmöglichkeiten in Absprache mit dem neuen Pächter der Gastronomie im Schloss Horst			zugestimmt
419	HFBPD	SPD+CDU	1110	6	Laubbläser für den SC Schaffrath 1959 e.V. [111008] Der Verein betreibt zur Platzpflege und zur Laubbeseitigung ein uraltes Gerät mit einer enormen Lärmemission. Um die Lärmemissionen zu senken, erhält der Verein für seine Zwecke notwendiges Gerät. Das Gerät muss ein akkubetriebenes Gerät sein. Dafür werden in den Haushalt 3.000 Euro eingestellt.			zugestimmt
432	HFBPD	SPD+CDU	1110	6	Kurzfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023: - Durchführung einer Machbarkeitsstudie, inwieweit die Sanierung der Unterkunft am Standort "Im Emscherbruch 70" bzw. ein Neubau auf der Liegenschaft realisierbar ist Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023-2025: - Gemeinsame Herbeiführung einer Entscheidung durch die beteiligten Akteure und anhand der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum weiteren Vorgehen sowie abschließende Umsetzung durch die zuständige Fachdienststelle - Sanierung des Standortes "Im Emscherbruch 70" bzw. Neubau auf der Liegenschaft durch das Referat Hochbau und Liegenschaften oder Finden einer alternativen Unterkunft für die Spielvereinigung Resse-Middelich durch Gelsensport e.V. Maßnahmen zur Zielerreichung: - Erarbeitung eines nutzungsorientierten Konzeptes zum Umbau/Neubau der Unterkunft der Spielvereinigung Resse-Middelich - Ermittlung der dafür anfallenden Kosten und Abwägung der alternativen Möglichkeiten - je nach Entscheidung: Aufnahme der Umbau-/Neubaukosten in die verwaltungsseitige Maßnahmenliste bzw. Haushalt des Referates Hochbau und Liegenschaften oder Suche nach einem anderen, den Anforderungen entsprechenden Standorten durch Gelsensport e.V.			zugestimmt
297	BV Ost	SPD	1110	6	Die SPD-Bezirksfraktion Gelsenkirchen-Ost beantragt die Restauration des unter Denkmalschutz stehenden Einmannbunkers an der Cranger Straße in den Zielvereinbarungen der Produktgruppe 1110 wie folgt festzuschreiben: Kurzfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023: -Erstellung eines Gutachtens über die Kosten für eine Restaurierung Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2024 – 2025: -Durchführung der Restaurierungsmaßnahme im Sinne des Gutachtens, Aufstellung einer Hinweistafel Maßnahmen zur Zielerreichung: -Erarbeitung eines Gutachtens zur Feststellung von Kosten und Aufwand für die Umsetzung sowie Aufnahme der Restaurationskosten in die verwaltungsseitige Maßnahmenliste bzw. Haushalt	Die Verwaltung nimmt die Beauftragung eines Gutachtens zur beschriebenen Maßnahme für das Haushaltsjahr 2023 in das Aufgabenportfolio auf. Dieses geschieht in enger Abstimmung mit der Unteren Denkmalbehörde (UDB) und dem LWL. Ziel wird es sein, den Umfang der Maßnahme sowie entsprechende Kosten zu spezifizieren. Eine mittelfristige Umsetzung der Maßnahme ist dabei stark abhängig vom Umfang der notwendigen Restaurierung. Hierzu kann die Verwaltung erst nach Vorliegen des Gutachtens eine differenzierte Aussage treffen.		zugestimmt

ID	konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBD
298		BV Ost	SPD	1110	6	<p>Die SPD-Bezirksfraktion Gelsenkirchen-Ost beantragt den Bau einer neuen Unterkunft für die Spielvereinigung Resse-Middelich in den Zielvereinbarungen der Produktgruppe 4201 - investive Ausstattung von Sportanlagen Bezirk Ost – wie folgt festzuschreiben:</p> <p>Kurzfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023: -Durchführung einer Machbarkeitsstudie inwieweit die Sanierung der Unterkunft am Standort „Im Emscherbruch 70“ realisierbar ist</p> <p>Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023 – 2025: -Sanierung des Standortes oder Finden einer alternativen Unterkunft für die Spielvereinigung Resse-Middelich Maßnahmen zur Zielerreichung:</p> <p>-Erarbeitung eines nutzungsorientierten Konzeptes zum Umbau der Unterkunft der Spielvereinigung Resse-Middelich -Ermittlung der dafür anfallen Kosten sowie Aufnahme der Umbaukosten in die verwaltungsseitige Maßnahmenliste bzw. Haushalt</p> <p>-Alternativ: Suche nach einem anderen Standort, der den Anforderungen entspricht</p>	<p>Die Verwaltung wird im Haushaltsjahr 2023 eine Machbarkeitsstudie intern anfertigen. Zielvorgabe ist dabei, neben einer Wirtschaftlichkeitsberechnung einer Sanierung der bestehenden Unterkunft, die Prüfung, inwieweit auf der Liegenschaft die Möglichkeit eines alternativen Neubaus besteht. Dieser Neubau wird ebenfalls mit einem Grobkostenrahmen hinterlegt. Im Nachgang kann die Verwaltung eine monetäre Aussage treffen.</p> <p>Die Durchführung der Machbarkeitsstudie sowie die ggf. daran anschließende Sanierung des Standorts bzw. der ggf. daran anschließende Neubau auf der Liegenschaft wären der Produktgruppe 1110 (Hochbaummanagement) zuzuordnen, das als weitere Möglichkeit aufgeführte „Finden einer alternativen Unterkunft für die Spielvereinigung Resse-Middelich“ wiederum der Produktgruppe 4201 (Sportanlagen und Sportförderung).</p> <p>Um die Zielvereinbarungen vollständig einer Produktgruppe zuordnen zu können, schlägt die Verwaltung daher die folgende Formulierung und die Aufnahme in die Produktgruppe 1110 vor:</p> <p>Kurzfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023: -Durchführung einer Machbarkeitsstudie, inwieweit die Sanierung der Unterkunft am Standort „Im Emscherbruch 70“ bzw. ein Neubau auf der Liegenschaft realisierbar ist</p> <p>Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023 – 2025: -Gemeinsame Herbeiführung einer Entscheidung durch die beteiligten Akteure und anhand der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie zum weiteren Vorgehen sowie anschließende Umsetzung durch die zuständige Fachdienststelle</p> <p>-Sanierung des Standortes „Im Emscherbruch 70“ bzw. Neubau auf der Liegenschaft durch das Referat Hochbau und Liegenschaften oder Finden einer alternativen Unterkunft für die Spielvereinigung Resse-Middelich durch Gelsensport e.V.</p> <p>Maßnahmen zur Zielerreichung: -Erarbeitung eines nutzungsorientierten Konzeptes zum Umbau/Neubau der Unterkunft der Spielvereinigung Resse-Middelich</p> <p>-Ermittlung der dafür anfallenden Kosten und Abwägung der alternativen Möglichkeiten</p> <p>-Je nach Entscheidung: Aufnahme der Umbau-/Neubaukosten in die verwaltungsseitige Maßnahmenliste bzw. Haushalt des Referats Hochbau und Liegenschaften oder Suche nach einem anderen, den Anforderungen entsprechenden Standort durch Gelsensport e.V.</p>		abgelehnt
451	HFBD	AFD		1110	6	<p>Produktgruppe: 1110 Bezeichnung: Hochbaummanagement, Erläuterungen zu Investitionsmaßnahmen Seite(n) des Haushaltsplans: 149</p> <p>In unserer Anfrage zum oben genannten Sachverhalt fragten wir an, an welchen Standorten in Gelsenkirchen Fertiggaragen als Lagerräume für Schulen errichtet werden sollen. Die Verwaltung teilte die Standorte Hauptschule Grillostraße 11, Gesamtschule Leipziger Straße 1 und Gesamtschule Flurstraße 100 mit. Zudem ergab sich aus unserer Anfrage, dass unter anderem auch Gefahrstoffe (z. B. brennbare Flüssigkeiten) in diesen Garagen gelagert werden sollen. Daher beantragt die AFD-Fraktion, Folgendes zu beschließen: Die Fertiggaragen an den benannten Standorten werden – in Hinblick auf die geplante Lagerung von Gefahrstoffen – mit der DIN Widerstandsklasse RC 6 für Fenster und Türen ausgestattet. Wenn diese Planungen bereits derart weit fortgeschritten sein sollten, dass eine Vorab-Ausstattung nicht mehr möglich wäre, wird eine nachträgliche Aufrüstung der Garagen auf diese Widerstandsklasse vorgenommen. Das Volumen des Haushaltstitels wird dem Ermessen der Verwaltung anheimgestellt.</p>			abgelehnt
454	HFBD	AFD		1110	6	<p>Produktgruppe: Querschnitt Schule, Verkehr usw.; Produkt: nicht bekannt Bezeichnung: Stromversorgung, Kosten für Elektrizität, Stromsparmaßnahmen auf Prüfstand</p> <p>Die Energiekosten finden sich offenbar an verschiedenen Stellen im Haushaltsplanentwurf. Eine Schlagwortsuche erbrachte jedenfalls keine brauchbaren Ergebnisse. Nach dem bisherigen Kenntnisstand kann sich eine Gasknappheit für den nächsten Winter anbahnen. Doch Experten gehen nicht von einer Stromknappheit in naher Zukunft aus, weil in den europäischen Ländern genug Strom produziert wird und bei Bedarf importiert werden kann. Da die Klimaexperten der regierenden Parteien ohnehin von immer wärmeren Wintern ausgehen, können sicherlich große Gas- und Strommengen zum Heizen eingespart werden. Wir sehen deshalb keine Veranlassung zu unnötigen Sparmaßnahmen etwa bei elektrisch regulierten Wassertemperaturen oder der elektrischen Beleuchtung von Straßen oder öffentlichen Gebäuden. Da diese Energiemengen im Vergleich zu den eingesparten Energiemengen, die durch warme Winter aufgrund des Klimawandels entstehen, als vernachlässigbar gelten können. Wir beantragen daher, verwaltungsseitig zu prüfen, inwiefern auf Stromsparmaßnahmen sinnvollerweise verzichtet werden kann, und darüber hinaus verwaltungsseitig modifizierte Stromsparmaßnahmen bekannt zu geben.</p>			abgelehnt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
304	BV Mitte	B90/Die Grünen	1110	6	Einstellung von Mitteln zur Aufstellung, Miete, Wartung und Reparatur einer barrierefreien Trockentoilette im Stadtgarten für 2023 in Höhe von 55.000 € und für 2024 in Höhe von 35.000 € (PG 5405) Begründung: Beantragt werden Mittel für eine barrierefreie Trockentoilette im Stadtgarten durch die EcoToiletten GmbH oder einem vergleichbaren Anbieter über zwei Jahre. Die Kosten errechnen sich aus Aufbau, Miete, Wartungs- und Reparaturkosten nach dem Flyer von EcoToiletten und liegen darum weit unter den in der Verwaltung angegebenen 250.000 € bis 300.000 €. Auch das Vandalismusrisiko ist vom Anbieter als gering angesehen, so dass mit einem solchen Angebot bei vergleichsweise geringen Kosten die Aufenthaltsqualität im Stadtgarten erhöht werden kann.			abgelehnt
313	BV Süd	B90/Die Grünen	1110	6	Einstellung von Mitteln zur Aufstellung, Miete, Wartung und Reparatur einer barrierefreien Trockentoilette in unmittelbarer Nähe der Karl-Meyer-Straße für 2023 in Höhe von 55.000 € und für 2024 in Höhe von 35.000 € (PG 5405) Begründung: Im Umfeld der Einkaufsstraße Karl-Meyer-Str. gibt es zurzeit keine öffentliche Toilette. Wir beantragen daher Mittel für eine barrierefreie Trockentoilette im unmittelbaren Umfeld der Karl-Meyer-Straße von EcoToiletten GmbH oder einem vergleichbaren Anbieter über zwei Jahre. Die Kosten errechnen sich aus Aufbau, Miete, Wartungs- und Reparaturkosten nach dem Flyer von EcoToiletten.			abgelehnt
436	HFBPD	Grüne	1110	6	Zielformulierung Toiletten Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt im Rahmen des Haushaltsberatungsverfahrens die Aufnahme folgender Zielformulierungen für die Produktgruppe 1110 in den Haushaltsplan: Mittelfristige Ziele für den Planungszeitraum 2023 bis 2025: Die Versorgungslage mit öffentlichen, barrierefreien Toiletten, vor allem in den Haupt- und Nebenzentren, wird deutlich verbessert. Maßnahmen zur Zielerreichung: Im Jahr 2023 wird ein Konzept entwickelt und in den zuständigen Gremien (Bezirksvertretungen, Beirat für Menschen mit Behinderungen, Ausschuss für Soziales und Arbeit) vorgestellt. Berücksichtigt wird dabei die Barrierefreiheit der Toiletten und die Öffnungszeiten, die mindestens bis in die späten Abendstunden hinein gegeben sein müssen. Denkbar wären hier die Umsetzung des Konzepts „Nette Toilette“, der Bau neuer Anlagen, die Sanierung alter Anlagen, sogenannte Trockentoiletten etc. Das Konzept wird 2024 einer Pilotphase unterzogen.			zugestimmt
440	HFBPD	FDP	1110	6	Zielvereinbarung: Flugtaxen Produktgruppe 1110 - Landeplätze und Routen für Flugtaxen Zielvereinbarung: Die Verwaltung wird beauftragt mittelfristig Landeplätze für Flugtaxen zu identifizieren. Parallel sollte das Thema in den Mobilitätsplan aufgenommen werden und beim Verkehrsministerium NRW hinterfragt werden, ob es Fördergelder für die Einrichtung einer entsprechenden Infrastruktur geben kann. Begründung: Ab 2025 sollen Flugtaxen eine Erweiterung des ÖPNV werden. NRW hat aus diesem Grund eine Kooperation zwischen den beiden Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn und dem Technologie-Unternehmen Lilium aus Weßling beschlossen. Sie wollen zu Knotenpunkten eines nordrhein-Westfälischen Flugtaxi-Netzwerks werden. Eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur wird in Zukunft der entscheidende Standortfaktor sein. Für die Lebensqualität der Menschen und für den Wirtschaftsstandort", sagte Ministerpräsident Hendrik Wüst bei der Vorstellung der Kooperation.			zugestimmt
317	BV Süd	AUF	1110	6	AUF beantragt, in den Haushaltsplan 30.000 € einzustellen für die Suche nach einem geeigneten Standort für den Neubau der 4-zügigen Grundschule in Rotthausen. (Produktgruppe 1110005) Begründung: Auf dem hochgradig belasteten ehemaligen Kokereigelände Dahlbusch ist der Neubau einer Grundschule auch nach einer extrem kostenintensiven Bodensanierung nicht möglich. Deshalb ist es notwendig, zeitnah nach einem Alternativ-Standort zu suchen. (s.a. AUF-Prüfauftrag vom 10.9.22)			abgelehnt
420	HFBPD	SPD+CDU	1111	1	Stärkung des Schiedsamtswesens Das Schiedsamt ist Teil unseres Rechtssystems und eine kommunale Pflichtaufgabe – Die Gemeinde ist zur Kostenübernahme verpflichtet. Zur Stärkung des Schiedsamtswesens und damit auch zur Unterstützung dieses Ehrenamtes ist eine intensive Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Ebenso ist eine weitgehendere und intensivere Betreuung durch das Referat 30 -Recht- und das Referat 12 -Öffentlichkeitsarbeit – wünschenswert. Dazu sollte der derzeitige jährliche Haushaltsansatz um 5.000,00 € erhöht werden.			zugestimmt
462	HFBPD	WIN	1115	2	Aufsichtsräte in städtischen Gesellschaften, hier: § 113 Abs. 6 GO NRW (Drucksache Nr. 20-25/3304) Mit Bezug auf den Antrag der WIN-Fraktion zur Sitzung des HFBPD am 1. Dezember 2022 mit der Drucksache Nr. 20-25/4028 beantragt die WIN-Fraktion für die Fortbildung von Vertreterinnen und Vertretern der Gemeinde in Aufsichtsräten Mittel in Höhe von 10.000 Euro einzustellen.			abgelehnt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBD
421	HFBD	SPD+CDU	1118	1	Ausbau des LoRaWAN-Netzwerks Vor dem Hintergrund der zunehmenden Vernetzung und dem Ausbau des Wirtschaftsstandortes Gelsenkirchen, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die Aufnahme folgender Zielformulierung für das Produkt 111801: Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023 bis 2026 Ausbau der LoRaWAN-Technologie Maßnahmen zur Zielerreichung Erstellung einer Konzeptionierung, Einbindung von Unternehmen, die mit der Technologie arbeiten bzw. arbeiten wollen, Erarbeitung eines Konzeptes für den Ausbau			zugestimmt
341	OPV	SPD + CDU	1201	1	Einrichtung einer Vollzeitstelle zur Bekämpfung von Sozialleistungsmisbrauch Zur Einrichtung einer Vollzeitstelle wird ein Betrag von 99.700 € (90.000,00 € + 9.700,00 € Sachkosten) in den Haushalt eingestellt. Die Stelle soll strategisch und koordinierend im Rahmen der Arbeit des Interventionsteams im Referat 32/32.1 den in den vergangenen Jahren immer weiter gestiegenen Sozialleistungsmisbrauch entgegenwirken. Zu den Tätigkeitsschwerpunkten zählen die engere Vernetzung von Dienststellen der Stadtverwaltung, sich bereits jetzt mit Sozialleistungsmisbrauch befassen, die fachliche Begleitung der Kontrollaktivitäten im Bereich Problemimmobilien unter dem Gesichtspunkt des Sozialleistungsmisbrauchs, der Aufbau und die Pflege einer Datenbank von Vermietern von Problemimmobilien, der Konzeptaufbau zur Beobachtung von sozialen Medien (Autoposerfotos, Luxusfahrzeuge) und Einbeziehung polizeilicher Erkenntnisse zur organisierten Kriminalität (z. B. Clankriminalität). Der Stellenplan ist entsprechend anzupassen.			zugestimmt
340	OPV	SPD + CDU	1207	1	Ausbau der semistationären Verkehrsüberwachung Die Hauptursache für Verkehrsunfälle in Gelsenkirchen ist die überhöhte Geschwindigkeit. Vor diesem Hintergrund, zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und zum entsprechenden Ausbau der Geschwindigkeitsüberwachung an Standorten, an denen besonders oft Verstöße zu verzeichnen sind, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die Aufnahme folgender Zielvereinbarung für das Produkt 120701: Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023 bis 2026: Evaluation und konzeptionelle Weiterentwicklung der semistationären Geschwindigkeitskontrollen Maßnahmen zur Zielerreichung: Aufzeigen der entsprechenden personellen und technischen Kapazitäten, um den Einsatz und die Bußgeldbearbeitung sicherzustellen		kurzfristiges Ziel 2023 anstatt mittelfristiges Ziel 2026	zugestimmt
378	WIBG	B90/Die Grünen	1207	1	PG 5101: Fortlaufende Unterstützungsangebote für Gelsenkirchener Gastronom*innen – vitale Stadtteilzentren Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt im Rahmen des Haushaltsberatungsverfahrens für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Innovation, Beherbergung und Gastronomie am 29.11.2022 folgenden Änderungsantrag: Einstellung von 38.500 € in den Haushalt 2023 zur Unterstützung der lokalen Gastronomiebetriebe, insbesondere für den (anteiligen) Verzicht auf Sondernutzungs- und Verwaltungsgebühren: Begründung: Gastronom*innen berichteten von positiven Auswirkungen auf ihren Betrieb, aber auch von Synergien rund um die Quartierszentren durch die Aussetzung der Sondernutzungsgebühren und allgemeiner weiterführender Hilfen.		Antragstext ist entsprechend den Vorgaben des zuständigen Fachreferates und einvernehmlicher Zustimmung des HFBD wie folgt zu ändern: "In Ergänzung zu dem Billigkeitserlass gemäß § 12 der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen der Stadt Gelsenkirchen vom 14.11.2019 wird die Verwaltung beauftragt, die Erhebung von Sondernutzungsgebühren nach den Gebührentarifen Nr. 21) und Nr. 21a) im Zeitraum vom 01.01.2023 bis zum 31.12.2023 auf 50 % zu begrenzen. Das entspricht einem Volumen von ca. 38.500 Euro."	zugestimmt
444	HFBD	AFD	1210	1	Produktgruppe: 1210: Produkt: 121101 bis 03 Bezeichnung: Einwohnerangelegenheiten, Bürgercenter Seite(n) des Haushaltsplans: S. 228 ff. Im Haushaltsplanentwurf für 2023 werden unter der o. g. Stelle Haushaltsmittel für Bürgercenter aufgeführt. Die derzeitige Terminvergabe und -steuerung in den Bürgercentern ist suboptimal. Allzu viele Termine verfallen, ohne dass sie sofort genutzt werden. Das liegt daran, dass die Kunden, die ihren Termin nicht wahrnehmen, nicht absagen. Uns sind Behörden bekannt, die auch diese Termine kurzfristig nutzen. Die AFD-Fraktion beantragt daher, Mittel – nach Ermessen der Verwaltung – einzustellen zur Prüfung der Angebote anderer Anbieter von Publikumssteuerungs-, Terminvergabe- und Aufrufsystemen, die eine bessere Ausnutzung nicht wahrgenommener Termine in den Bürgercentern gewährleisten können. Damit könnten die derzeit unzumutbar langen Wartezeiten verkürzt werden.			abgelehnt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
265	HFBPD	B90/Die Grünen	1210	1	<p>Antrag auf Einstellung eines Budgets in Höhe von 2.000 EURO zur Anschaffung eines Bürgerkoffers exklusiv für die Justizvollzugsanstalt Gelsenkirchen</p> <p>Begründung: Der sogenannte „Bürgerkoffer“ ermöglicht es, die Leistungen des Bürgerservices auch mobil anzubieten. Nach unserem Kenntnisstand arbeitet die Verwaltung bereits an der Anschaffung eines solchen Bürgerkoffers, der dann aber lediglich für bettlägerige Personen zur Verfügung stehen soll. Inhaftierte der Justizvollzugsanstalt Gelsenkirchen benötigen oftmals für vorzeitige Entlassungen, Bonitätsauskünfte, Übergänge in eine Entzugsklinik und viele weitere Vorgänge schnellstmöglich Ausweisdokumente. Ein vorläufiger Ausweis ist in solchen Fällen allerdings nur eingeschränkt hilfreich, weil die Inhaftierten dann zweimal für die Kosten der Dokumente aufkommen müssen – für die Erstellung des vorläufigen und des endgültigen Ausweises. Bisher bestand die Lösung darin, dass Inhaftierte mit Hand- und Fußfesseln sowie in Begleitung von zwei Personen des Justizvollzugsdienstes ins Hans-Sachs-Haus gebracht wurden. Leider existiert derzeit keine Möglichkeit, kurzfristige Termine mit der Verwaltung für diese Besuche abzusprechen, weil die Beschäftigten des Justizvollzugsdienstes einem strengen Tagesplan folgen müssen und die Personalkapazitäten keinen „kurzfristigen Ausflug“ ins Hans-Sachs-Haus erlauben. Unter diesen Umständen leiden insbesondere die Inhaftierten. Zudem wird die Bereitstellung von Bürgerkoffern für die Justizvollzugsanstalten auch in anderen Städten von Mitarbeiter*innen der Anstalten gefordert.</p>			zugestimmt
422	HFBPD	SPD+CDU	1215	2	<p>Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehr</p> <p>In der Satzung für die Feuerwehr der Stadt Gelsenkirchen vom 10.04.2019 ist unter §8 die Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehr geregelt. Um eine zeitgemäße Höhe der Aufwandsentschädigung festzulegen, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die Aufnahme folgender Zielformulierung für das Produkt 121515:</p> <p>Kurzfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023 Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehr Maßnahmen zur Zielerreichung Erarbeitung eines verwaltungsseitigen Vorschlags in Abstimmung mit dem Stadtfeuerwehr Verband, Veränderung des §8 der Satzung für die Feuerwehr der Stadt Gelsenkirchen vor der angestrebten Novellierung im Jahr 2024</p>			zugestimmt
434	HFBPD	SPD+CDU+B90/Die Grünen	2101	4	<p>Erstellung eines Masterplans „Digitale Bildung Gelsenkirchen“</p> <p>Ein Masterplan versetzt die Stadt Gelsenkirchen in die Lage, auf unterschiedliche Förderkulissen von Bund und Ländern flexibel und schnell reagieren zu können und diese in die eigene Strategie zu integrieren. Aufbauend auf dem geplanten Ausbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur in allen Gelsenkirchener Stadtbezirken sollte es das Ziel sein, allen Kindern und Jugendlichen den Erwerb der notwendigen vielfältigen Kompetenzen, die für ein Leben und Arbeiten in der digitalen Welt erforderlich sind, zu ermöglichen und sie als Erwachsene weiter auszubauen. Lehrenden muss dazu eine moderne und zukunftsfähige Bildungsinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden, um so die Voraussetzungen für die Umsetzung weiterentwickelter Lernkonzepte zu schaffen und eine neue Lernkultur für das 21. Jahrhundert zu entwickeln. Dazu gehört auch, über den Einsatz digitaler Medien das Lernen individueller und passgenauer zu gestalten und Lernende, gleich welchen Alters, in ihren Lernprozessen besser begleiten und beraten zu können. Ein Masterplan „Digitale Bildung“ leistet damit gleichsam einen transparenten Beitrag zur Erhöhung der Attraktivität von Arbeitsplätzen für Lehrkräfte und wirkt so dem Lehrkräftemangel in Gelsenkirchen entgegen. Vor diesem Hintergrund beantragt die Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN die Aufnahme folgender Zielformulierungen für das Produkt 210101 in den Haushaltsplan:</p> <p>Mittelfristige Ziele für den Planungszeitraum 2023 bis 2026: Die Erstellung eines Masterplans „Digitale Bildung Gelsenkirchen“, innerhalb eines umfassenden Arbeitsprozesses und unter Beteiligung von Akteur:innen aus den verschiedenen Bildungsbereichen und der Stadtgesellschaft. Kurzfristige Ziele für das Planungsjahr 2023: Über das Ergebnis einer ersten Prüfung wird in einer der Sitzungen des Ausschusses für Bildung im 1. Halbjahr 2023 berichtet.</p> <p>Maßnahmen zur Zielerreichung: Das Referat Bildung wird unter Einbeziehung der Stabsstelle "Vernetzte Stadt" prüfen, ob und unter welchen Rahmenbedingungen die Erstellung eines solchen Masterplans, der die digitale Teilhabe und digitale Bildungsprozesse für alle Einwohner:innen in allen Stadtbezirken beschreibt, umgesetzt werden kann.</p>			zugestimmt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
364	AFB	SPD + CDU	2101	4	<p>PG 2101: Verbesserung der Abläufe beim Kleinschaden-instandhaltungsmanagements und bei sogenannten Schönheitsreparaturen in schulischen Einrichtungen</p> <p>Vor dem Hintergrund sich häufender Beschwerden über die Meldekette, der Behebung von Kleinschäden und Abarbeitung von sogenannten Schönheitsreparaturen, wie z.B. offener Löcher in Wänden, seitens Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrern beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die Aufnahme folgender Zielformulierung für das Produkt 210101:</p> <p>Mittelfristige Ziele für den Planungszeitraum 2023 bis 2026: Verbesserung bei den Abläufen, der Bearbeitungsdauer und der Meldekettens im Bereich des Kleinschadeninstandhaltungsmanagements und bei sogenannten Schönheitsreparaturen in schulischen Einrichtungen</p> <p>Kurzfristige Ziele für das Planungsjahr 2023: Start einer zentralen Erfassung an allen Gelsenkirchener Schulen, über Kleinschäden und mögliche Schönheitsreparaturen, die aus Sicht der Schulen über einen längeren Zeitraum nicht abgearbeitet wurden</p> <p>Maßnahmen zur Zielerreichung Verwaltungsinterne, dezernatsübergreifende Aufarbeitung (v.a. VB 4 und VB 6) der Zuständigkeiten, Abläufe, Meldekettens und des vorhandenen Vertragswesens bei der Behebung von Kleinschäden und sogenannten Schönheitsreparaturen; Bildung eines verwaltungsinternen Arbeitsgremiums, um die Behebung von Kleinschäden und sogenannten Schönheitsreparaturen an schulischen Einrichtungen in Gelsenkirchen zu beschleunigen</p>			zugestimmt
446	HFBPD	AFD	2101	4	<p>Produktgruppe: 2101; Produkt: 210105 Bezeichnung: Bereitstellung schulischer Einrichtungen, Digitalisierung Seite(n) des Haushaltsplans: 279-300</p> <p>In unserer Anfrage zur oben angegebenen Produktgruppe stellten wir die Frage: Um wieviel Prozent steigt der Energiebedarf voll digitalisierter Schulen im Vergleich zu nicht digitalisierten? Die Verwaltung wies in ihrer Antwort darauf hin, solche Daten würden nicht erhoben. Demnach wäre eine Beantwortung dieser Frage nicht möglich. Daher beantragt die AFD-Fraktion zu beschließen: Angesichts der steigenden Preise im Bereich Energie wird eine zusätzliche Stelle in angemessenem Stunden- und Kostenumfang ausgeschrieben, jedoch zu einem Mindestgehalt von 30.000 € brutto jährlich, welche sich mit der Erfassung der Energiekostenentwicklung von digitalisierten und nichtdigitalisierten Schulen befasst. 1 Die Aufgaben dieser neu zu besetzenden Stelle sind variabel an den jeweiligen digitalen Entwicklungsstand der Schulen und der gegebenen Notwendigkeit einer Digitalisierung der jeweiligen Schulen anzupassen, sodass, wenn es erforderlich sein sollte, diese Stelle auch alternative analoge Konzepte mit Augenmerk auf die Kostenentwicklung berücksichtigt. Wenn die Notwendigkeit einer Neuausschreibung aufgrund eines verwaltungsseitig angenommenen geringeren zusätzlichen Arbeitsaufwands nicht gegeben sein sollte, so erhält eine vorhandene Stelle in der Verwaltung für diesen Mehraufwand eine dementsprechende zusätzliche Vergütung von mindestens 600 € brutto monatlich. Da seitens der Verwaltung für das Referat Hochbau und Liegenschaften für das Jahr 2023 1,1 Millionen Euro für Gas und Strom sowie 9,9 Millionen Euro für den Haushalt 2024 ff. in diesem Bereich nachgemeldet wurden, ist dies ein verschwindend geringer Zusatzkostenfaktor.</p>			abgelehnt
452	HFBPD	AFD	2101	4	<p>Produktgruppe: 2101; Produkt: 210103 Bezeichnung: Bereitstellung schulischer Einrichtungen, Unterhaltung und Einrichtung</p> <p>Der aktuelle Fall der Mährfeldschule am Röttgersweg zeigt, dass lange unentdeckter Schimmelbefall den Abriss eines Gebäudes nötig machen kann. Selbst in weniger dramatischen Szenarien stellt er eine ernsthafte Gefahr für die Gesundheit der Gebäudenutzer dar. Die Baubiologischen Richtwerte empfehlen sofortige Sanierungsmaßnahmen ab einer Raumluftkonzentration von 500 KBE/m³ (KBE = koloniebildende Einheit). Abhängig von der Art des Schimmelpilzes können eingeatmete Sporen eine Vielzahl von Symptomen auslösen: schwere Infektionen der Atemwege oder innerer Organe, Allergien, Müdigkeit, Schwindel, Kopfschmerzen, Konzentrationsschwäche, Magen-Darm- Beschwerden, Durchfall, Erbrechen und Muskelschmerzen. Langfristig können besonders die Mykotoxine einiger Schimmelpilzarten erbgutschädigend, zellschädigend, leber- und nierschädigend wirken. Einige Schimmel stehen zudem im Verdacht, krebserregend zu sein. Im Zuge der Infektionsschutzmaßnahmen gegen das Covid-19-Virus wurden 2021 192 Raumluftfiltergeräte für Gelsenkirchener Schulen beschafft. Dies bietet die Gelegenheit, die Filter nach Gebrauch auf Schimmelsporen und andere gesundheitlich bedenkliche Stoffe untersuchen zu können, um so bisher unentdeckten Schimmelbefall erkennen zu können. Die AFD-Fraktion beantragt daher, die Kosten zur Analyse von 200 Raumluftfiltern beim Hygiene- Institut des Ruhrgebiets anzufragen und im Haushalt 2023 entsprechende Mittel bereitzustellen.</p>			abgelehnt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstands bereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBDP Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBDP
202	AFB	B90/Die Grünen	2101	4	<p>Einstellung eines Budgets in Höhe von 50.000 € für die Erstellung eines Masterplans „Digitale Bildung“ Gelsenkirchen Begründung:</p> <p>Der digitale Transformationsprozess umfasst sämtliche relevanten schulischen und außerschulischen Bildungsbereiche in Gelsenkirchen in immer weiter beschleunigter Art und Weise. Um allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bestmögliche Förderung, Teilhabe und Selbstbestimmung im digitalen Wandel zu ermöglichen und diese auch als Erwachsene zu erhalten und auszubauen, braucht es in Gelsenkirchen ein zukunftsgerichtetes Konzept, ein planvolles Vorgehen sowie einen verantwortlichen Umgang mit Fördermitteln aus Bund, Land und Europa. Nur so ist der digitale Transformationsprozess innerhalb aller Bildungsbereiche und -institutionen weiterzuführen. Dabei ist die Stadtverwaltung in Gelsenkirchen aufgrund der beschleunigten Entwicklung durch Förderprogramme des Landes und Bundes längst an ihre personellen und fachlichen Grenzen gestoßen. Hierfür bedarf es einer wesentlich verbesserten Koordination und einem nachhaltigen Vorgehen beim digitalen Transformationsprozess. Ein entsprechender Masterplan, der die bereits implementierten und noch zu ergreifenden Maßnahmen planvoll, evidenzbasiert und nachhaltig umsetzt, ist daher dringend erforderlich. In Gelsenkirchen sollen alle notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, jedem Kind und jedem Jugendlichen die bestmögliche Förderung, Teilhabe, Selbstbestimmung und Chancengerechtigkeit im digitalen Wandel zu ermöglichen und diese auch als erwachsene Person weiterhin zu erhalten und auszubauen. Bildung in der digitalen Welt bedeutet insbesondere, allen Lernenden, gleich welchen Alters, die Entwicklung der Kompetenzen zu ermöglichen, die für einen fachkundigen, verantwortungsvollen und kritischen Umgang mit Techniken und Medien in der digitalisierten Welt erforderlich sind. Die digitale Bildungsoffensive kann nur im engen Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen gelingen. Als Kommune sollte Gelsenkirchen über die Aufgabe als Sachaufwandsträger hinaus den Prozess der Digitalisierung im Bildungsbereich in der staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft sowie als Träger zahlreicher Bildungseinrichtungen aktiv mitgestalten. Ein Masterplan versetzt die Stadt Gelsenkirchen dabei in die Lage, auf unterschiedliche Förderkulissen von Bund und Ländern flexibel und schnell reagieren zu können und diese in die eigene Strategie zu integrieren. Aufbauend auf dem geplanten Ausbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur in allen Gelsenkirchener Stadtbezirken sollte es das Ziel sein, allen Kindern und Jugendlichen den Erwerb der notwendigen vielfältigen Kompetenzen, die für ein Leben und Arbeiten in der digitalen Welt erforderlich sind, zu ermöglichen und sie als Erwachsene weiter auszubauen. Lehrenden muss dazu eine moderne und zukunftsfähige Bildungsinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden, um so die Voraussetzungen für die Umsetzung weiterentwickelter Lernkonzepte zu schaffen und eine neue Lernkultur für das 21. Jahrhundert zu entwickeln. Dazu gehört auch, über den Einsatz digitaler Medien das Lernen individueller und passgenauer zu gestalten und Lernende, gleich welchen Alters, in ihren Lernprozessen besser begleiten und beraten zu können. Ein Masterplan „Digitale Bildung“ leistet damit gleichsam einen transparenten Beitrag zur Erhöhung der Attraktivität von Arbeitsplätzen für Lehrkräfte und wirkt so dem Lehrer*innenmangel in Gelsenkirchen entgegen.</p>	<p>Die Erstellung eines Masterplans "Digitale Bildung" erfordert umfassende Arbeitsprozesse; beteiligt werden müssen Akteur*innen aus den verschiedenen Bildungsbereichen und der Stadtgesellschaft. Es reicht nicht aus, Mittel für eine Beauftragung zur Erstellung eines solchen Masterplans einzustellen. Dieses lässt sich am Beispiel der Stadt Dortmund nachvollziehen. Das Referat Bildung wird unter Einbeziehung der Stabsstelle "Vernetzte Stadt" prüfen, ob und unter welchen Rahmenbedingungen die Erstellung eines solchen Masterplans, der die digitale Teilhabe und digitale Bildungsprozesse für alle Einwohner*innen in allen Stadtbezirken beschreibt, umgesetzt werden kann. Über das Ergebnis wird in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bildung berichtet.</p>		zurückgezogen

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBD
370	AfB	B90/Die Grünen	2101	4	<p>Einstellung eines Budgets in Höhe von 50.000 € für die Erstellung eines Masterplans „Digitale Bildung“ Gelsenkirchen</p> <p>Begründung: Der digitale Transformationsprozess umfasst sämtliche relevanten schulischen und außerschulischen Bildungsbereiche in Gelsenkirchen in immer weiter beschleunigter Art und Weise. Um allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen bestmögliche Förderung, Teilhabe und Selbstbestimmung im digitalen Wandel zu ermöglichen und diese auch als Erwachsene zu erhalten und auszubauen, braucht es in Gelsenkirchen ein zukunftsgerichtetes Konzept, ein planvolles Vorgehen sowie einen verantwortlichen Umgang mit Fördermitteln aus Bund, Land und Europa. Nur so ist der digitale Transformationsprozess innerhalb aller Bildungsbereiche und -institutionen weiterzuführen. Dabei ist die Stadtverwaltung in Gelsenkirchen aufgrund der beschleunigten Entwicklung durch Förderprogramme des Landes und Bundes längst an ihre personellen und fachlichen Grenzen gestoßen. Hierfür bedarf es einer wesentlich verbesserten Koordination und einem nachhaltigen Vorgehen beim digitalen Transformationsprozess. Ein entsprechender Masterplan, der die bereits implementierten und noch zu ergreifenden Maßnahmen planvoll, evidenzbasiert und nachhaltig umsetzt, ist daher dringend erforderlich. In Gelsenkirchen sollen alle notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, jedem Kind und jedem Jugendlichen die bestmögliche Förderung, Teilhabe, Selbstbestimmung und Chancengerechtigkeit im digitalen Wandel zu ermöglichen und diese auch als erwachsene Person weiterhin zu erhalten und auszubauen. Bildung in der digitalen Welt bedeutet insbesondere, allen Lernenden, gleich welchen Alters, die Entwicklung der Kompetenzen zu ermöglichen, die für einen fachkundigen, verantwortungsvollen und kritischen Umgang mit Techniken und Medien in der digitalisierten Welt erforderlich sind. Die digitale Bildungsoffensive kann nur im engen Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen gelingen. Als Kommune sollte Gelsenkirchen über die Aufgabe als Sachaufwandsträger hinaus den Prozess der Digitalisierung im Bildungsbereich in der staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft sowie als Träger zahlreicher Bildungseinrichtungen aktiv mitgestalten. Ein Masterplan versetzt die Stadt Gelsenkirchen dabei in die Lage, auf unterschiedliche Förderkulissen von Bund und Ländern flexibel und schnell reagieren zu können und diese in die eigene Strategie zu integrieren. Aufbauend auf dem geplanten Ausbau einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur in allen Gelsenkirchener Stadtbezirken sollte es das Ziel sein, allen Kindern und Jugendlichen den Erwerb der notwendigen vielfältigen Kompetenzen, die für ein Leben und Arbeiten in der digitalen Welt erforderlich sind, zu ermöglichen und sie als Erwachsene weiter auszubauen. Lehrenden muss dazu eine moderne und zukunftsfähige Bildungsinfrastruktur zur Verfügung gestellt werden, um so die Voraussetzungen für die Umsetzung weiterentwickelter Lernkonzepte zu schaffen und eine neue Lernkultur für das 21. Jahrhundert zu entwickeln. Dazu gehört auch, über den Einsatz digitaler Medien das Lernen individueller und passgenauer zu gestalten und Lernende, gleich welchen Alters, in ihren Lernprozessen besser begleiten und beraten zu können. Ein Masterplan „Digitale Bildung“ leistet damit gleichsam einen transparenten Beitrag zur Erhöhung der Attraktivität von Arbeitsplätzen für Lehrkräfte und wirkt so dem Lehrer*innenmangel in Gelsenkirchen entgegen.</p>	Die Erstellung eines Masterplans "Digitale Bildung" erfordert umfassende Arbeitsprozesse; beteiligt werden müssen Akteur*innen aus den verschiedenen Bildungsbereichen und der Stadtgesellschaft. Es reicht nicht aus, Mittel für eine Beauftragung zur Erstellung eines solchen Masterplans einzustellen. Dieses lässt sich am Beispiel der Stadt Dortmund nachvollziehen. Das Referat Bildung beabsichtigt hierzu auf die Stabsstelle „Vernetzte Stadt“ zuzugehen und zu prüfen, ob und unter welchen Rahmenbedingungen die Erstellung eines solchen Masterplans, der die digitale Teilhabe und digitale Bildungsprozesse für alle Einwohner*innen in allen Stadtbezirken beschreibt, umgesetzt werden kann. Über das Ergebnis wird in einer der nächsten Sitzungen des AfB berichtet.		zurückgezogen
366	AfB	B90/Die Grünen	2102	4	<p>Einstellung eines Budgets in Höhe von 5.000 € für die Stadtschüler:innenvertretung Gelsenkirchen (PG 2102).</p> <p>Begründung: Die Stadtschüler:innenvertretung wurde in diesem Jahr reaktiviert und benötigt für eine zielführende Arbeit u. a. Büromaterial. Auch die Möglichkeit an Seminaren und Fortbildungen teilzunehmen ist für die politische Bildung der Schüler:innenvertreter:innen unerlässlich.</p>			zugestimmt
362	AfB	Die Linke	2102	4	<p>Alle Schülerinnen und Schüler erhalten an Gelsenkirchener Schulen ab 2023 ein warmes Mittagessen, sofern das Angebot besteht, kostenlos.</p> <p>Die Verwaltung wird um eine Stellungnahme zur Umsetzbarkeit samt einer Schätzung der Mindereinnahmen gebeten.</p> <p>Begründung: Im deutschen Bildungssystem ist wie in kaum einem anderen Land auf der Welt der Bildungsgrad und Wohlstand der Eltern so entscheidend über die Bildungschancen von Kindern. Insbesondere in Gelsenkirchen mit einer Kinderarmut von 42% (Stand März 2022) und vor dem Hintergrund der derzeitigen Inflation und Lebensmittelpreissteigerung ist es für uns als Schulträger möglich und nötig, jedem Kind eine gesunde warme Mahlzeit am Tag kostenfrei anzubieten. Schon vor den derzeitigen massiven Preissteigerungen gab es etliche Familien in Gelsenkirchen, die sich nicht jeden Tag ein warmes Essen und erst recht keine ausgewogene Ernährung leisten konnten. Gleichzeitig trägt eine ausgewogene Ernährung zur körperlichen und geistigen Entwicklung bei. Ein kostenloses Mittagessen für alle stärkt auch Kinder aus armen Familien in ihrer Teilhabe und Würde, die sich bisher nie oder nur selten wie andere Mitschüler ein Essen in der Mensa holen konnten.</p>	<p>Sollte die Stadt Gelsenkirchen ein kostenloses Mittagessen für alle Schüler*innen der allgemeinbildenden Schulen (= 29.256) anbieten, würden Kosten in Höhe von rd. 22,2 Mio. Euro entstehen.</p> <p>29.256 * 4,00 Euro pro Tag * 190 Schultage = 22.234.560 Euro</p>		zurückgezogen
399	HFBD	SPD+CDU+GRÜNE	2501	4	<p>Street Art Offensive Gelsenkirchen</p> <p>Für das Haushaltsjahr 2022 wurden erstmalig Mittel in bedeutender Höhe in den Haushalt eingestellt, um Street Art flächendeckend in der Stadt zu fördern. Das Projekt ist aus Sicht der antragstellenden Fraktionen und der Verwaltung (s. Anfrage ID 97) ein voller Erfolg und erfreut sich in der Stadt hoher Beliebtheit. Vor diesem Hintergrund beantragen die Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterführung der Street Art Offensive Mittel Höhe von 50.000 Euro in den Haushalt für das Jahr 2023 einzustellen.</p>			zugestimmt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
400	HFBPD	SPD+CDU+GRÜNE	2501	4	Weiterführung des „New Colours“-Festival Das „New Colours“-Festival zeichnet sich durch eine besonders hohe künstlerische Qualität aus und erfreut sich in Gelsenkirchen einer hohen Beliebtheit. Vor dem Hintergrund, dass die Landesmittel, die zur Finanzierung des Festivals von wesentlicher Relevanz sind, nur bewilligt werden, insofern der kommunale Eigenanteil aufgebracht wird, beantragen die Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mittel in Höhe von 10.000 Euro in den Haushalt einzustellen.			zugestimmt
401	HFBPD	SPD+CDU+GRÜNE	2501	4	Fortführung des „Neighboring Satellites“-Projektes Da die Landesförderung für das Projekt „Neighboring Satellites“ im Haushaltsjahr 2023 ausläuft, das Projekt jedoch erfolgreich kulturelle Impulse im Stadtteil Rotthausen gesetzt hat und die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner im Stadtteil initiiert, beantragen die Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Projekt für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 mit jeweils 25.000 Euro zu fördern.			zugestimmt
402	HFBPD	SPD+CDU+GRÜNE	2501	4	Unterstützung des KuKuMo (Kunst-Kultur-Mobil) Das Kunst-Kultur-Mobil der Kunstschule Gelsenkirchen fährt regelmäßig in die Stadtteile, um teilhabeorientiert vor allem Kinder und Jugendliche an Kunst und Kultur heranzuführen. Zur Unterstützung der Arbeit beantragen die Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen die Summe von 10.000 Euro in den Haushalt einzustellen.			zugestimmt
403	HFBPD	SPD+CDU+GRÜNE	2501	4	Open-Air Kino auf der Dachfläche des buerschen Kunstmuseums Open-Air Kinos erfreuen sich in den Sommermonaten wachsender Beliebtheit. Zur weiteren Belegung der buerschen City wäre die Einrichtung eines Open-Air Kinos im Bereich der Dachfläche des buerschen Kunstmuseums daher wünschenswert. Um die Durchführung eines Open-Air-Kino-Formates auf der Dachfläche des buerschen Kunstmuseums im Jahr 2023 zu ermöglichen, beantragen die Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 15.000 Euro in den Haushalt einzustellen.			zugestimmt
404	HFBPD	SPD+CDU+GRÜNE	2501	4	Rock am Dom/Kulturbiergarten am Dom Buer Zur weiteren Durchführung der Veranstaltungsformate Rock am Dom/Kulturbiergarten am Dom in Gelsenkirchen-Buer, die sich in den letzten Jahren einer hohen Beliebtheit erfreuen, und zur Finanzierung des Kulturprogramms von Rock am Dom (z. B. Künstler*innen-Honorare, Aufbau für Bühne und Technik) beantragen die Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für das Haushaltsjahr 2023 sowie für die Folgejahre 2024 und 2025 jeweils Mittel in Höhe von 15.000 Euro in den Haushalt einzustellen. Das gastronomische Angebot ist nicht Bestandteil der Förderung.			zugestimmt
353	KTuS	SPD + CDU	2501	4	Street Art Offensive Gelsenkirchen Für das Haushaltsjahr 2022 wurden erstmalig Mittel in bedeutender Höhe in den Haushalt eingestellt, um Street Art flächendeckend in der Stadt zu fördern. Das Projekt ist aus Sicht der antragstellenden Fraktionen und der Verwaltung (s. Anfrage ID 97) ein voller Erfolg und erfreut sich in der Stadt hoher Beliebtheit. Vor diesem Hintergrund beantragen die Fraktionen von SPD und CDU zur Weiterführung der Street Art Offensive Mittel in den Haushalt für das Jahr 2023 einzustellen. Eine entsprechende Summe wird in der zweiten Lesung im HFBPD am 01. Dezember 2022 nachgereicht.			zurückgezogen
354	KTuS	SPD + CDU	2501	4	Weiterführung des "New Colours"- Festival Das „New Colours“-Festival zeichnet sich durch eine besonders hohe künstlerische Qualität aus und erfreut sich in Gelsenkirchen einer hohen Beliebtheit. Vor dem Hintergrund, dass die Landesmittel, die zur Finanzierung des Festivals von wesentlicher Relevanz sind, nur bewilligt werden, insofern der kommunale Eigenanteil aufgebracht wird, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU Mittel in Höhe von 10.000 Euro in den Haushalt einzustellen.			zurückgezogen
355	KTuS	SPD + CDU	2501	4	Fortführung des "Neighboring Satellites"-Projektes Da die Landesförderung für das Projekt „Neighboring Satellites“ im Haushaltsjahr 2023 ausläuft, das Projekt jedoch erfolgreich kulturelle Impulse im Stadtteil Rotthausen gesetzt hat und die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner im Stadtteil initiiert, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU das Projekt für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 mit jeweils 25.000 Euro zu fördern.			zurückgezogen

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBD
356	KTuS	SPD + CDU	2501	4	<p>Zukunft der KAUE</p> <p>Die KAUE gehört zu Gelsenkirchen und ist überregional als Kultur- und Veranstaltungsort bekannt. In der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und urbane Szene am 14.09.2022 wurde im Rahmen der Debatte des Tagesordnungspunktes „Zukunft der KAUE“ (Drucksache 20-25/3376) ein Antrag beschlossen, dessen Inhalt die SPD-Ratsfraktion zuvor erarbeitet und in dem sogenannten „Vier-Punkte-Plan“ veröffentlicht hatte.</p> <p>Ziel des Plans ist es, die KAUE als Ort für Kunst- und Kulturveranstaltungen in unserer Stadt zu erhalten. Hierbei soll die emschartainment GmbH unmittelbar in die Lage versetzt werden, das über Jahrzehnte etablierte, erfolgreiche und bekannte Programm mit namhaften Künstlerinnen und Künstler in Planungssicherheit fortzusetzen. Darüber hinaus soll der sogenannten „freien Szene“ die Möglichkeit geboten werden, das Programm durch eigene Veranstaltungsformate auszuweiten. Die emschartainment GmbH ist gehalten, den Akteuren der sogenannten „freien Szene“ bei Bedarf bei einer professionellen Umsetzung eigener Formate unterstützend zur Seite zu stehen.</p> <p>Zur Finanzierung des Beschlusses und der Zukunft der KAUE beantragen die Fraktionen von SPD und CDU für die Jahre 2023 und 2024 Mittel in den Haushalt einzustellen. Eine entsprechende Summe wird in der zweiten Lesung im HFBD am 01. Dezember 2022 nachgereicht.</p> <p>Der Ausschuss für Kultur, Tourismus und urbane Szene wird zu Beginn des Jahres 2024 das kulturelle Angebot und die beschlossene Konzeption evaluieren und über eine Folgefinanzierung entscheiden.</p>		je 120.000 € für 2023 und 2024	zugestimmt
308	BV Nord	SPD	2501	4	<p>Open-Air Kino in Buer</p> <p>Die SPD-Bezirksfraktion Nord beantragt, eine Testphase für ein Open-Air Kino von 3 Wochen auf der "Kunsterasse" des Kunstmuseums Gelsenkirchen.</p> <p>Ziel wären 2 bis 3 Veranstaltungen in der Woche, welche auch der Stärkung des Bewusstseins für das Kunstmuseum und der Belebung der Innenstadt dienen würden.</p> <p>Hierfür wären 15.000 € im Haushalt vorzusehen.</p>	Für die programmatisch-inhaltliche Durchführung des Open-Air-Kinos werden 35.000 € benötigt. Hinzu kämen noch Kosten für die bautechnische Herrichtung der Kunsterasse auf dem Dach des Kunstmuseums (Schaffung eines 2. Rettungsweges etc.). Die Kosten sind derzeit noch nicht beziffert.		abgelehnt
302	BV Mitte	CDU	2501	4	<p>Beantragter Haushaltsansatz 15.000 € - für das Besprühen von Elektrokästen vornehmlich 10.000 Volt E-Kästen im Stadtbezirk Gelsenkirchen-Mitte durch professionelle Graffiti</p>			zugestimmt
309	BV Nord	B90/Die Grünen	2501	4	<p>Einstellung von 20.000€ in den Haushalt 2023 für den Förderverein „Rock am Dom e.V.“ für die Durchführung der Veranstaltungen „Kulturbiergarten / Rock am Dom“ (PG 2501 Kulturveranstaltungen und -förderung)</p> <p>Begründung: Der Kulturbiergarten am Michaelshaus in Buer sowie das parallel stattfindende Rock am Dom haben sich seit 10 Jahren in der Gelsenkirchener Kulturszene und auch über die Stadtgrenzen hinaus etabliert und leisten mit einer Vielfalt und Vielzahl an Veranstaltungen mit lokalen, nationalen und internationalen Künstler*innen über einen mehrwöchigen Zeitraum jeweils im Sommer einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität der hiesigen kulturellen Lebens.</p> <p>Für das Jahr 2023 wird der Förderverein „Rock am Dom e.V.“, anders als in den letzten 2 Jahren, keine weitere Förderung aus dem Programm „Neustart Kultur“ zur Durchführung erhalten. Damit ist eine Fortsetzung im Sommer 2023 ohne anderweitige Förderung faktisch ausgeschlossen.</p>	Zur Weiterführung der Veranstaltung werden 20.000 € benötigt. Das Programm wird durch ehrenamtliches Engagement des Fördervereins Rock am Dom e. V. durchgeführt. Aus den jeweils zur Verfügung stehenden Mitteln werden ausschließlich die zur Durchführung nötigen Dienstleistungen gezahlt. Mit dem Format Kulturbiergarten ist ein Kulturangebot in Buer geschaffen worden, dass Gelsenkirchener Kulturschaffenden eine Bühne bietet, den Bürgerinnen und Bürgern ein breites Kulturangebot macht und durch die Belebung der Innenstadt Handel und Gastronomie zu Gute kommt.		abgelehnt
230	KTuS	B90/Die Grünen	2501	4	<p>Aufsuchende Kulturarbeit</p> <p>Der Ansatz der Produktgruppe 2501 „Kulturveranstaltungen und Förderungen“ wird für das Haushaltsjahr 2023 um 10.000 € für den Einsatz im Bereich der aufsuchenden Kulturarbeit erhöht. Der so erhöhte Ansatz wird für die folgenden Haushaltsjahre fortgeschrieben.</p> <p>Begründung: Um die kulturelle Bildung im Stadtgebiet weiter zu stärken wie es laut der Stadtverwaltung sowohl im kommunalen Gesamtkonzept „Kulturelle Bildung“ als auch in den Zielerklärungen des Haushaltes 2023 lautet, soll die aufsuchende Kulturarbeit mit weiteren Mitteln abgesichert werden. Es hat sich gezeigt, dass mit den bisher eingesetzten Mitteln die bestehende Nachfrage nicht ausreichend bedient werden kann, insbesondere in den Quartieren, die von diesen Angeboten in besonderer Weise profitieren, da hier im erhöhten Maße Kinder und Jugendliche erreicht werden, die ansonsten nicht so stark mit kultureller Bildung in Kontakt kommen würden.</p>			zurückgezogen

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstands bereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBD
349	KTuS	B90/Die Grünen	2501	4	<p>Aufsuchende Kulturarbeit</p> <p>Der Ansatz der Produktgruppe 2501 „Kulturveranstaltungen und Förderungen“ wird für das Haushaltsjahr 2023 um 10.000 € für den Einsatz im Bereich der aufsuchenden Kulturarbeit erhöht. Der so erhöhte Ansatz wird für die folgenden Haushaltsjahre fortgeschrieben.</p> <p>Begründung: Um die kulturelle Bildung im Stadtgebiet weiter zu stärken wie es laut der Stadtverwaltung sowohl im kommunalen Gesamtkonzept „Kulturelle Bildung“ als auch in den Zielerklärungen des Haushaltes 2023 lautet, soll die aufsuchende Kulturarbeit mit weiteren Mitteln abgesichert werden. Es hat sich gezeigt, dass mit den bisher eingesetzten Mitteln die bestehende Nachfrage nicht ausreichend bedient werden kann, insbesondere in den Quartieren, die von diesen Angeboten in besonderer Weise profitieren, da hier im erhöhten Maße Kinder und Jugendliche erreicht werden, die ansonsten nicht so stark mit kultureller Bildung in Kontakt kommen würden.</p>			zurückgezogen
357	KTuS	B90/Die Grünen	2501	4	<p>Förderung des Kulturprogramms bei Rock am Dom/Kulturbiergarten am Dom</p> <p>Für die Umsetzung des Kulturangebotes "Rock am Dom/Kulturbiergarten am Dom" wird ab dem Haushaltsjahr 2023 fortlaufend ein Betrag von jeweils 20.000€ pro Jahr eingestellt. Die finanziellen Mittel werden dabei ausschließlich zur Gestaltung des kulturellen Programms eingesetzt, das gastronomische Angebot ist nicht Bestandteil der Förderung.</p> <p>Begründung: Im vergangenen Sommer hat das Veranstaltungsformat "Rock am Dom" sein 10-jähriges Jubiläum gefeiert und sich damit nicht nur in der Gelsenkirchener Kulturszene, sondern auch über die Stadtgrenzen hinaus etabliert. Mit einer Vielfalt und Vielzahl an Veranstaltungen mit lokalen, nationalen und internationalen Künstler*innen über einen mehrwöchigen Zeitraum jeweils im Sommer leistet das Festival einen wesentlichen Beitrag zur Steigerung der Attraktivität des hiesigen kulturellen Lebens.</p> <p>Verantwortlich für die Organisation der Veranstaltungsreihe ist der Förderverein "Rock am Dom". In den Jahren 2019 und 2020 wurde der "Kulturbiergarten am Dom" am Michaelshaus als Ersatzveranstaltung für das Festival "Rock am Dom" auf der Domplatte veranstaltet und zwar ausschließlich mit den finanziellen sowie den personellen Ressourcen, die für das Festival "Rock am Dom" geplant waren. Im Jahr 2022 wurde der Kulturbiergarten zusätzlich zum Format "Rock am Dom" umgesetzt und dabei über Bundesmittel aus dem Corona-Fördertopf "Neustart Kultur" finanziert.</p> <p>Für das Jahr 2023 steht das Kulturprogramm des Fördervereins rund um den Dom in Buer nun auf der Kippe, da die Finanzierung nicht gesichert ist und der Förderverein den zweifachen Aufwand bei der Organisation von zwei Kulturbühnen einerseits und dem Gaststättenbetrieb beim Kulturbiergarten andererseits nicht leisten kann und möchte. Stattdessen hat der gemeinnützige Verein sein Konzept angepasst und eine Trennung der Aufgabengebiete sowie Verantwortlichkeiten für die Kulturprogramm-Gestaltung und den Biergarten ins Auge gefasst. Zukünftig soll sich das gastronomische Angebot des Kulturbiergartens finanziell selbst tragen, die beantragte Förderung soll ausschließlich für die Gestaltung der Kulturbühnen eingesetzt werden. Wie bisher soll die Gesamtfinanzierung nicht nur über den oben genannten städtischen Zuschuss erfolgen, sondern auch über Ticketverkauf, Sponsoring-Einnahmen, Spenden und Fördergelder von Firmen und Institutionen.</p>			zurückgezogen
350	KTuS	FDP	2501	4	<p>Walk of Fame</p> <p>Die im Jahr 2022 für den Walk of Fame eingesetzten Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 Euro sollen für die Ausschreibung, das Künstlerhonorar und, wenn möglich die ersten drei „Sterne“ auf der Horster Straße genutzt werden. 10.000 Euro sollen zusätzlich 2023 in den Haushalt eingestellt werden, um das Projekt Walk of Fame fortzuführen.</p> <p>Begründung: Gelsenkirchen ist eine Stadt der Persönlichkeiten - Ob Heinrich Breloe1; Martin Wuttke, Michael Klaus oder Manuel Neuer, Claire Waldorf, Anton Stankowski und Rolf Glasmeier. Die Liste ließe sich noch viel weiter führen. Diese Persönlichkeiten sollen mit einer Bodenplatte auf der Kulturmeile in Buer verewigt werden. Dies würde zum einen die Kulturmeile als „touristische Attraktion“ stärken und wir zeigen als Stadt, welch großartige Persönlichkeiten hier geboren wurden.</p>			zugestimmt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstands bereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
358	KTuS	FDP	2501	4	<p>Weiternutzung der KAUE</p> <p>Die Kaue soll neben der Nutzung durch Emschertainment in den nächsten fünf Jahren sukzessive zu einem Künstler-Start-Up-Zentrum aufgebaut werden. Hierzu soll die Verwaltung Konzepte in Kooperation mit der freien Szene, Emschertainment und der Vewo erarbeiten. Als Anschubfinanzierung sollen 10.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden.</p> <p>Begründung: Die Studierenden verlassen den geschützten Raum der Hochschulen und treffen auf eine ganz anders beschaffene berufliche Realität. Wenn sie nicht einige Werkzeuge zum Umgang damit in die Hand bekommen haben, wird es unnötig schwer für sie. Management und Marketing spielen im Umfeld des Hochschul- Curriculums keine Rolle. ökonomische Anforderungen sind heute wichtiger als je zuvor. Im Internetzeitalter wird das Publikum zur Dauerpräsenz. Es ist nicht länger nur anwesend, wenn es ein Konzert, einen Theaterabend, oder eine Ausstellung besucht. Sondern es wird zu einer permanenten Gemeinde, die im Netz mit Informationen, "Blicken hinter die Kulissen" und Anekdoten zu versorgen ist. Man kann diese Art Öffentlichkeitsarbeit nicht in Bürostunden ausgliedern und von seiner künstlerischen Existenz abtrennen. Das will erlernt werden, und was würde sich da besser anbieten als ein alter Palast der Arbeit wie die Kaue.</p>			zurückgezogen
456	HFBPD	WIN	2501	4	<p>Open Air Kino Berger See</p> <p>Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2023 beziehen wir uns auf die Antwort der Verwaltung zu der Haushaltsanfrage ID 228 im Ausschuss für Kultur, Tourismus und urbane Szene und beantragen die Durchführung eines Open Air Kinos am Berger See für drei Tage. Hierbei sollen insbesondere Filme mit einem kulturellen, geschichtlichen und sozialen Aspekt gezeigt werden. Im Vordergrund sollen Filme mit Themen wie Vielfalt, Inklusion, Gleichstellung von Mann und Frau, Jugend, Ausgrenzung, Rassismus / Antisemitismus, usw. stehen.</p> <p>Begründung</p> <p>Wir glauben, dass ein solches Vorhaben eine enorme Werbewirkung für unsere Stadt hätte.</p> <p>Wir glauben, dass ein solches Vorhaben das kulturelle Angebot der Stadt bereichern und wichtige Impulse zu gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen und historischen Themen setzen würde.</p> <p>Wir glauben, dass ein solches Vorhaben das Freizeitangebot der Stadt erheblich steigern würde.</p>			abgelehnt
457	HFBPD	WIN	2501	4	<p>Open Air Kino Zeche Consol</p> <p>Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2023 beziehen wir uns auf die Antwort der Verwaltung im Ausschuss für Kultur, Tourismus und urbane Szene zu der Haushaltsanfrage ID 227 und beantragen die Durchführung eines Open Air Kinos am Zeche Consol für drei Tage. Hierbei sollen insbesondere Filme mit einem kulturellen, geschichtlichen und sozialen Aspekt gezeigt werden. Im Vordergrund sollen Filme mit Themen wie Vielfalt, Inklusion, Gleichstellung von Mann und Frau, Jugend, Ausgrenzung, Rassismus / Antisemitismus, usw. stehen. Explizit möchten wir, dass im o.g. Kontext Filmabende für Menschen mit Migrationshintergrund in Originalsprache durchgeführt werden.</p> <p>Begründung</p> <p>Wir glauben, dass ein solches Vorhaben eine enorme Werbewirkung für unsere Stadt hätte.</p> <p>Wir glauben, dass ein solches Vorhaben das kulturelle Angebot der Stadt bereichern und wichtige Impulse zu gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen und historischen Themen setzen würde.</p> <p>Wir glauben, dass ein solches Vorhaben das Freizeitangebot der Stadt erheblich steigern würde.</p> <p>Wir glauben, dass ein solches Vorhaben als ein Zeichen der Wertschätzung für Menschen mit Migrationshintergrund gedeutet werden würde. Sie wäre ein Zeichen dafür, dass man ihre Geschichte und speziellen kulturellen, gesellschaftlichen, sozialen und historischen Belange ernst nimmt.</p>			abgelehnt
423	HFBPD	SPD+CDU	2502	4	<p>Ausstellungspräsentation im Kunstmuseum</p> <p>Zahlreiche Gemälde und Grafiken sind im Depot des Kunstmuseums eingelagert. Eine Präsentation dieser Werke wird im Rahmen der Ausstellungspräsentation im Kunstmuseum geprüft und ggf. berücksichtigt. Voraussetzung ist jedoch eine vorgeschaltete Restaurierung (vgl. Drucksache: 20-25/3952). Hierfür sind 10.000 Euro in den Haushalt einzustellen.</p>			zugestimmt
231	KTuS	FDP	2502	4	<p>Walk of fame</p> <p>Die im Jahr 2022 für den Walk of Fame eingesetzten Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 Euro sollen für die Ausschreibung, das Künstlerhonorar und, wenn möglich die ersten drei „Sterne“ auf der Horster Straße genutzt werden. 10.000 Euro sollen zusätzlich 2023 in den Haushalt eingestellt werden, um das Projekt Walk of Fame fortzuführen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Gelsenkirchen ist eine Stadt der Persönlichkeiten. Ob Heinrich Breloe1, Martin Wuttke, Michael Klaus oder Manuel Neuer, Claire Waldorf, Anton Stankowski und Rolf Glasmeier. Die Liste ließe sich noch viel weiter führen. Diese Persönlichkeiten sollen mit einer Bodenplatte auf der Kulturmeile in Buer verewigt werden. Dies würde zum einen die Kulturmeile als „touristische Attraktion“ stärken und wir zeigen als Stadt, welch großartige Persönlichkeiten hier geboren wurden</p>			(erledigt durch Zustimmung zur konsumtiven ID 350)

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
443	HFBPD	FDP	2502	4	Zielvereinbarung: Künstler-Start-Up Produktgruppe 2502 Künstler-Start-Up Zielvereinbarung: Die Verwaltung identifiziert mittelfristig bis spätestens Ende 2024 Räumlichkeiten, die für ein Künstler-Start-Up (Künstler-Weiterbildung; Künstler-Marketing) im Umkreis der Kulturmeile genutzt werden können. Begründung: Die Studierenden verlassen den geschützten Raum der Hochschulen und treffen auf eine ganz anders beschaffene berufliche Realität. Wenn sie nicht einige Werkzeuge zum Umgang damit in die Hand bekommen haben, wird es unnötig schwer für sie. Management und Marketing spielen im Umfeld des Hochschul-Curriculums keine Rolle. Ökonomische Anforderungen sind heute wichtiger als je zuvor. Im Internetzeitalter wird das Publikum zur Dauerpräsenz. Es ist nicht länger nur anwesend, wenn es ein Konzert, einen Theaterabend oder eine Ausstellung besucht. Sondern es wird zu einer permanenten Gemeinde, die im Netz mit Informationen, "Blicken hinter die Kulissen" und Anekdoten zu versorgen ist. Man kann diese Art Öffentlichkeitsarbeit nicht in Bürorstunden ausgliedern und von seiner künstlerischen Existenz abtrennen. Das will erlernt werden.			zugestimmt
232	KTuS	B90/Die Grünen	2503	4	Kunstschule e.V. Der Ansatz der Produktgruppe 2503 „Musik- und Kunstschulen“ wird für das Haushaltsjahr 2023 um 20.000 € für die Ausweitung der Strukturförderung an die Kunstschule erhöht. Der so erhöhte Ansatz wird für die folgenden Haushaltsjahre fortgeschrieben. Begründung: Die Kunstschule in Gelsenkirchen leistet einen enormen Beitrag zur kulturellen Bildung im Stadtgebiet, insbesondere im Bereich der Kinder und Jugendarbeit, und stellt damit ein bemerkenswertes Beispiel in der Region dar. Um perspektivisch mehr Angebote im Erwachsenen- und Seniorenbereich zu schaffen sowie insgesamt die Angebote auf spezielle Bedürfnisse der Teilnehmer*innen anpassen zu können und somit auch dem Diversitätsanspruch aus dem kommunalen Gesamtkonzept „Kulturelle Bildung“ gerecht zu werden, braucht es eine verlässliche und auskömmliche Strukturförderung, die die Rahmenbedingungen dafür schafft, solche langfristigen strategischen Prozesse anzugehen.		Reduziert von 20.000 € auf 10.000 €. Weiterer Änderungsantrag mit einer textlichen Ergänzung (in Form einer Zielvereinbarung) eigenständig als neuen Änderungsantrag eingebracht.	zugestimmt
351	KTuS	B90/Die Grünen	2503	4	Kunstschule e.V. Der Ansatz der Produktgruppe 2503 „Musik- und Kunstschulen“ wird für das Haushaltsjahr 2023 um 20.000 € für die Ausweitung der Strukturförderung an die Kunstschule erhöht. Der so erhöhte Ansatz wird für die folgenden Haushaltsjahre fortgeschrieben. Begründung: Die Kunstschule in Gelsenkirchen leistet einen enormen Beitrag zur kulturellen Bildung im Stadtgebiet, insbesondere im Bereich der Kinder und Jugendarbeit, und stellt damit ein bemerkenswertes Beispiel in der Region dar. Um perspektivisch mehr Angebote im Erwachsenen- und Seniorenbereich zu schaffen sowie insgesamt die Angebote auf spezielle Bedürfnisse der Teilnehmer*innen anpassen zu können und somit auch dem Diversitätsanspruch aus dem kommunalen Gesamtkonzept „Kulturelle Bildung“ gerecht zu werden, braucht es eine verlässliche und auskömmliche Strukturförderung, die die Rahmenbedingungen dafür schafft, solche langfristigen strategischen Prozesse anzugehen.			(erledigt durch Zustimmung zur konsumtiven ID 232)
435	HFBPD	Grüne	2503	4	Strukturförderung Kunstschule Die Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN beantragt die Aufnahme folgender Zielformulierung für das Produkt 2503: Kurzfristige Ziele für den Planungszeitraum 2023: Die Verwaltung wird prüfen, wie die erhöhte Strukturförderung über das Haushaltsjahr 2023 hinaus unter Einbeziehung von Fördermöglichkeiten auf Bundes- und Landesebene gesichert werden kann. Über das Ergebnis wird in einer Sitzung des Ausschusses für Kultur, Tourismus und urbane Szene berichtet werden. Begründung: Die Kunstschule in Gelsenkirchen leistet einen enormen Beitrag zur kulturellen Bildung im Stadtgebiet, insbesondere im Bereich der Kinder und Jugendarbeit, und stellt damit ein bemerkenswertes Beispiel in der Region dar. Um perspektivisch mehr Angebote im Erwachsenen- und Seniorenbereich zu schaffen sowie insgesamt die Angebote auf spezielle Bedürfnisse der Teilnehmer*innen anpassen zu können und somit auch dem Diversitätsanspruch aus dem kommunalen Gesamtkonzept „Kulturelle Bildung“ gerecht zu werden, braucht es eine verlässliche und auskömmliche Strukturförderung, die die Rahmenbedingungen dafür schafft, solche langfristigen strategischen Prozesse anzugehen.			zugestimmt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBD
293	BV West	B90/Die Grünen	2505	4	<p>"Einstellen von 2000 € zur Anschaffung und Verankerung eines Bücherschranks auf dem Marktplatz in Horst-Süd (PG 2504 Weiterbildungsangebote)</p> <p>Begründung: Sogenannte Bücherschränke können einen Beitrag zur Bildung und zum Austausch in einem Stadtteil leisten. Ein ebensolches Angebot fehlt zurzeit in Horst, welches im Umfeld seiner Nebenzentren stark frequentiert wird und so die Anschaffung eines Bücherschranks rechtfertigt. Der Marktplatz in Horst-Süd als zentraler Punkt des Stadtteils bietet ein entsprechendes Potenzial und die bestmögliche Gelegenheit, ein solches Angebot zu testen und zu etablieren. Die Kosten zur Anschaffung und Verankerung eines Bücherschranks sind von der Verwaltung auf Anfrage entsprechend beschrieben worden. Die regelmäßige Anschaffung solcher Schränke von privaten Initiativen und Vereinen sind keine Begründung, als Politik und Verwaltung in diesem Bereich nicht aktiv zu werden. Beispiele für solche Schränke gibt es im Stadtgebiet mehrere wie z.B. in der Ebertstraße in der Altstadt, weshalb Bedenken bezüglich Vandalismus, auch vor dem Hintergrund des bescheidenen Kostenansatzes, nachrangig sind. Demzufolge sind die Chancen gleich einer Kosten-Nutzen-Kalkulation um ein Vielfaches höher als die Risiken."</p>			zugestimmt
325	ASA	SPD + CDU	3101	5	<p>PG 3101: Aufnahme von Behindertenparkplätzen in die CityApp Gelsenkirchen</p> <p>Um Menschen mit Behinderung die Suche nach Behindertenparkplätzen zu erleichtern, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die Aufnahme folgender Zielvereinbarung für das Produkt 310102:</p> <p>Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023 bis 2026: Benutzerfreundliche Ausweisung der Behindertenparkplätze in der CityApp Gelsenkirchen und auf der städtischen Homepage</p> <p>Kurzfristige Ziele für das Planungsjahr 2023: Fortlaufende Berichterstattung im Beirat für Menschen mit Behinderung (BMB) zum Stand der Umsetzung</p> <p>Maßnahme zur Zielerreichung: Technische Implementierung des Behindertenplatzangebotes in die CityApp und auf die städtische Homepage</p>	<p>Es ist möglich, die Behindertenparkplätze im Stadtgebiet in der CityApp Gelsenkirchen abzubilden. Voraussetzung dafür ist, dass der Datensatz vollständig in der Infrastrukturdatenbank hinterlegt ist. Dieser händische Pflegeaufwand kann nach Auskunft des für die Datenpflege zuständigen Referats kurzfristig geleistet werden. Wenn die Daten eingepflegt sind, können die Behindertenparkplätze in der App (über das Modul „Orte“) angezeigt werden. Die Kosten dafür belaufen sich auf voraussichtlich 2.500 Euro. Eine Ausweisung der Parkplätze auf der städtischen Homepage ist dann ebenfalls möglich. Das mittelfristige Ziel einer Implementierung im Planungszeitraum 2023 bis 2026 ist realistisch.</p>		zugestimmt
458	HFBD	WIN	3101	5	<p>Seelsorgeleistungen für Muslime (Drucksache 2025/2805) – hier: Angebot der Stadt Essen für den Haushaltsentwurf 2023 beantragen wir, dass in die Zielsetzung aufgenommen wird:</p> <p>Unterstützung bei der Entwicklung einer muslimischen Seelsorge in Gelsenkirchen Hierbei soll anlehnend an Beispielen aus anderen Kommunen und in Zusammenarbeit mit muslimischen Religionsgemeinschaften und der Kirche ausgearbeitet werden, wie eine Seelsorgeleistung aussehen und welche Rolle die Stadt bei der Entwicklung einnehmen kann.</p> <p>Begründung: In der Stadt Essen wurde in Kooperation der Stadt mit muslimischen Religionsgemeinschaften und Vertretern der Kirche eine muslimische Seelsorge entwickelt. Hierbei hat die Stadt administrative und finanzielle Hilfestellung gegeben, ohne die eine solche Entwicklung nicht möglich gewesen wäre. Wir glauben, dass das Grundgesetz uns verpflichtet Menschen muslimischen Glaubens diese Leistung anzubieten, die bereits vor Jahrzehnten hätte eingeführt werden müssen. Es gilt, diese menschenunwürdige Lücke zu schließen und unserer Verantwortung gerecht zu werden. Art. 1.1 GG: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. Art. 3.3 GG: Niemand darf wegen ... seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt ... werden... Art. 4.1 GG: Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich. Art. 4.2 GG: Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet. Art. 141: Soweit das Bedürfnis nach Gottesdienst und Seelsorge im Heer, in Krankenhäusern, Strafanstalten oder sonstigen öffentlichen Anstalten besteht, sind die Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser Handlungen zuzulassen...</p>			abgelehnt
413	HFBD	SPD+CDU+GRÜNE	3102	5	<p>Die Mittel für die Quartierskoordination werden ab dem Jahr 2023 um 60.000 EUR auf 390.000 EUR erhöht. Um die Quartiersarbeit in Gelsenkirchen weiter auszubauen, soll der Ansatz „Quartierskoordination“ ab dem Jahr 2023 um 60.000 Euro erhöht werden.</p> <p>Die zusätzlichen Mittel dienen der finanziellen Absicherung des Konzepts für den Erhalt des Stadtteilbüros Schalke sowie der Einrichtung einer Vollzeitstelle für eine*n „Kümmerer*in“ für den Stadtteil Schalke. In den Folgejahren 2024 und 2025 soll diese Mittelhöhung fortgesetzt werden, um eine Verstärkung dieser Quartiersarbeit in Schalke zu ermöglichen.</p>			zugestimmt
424	HFBD	SPD+CDU	3102	5	<p>Radeln ohne Alter</p> <p>Für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 wurden jeweils 10.000 Euro für das Projekt „Radeln ohne Alter“ eingestellt. Das Projekt gibt Menschen die Möglichkeit, intensiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und bieten zudem Erfahrungen, die alle Sinne ansprechen. Um das Projekt weiter zu unterstützen, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU zusätzlich 5.000 Euro in den Haushalt für das Jahr 2023 einzustellen.</p>			zugestimmt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBD
448	HFBD	AFD	3102	5	<p>Produktgruppe: 3102; Produkt: 310204 Bezeichnung: Hilfen für Asylbewerber und Flüchtlinge, Flüchtlingsheim Seite(n) des Haushaltsplans: 385-395</p> <p>In der von der Verwaltung beantworteten Anfrage unserer Fraktion zum oben genannten Sachverhalt wurde mitgeteilt, dass sich die Kosten für Reinigungsunterhaltung im Flüchtlingsheim Gelsenkirchen im Jahr 2021 auf 7.500 € belaufen. Kosten zur Schädlingsbekämpfung jedoch auf 63.256 €. Daher beantragt die AFD-Fraktion, Folgendes zu beschließen: Die finanziellen Mittel für die Reinigungsunterhaltung des Flüchtlingsheims werden von 7.500 € auf 20.000 € erhöht. Im Zuge dessen werden die finanziellen Mittel für Schädlingsbekämpfung von 63.256 € auf 15.000 € reduziert. Somit reduzieren sich die Kosten der zwei Positionen von 70.756 € auf 35.000 €. Daraus ergibt sich eine Einsparung der Kosten für diese zwei Positionen von 35.756 €. Diese Maßnahme ist angezeigt, da gezielte Hygienemaßnahmen, darunter Putzen zur Prävention, gegen die Vermehrung von Schädlingen an erster Stelle stehen (Quelle: https://www.ass-schaedlingsbekämpfung.de/blog/hygiene-gegen-sch%C3%A4dlinge.html).</p>			abgelehnt
143	ASA	B90/Die Grünen	3102	5	<p>Zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Arbeit am 7. September stellt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rahmen der Haushaltsberatungen 2023 folgenden Änderungsantrag:</p> <p>"Die Mittel für die Quartierskoordination werden ab dem Jahr 2023 um 100.000 Euro auf 430.000 EUR erhöht. In den Haushaltsjahren 2024 und 2025 wird ein weiterer Mittelaufwuchs um jeweils 100.000 EUR vorgenommen (2024: 530.000 EUR, 2025: 630.000 EUR)."</p> <p>Begründung Um die Quartiersarbeit in Gelsenkirchen weiter auszubauen, soll der Ansatz "Quartierskoordination ab dem Jahr 2023 um jeweils 100.000 Euro dynamisch jährlich erhöht werden.</p> <p>Die zusätzlichen Mittel in Höhe von 100.000 Euro dienen der finanziellen Absicherung des Konzepts für den Erhalt des Stadtbüros Schalke sowie der Einrichtung einer Vollzeitstelle einer "Kümmerein" bzw. eines "Kümmers" für den Stadtteil Schalke.</p> <p>In den Folgejahren 2024 und 2025 soll diese Mittelhöhung fortgesetzt werden, um eine Verstetigung dieser Quartiersarbeit in Schalke zu ermöglichen. Darüber hinaus soll in den Folgejahren 2024 und 2025 ein weiterer Mittelaufwuchs um jeweils 100.000 EUR vorgenommen werden, um in weiteren REGE-Bezirken mit sehr hohem sozial-integrativem Handlungsbedarf Quartiersaktivitäten zu initiieren, abzusichern und professionell zu koordinieren.</p>	<p>Die Mittel für die Quartierskoordination wurden bisher verwendet, um bereits bestehende, bewährte Einrichtungen, Strukturen und Maßnahmen mit Bezug zur Quartiersarbeit in den REGE-Bezirken mit den größten sozialen Herausforderungen zu fördern und zu verstetigen. Diese müssen auch in Zukunft weitergefördert werden, um nachhaltig wirken zu können. Voraussetzung für die Wirksamkeit ist eine regelmäßige Prüfung der Bedarfe und die Abstimmung von Zielen.</p> <p>In einigen der REGE-Bezirke mit den höchsten Bedarfen gibt es bisher keine offiziellen Anlaufstellen und hauptamtlichen Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner im Bereich der Quartiersarbeit. Um die hauptamtlichen Stellen, Anlaufstellen und Treffpunkte einrichten und langfristig planen zu können, sind zusätzliche finanzielle Mittel notwendig.</p> <p>Das vorgeschlagene Vorgehen, die Mittel jährlich aufzustocken, wird als sinnvoll erachtet, da sukzessive in den priorisierten REGE-Bezirken Bedarfe erfasst und entsprechende Konzepte entwickelt werden.</p>		zurückgezogen
322	ASA	B90/Die Grünen	3102	5	<p>Zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Arbeit am 16. November 2022 stellt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rahmen der Haushaltsberatungen 2023 folgenden Änderungsantrag:</p> <p>Sicherstellung der Beratungskapazitäten der Schuldner*innen- und der Psychosozialen Beratung durch Aufstockung um je eine Vollzeitstelle. (PG 3102)</p> <p>Begründung: Aufgrund des Krieges in der Ukraine und der damit verbundenen drastisch steigenden Energiekosten sind viele Gelsenkircener*innen in großer Sorge, ihre Strom- und Gasrechnungen nicht mehr bezahlen zu können. Hinzu kommen weiter steigende Lebenshaltungskosten v. a. bedingt durch die hohe Inflationsrate. Die aktuelle Preisentwicklung kann deshalb für viele Menschen in unserer Stadt zur existenziellen Bedrohung werden. Besonders betroffen sind neben Menschen im Sozialleistungsbezug auch Gelsenkircener*innen mit niedrigem Einkommen, die geringfügig über der Anspruchsgrenze für Transferleistungen liegen. Soziale Härten werden mit den vom Bund geplanten Maßnahmen hoffentlich abgefedert werden können. Die belastende Situation führt jedoch zu einem erhöhten Beratungsbedarf insbesondere in den Bereichen der Psychosozialen und der Schuldner*innen-Beratung, die Beratungsstellen zeigen dies u. a. anhand der langen Wartezeiten seit Wochen an. Die Erhöhung der Beratungskapazitäten bereits im laufenden Jahr 2022 begrüßen wir daher sehr. Das zu erwartende Anhalten der Energiekrise erfordert jedoch eine dauerhafte Steigerung der Beratungskapazitäten, um je eine Vollzeit-Stelle sowohl für die Psychosoziale als auch die Schuldner*innenberatung.</p>	<p>Seit dem 01.01.2022 ist aufgrund einer Vorgabe des Landes bei der allgemeinen Verbrauchsberatung der Verbraucherzentrale NRW, Beratungsstelle Gelsenkirchen eine Fachkraft mit einem Arbeitszeitanteil von 50% ausschließlich für die Energieberatung tätig. Die Fachkraft verfügt über das erforderliche Netzwerk und die Kontakte zu den örtlichen Energieversorgern und den Leistungsträgern. Eine Aufstockung um eine Vollzeitstelle wäre daher in diesem Bereich zielführender als bei einer Schuldnerberatungsstelle.</p> <p>Die Verwaltung hat den sich hier abzeichnenden Bedarf bereits im Blick und daher im Rahmen des Veränderungsverzeichnisses eine personelle Aufstockung für diesen Bereich in den Haushalt 2023 eingestellt. Die personelle Aufstockung würde sich positiv auf die derzeitigen Wartezeiten auswirken.</p> <p>Zum jetzigen Zeitpunkt ist der Verwaltung kein erhöhter Bedarf einer psychosozialen Beratung in Hinblick auf gestiegene Energiekosten bekannt. Um einen möglichen erhöhten Bedarf perspektivisch entgegenwirken zu können wird vorgeschlagen, 40.000,00 € in den Haushalts aufzunehmen, um die Träger bei einem erhöhten Bedarf zu unterstützen.</p>		zurückgezogen

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstands bereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBD
323	ASA	B90/Die Grünen	3102	5	<p>Zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Arbeit am 16. November 2022 stellt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rahmen der Haushaltsberatungen 2023 folgenden Änderungsantrag:</p> <p>Der Verein Tafel Gelsenkirchen e. V. erhält zur Finanzierung einer hauptamtlichen Ehrenamtskoordination einen jährlichen Personalkostenzuschuss in Höhe von 50.000 €. (PG 3102)</p> <p>Begründung: Der Verein Tafel Gelsenkirchen e. V. leistet für das Gemeinwohl der Stadt Gelsenkirchen eine äußerst wertvolle Arbeit. Diese wird in erster Linie von ca. 160 ehrenamtlich tätigen Menschen geleistet. Das erfordert ein Höchstmaß an Koordination und wird derzeit ebenfalls ehrenamtlich vollzogen. Da sich in der aktuellen Situation von massiven Kostensteigerungen der Zulauf zur Tafel kontinuierlich verstärkt und gleichzeitig die Akquise neuer Ehrenamtler*innen immer schwieriger wird, plant der Verein die Koordination hauptamtlich sicher zu stellen. Dazu soll eine Vollzeitstelle geschaffen werden, für die der Tafel Gelsenkirchen e. V. mittels eigenem Antrag an das Referat für Soziales und Arbeit bereits um finanzielle Unterstützung gebeten hat.</p>	<p>Die Tafel Gelsenkirchen e.V. leistet seit Jahren als sozialcaritativer Träger einen wertvollen Beitrag zum sozialen Frieden und Zusammenhalt .</p> <p>So werden derzeit wöchentlich über 2800 wirtschaftlich benachteiligte Haushalte mit Lebensmittel versorgt und täglich über 600 Pausenbrote an Schulen abgegeben, um benachteiligten Kindern ein gesundes Frühstück zu ermöglichen. Diese und weitere Angebote werden beinahe ausschließlich von ehrenamtlich Mitarbeitenden geleistet. 150 ehrenamtliche HelferInnen an sechs Standorten müssen koordiniert, begleitet und betreut werden. Diese Aufgabe erfordert eine professionelle hauptamtliche Umsetzung. Dafür benötigt der Träger finanzielle Unterstützung. Die Förderung der Stelle mit einer Summe von 50.000 Euro ist sachgerecht und angemessen.</p>		zurückgezogen
445	HFBD	AFD	3107	4	<p>Produktgruppe: 3107; Produkt: 310701 Bezeichnung: Kommunale Integration Clearingstelle Seite(n) des Haushaltsplans: 406-411</p> <p>In der Antwort auf unsere Haushaltsanfrage wird sich die Stadt 2023 finanziell mit 9.660 € an der Clearingstelle beteiligen. Die Clearingstelle hat einen fragwürdigen Auftrag und arbeitet an der Gesetzeslage vorbei. Aufgrund unserer Anfrage kam heraus, dass über 5.000 Fälle ausreisepflichtiger Ratsuchender in die deutsche Krankenversicherung hinein beraten wurden, nachzulesen in Drucksache Nr. 20-25/3293. Die Clearingstelle missachtet dabei die Rechtslage. Für sie ist ein Fall erfolgreich abgeschlossen, wenn der Ratsuchende Mitglied einer deutschen gesetzlichen Krankenkasse wird und die deutsche Krankenkassenkarte erhält. Fraglich bleibt, wie das geht, wenn diese Personen über keine Eigenmittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts sowie für einen Krankenversicherungsschutz verfügen. Die avisierten Personenkreise der Clearingstelle sind allesamt über die Europäische Gesundheitskarte oder Sozialversicherungsabkommen mit Herkunftsländern abgesichert. Eine Aufnahme in die deutsche Krankenversicherung kommt für sie nicht in Frage. Die heimatische Sozialversicherung ist immer der vorrangige Kostenträger, und von Leistungserbringern im Gesundheitswesen sind Forderungen an diese jeweiligen Herkunftsländer zu stellen, ggf. über Kontaktbüros. Nur besondere Personenkreise (Nichterwerbstätige, Selbständige, Studenten) profitieren nicht von den o. a. Regelungen, sie müssen sich, wie auch alle Einheimischen in gleicher Lage, selbst privat versichern. Die Clearingstelle hat illegale- bzw. fragwürdigerweise den Aufenthalt von über 5.000 ausreisepflichtigen Ausländern durch ihr Handeln verfestigt und wird das weiterhin tun. Die Stadt darf sich daran nicht beteiligen. Die AFD-Ratsfraktion beantragt, den Haushaltsansatz für die Clearingstelle auf null zu setzen.</p>			abgelehnt
455	HFBD	AFD	3107	4	<p>Produktgruppe: nicht bekannt, evtl. 1105; Produkt: nicht bekannt, evtl. 110503 Bezeichnung: Studie über Inhalte von Predigten in Gelsenkirchener Moscheen Seite(n) des Haushaltsplans: S. 89 ff.</p> <p>Im Haushaltsplanentwurf für 2023 stehen grundsätzlich Mittel bereit für Studien, Gutachten und Ähnliches. Die AFD-Ratsfraktion beantragt die Einstellung eines Haushaltsansatzes in Höhe von 20.000 Euro für eine Studie über den Inhalt der Predigten in den Moscheen Gelsenkirchens. Gelsenkirchen war im Mai 2021 Schauplatz eines muslimisch geprägten Mobs vor der hiesigen jüdischen Synagoge. Viele Gelsenkirchener fragen sich: Was wird eigentlich in den Moscheen gepredigt? Der Tenor der Predigten kann so sein, dass im Sinne des friedlichen Zusammenlebens mäßigend auf die Gläubigen eingewirkt wird mit Aufrufen zu Toleranz. Der Tenor kann jedoch auch so sein, wie es der Tagesschau-Redakteur Constantin Schreiber zutage förderte (Textkopie siehe Anlage).</p>			abgelehnt
459	HFBD	WIN	3107	4	<p>Wir beantragen, dass Mittel in Höhe von 10.000 € für ein Fastenbrechen des Integrationsrates im Hans Sachs Haus in den Haushalt 2023 eingestellt werden.</p> <p>Begründung: In der Vergangenheit hatte es Tradition, dass der der Integrationsrat regelmäßig Fastenbrechen organisierte und hierzu Vertreter der Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbände, Migrantenselbstorganisationen, Lokalpolitik, Presse sowie engagierte Bürger einlud. Das Essen bildete regelmäßig eine wichtige Plattform für das Vernetzen und den Austausch in der Integrationsfrage. Das Fastenbrechen hat neben der ursprünglich religiösen Bedeutung auch eine sehr weitreichende gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung erlangt, weil er in einer verbindenden Art und Weise Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen zusammenbringt und dafür sorgt, dass Freundschaften, Dialog und ein Verständnis für ein friedliches Miteinander entstehen. Es wäre ein großer Verlust, wenn die Stadt von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch machen würde. Mit einem Fastenbrechen im Hans Sachs Haus signalisiert man nach außen, dass die Stadt seine Türe für Muslime öffnet und dass diese ein willkommener Teil der Stadt und Stadtgesellschaft sind. Man ermöglicht, dass sich Muslime mit „dem Haus der Bürger“ vertraut machen und baut Kontaktänge ab. Muslime nehmen das als eine Wertschätzung stets mit großer Freude zu Kenntnis.</p>			abgelehnt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBD
296	BV Ost	Die Linke	3107	4	Durchführung einer Sozial- und Integrationskonferenz 2023 im Bezirk Ost im bereits bekannten Format wie vor der Corona-Pandemie. Die benötigten Mittel sind in den Bezirkshaushalt einzustellen. Haushaltsansatz: 5.000,00€. Begründung: Die letzte Integrationskonferenz war für lokale Initiativen eine große Hilfe, weil sie umfassende und zugleich detailreiche Informationen über den Bezirk öffentlich machten. So konnten sich die Interessierten ein recht aktuelles und genaues Bild von ihrem Stadtteil machen, von seiner ethnischen und sozialen Zusammensetzung, seiner wirtschaftlichen Situation, der gegebenen Versorgungslage und der allgemeinen Kaufkraft. Corona und seine Nebenwirkungen haben zu vielen realen Veränderungen geführt, die verschiedene Lebensbereiche im Alltag der Menschen und in ihrem Zusammenleben betreffen. Diese Veränderungen sind auch im ehrenamtlich engagierten Alltag spürbar und teilweise haben sie zu neuen Problemen geführt, die das eh schon weit verbreitete Unsicherheitsgefühl teilweise deutlich verschärft haben. Damit sich aus dieser negativen Gefühlslage keine realen Verschlechterungen für das friedliche Zusammenleben verfestigen, sollte konkrete Daten über die aktuelle Realität dargestellt, interpretiert und in einer offenen Diskussion vor Ort vertieft werden.	Im Bezirk Ost wurde am 27.03.2019 eine Integrationskonferenz durchgeführt. Eine Erweiterung der inhaltlichen Ausrichtung um den Bereich Soziales hätte zur Folge, dass das Format entsprechend zu aktualisieren und zu erweitern wäre. Bedingt durch den derzeitigen Aufbau des stadtweiten Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) ist eine kurzfristige inhaltliche und formale Umsetzung nicht leistbar und frühestens für das 1.Quartal 2024 in Aussicht zu stellen. Grundsätzlich ist der vorgeschlagene Betrag zur Durchführung der Maßnahme ausreichend.		abgelehnt
315	BV Süd	Die Linke	3107	4	Durchführung einer Sozial- und Integrationskonferenz 2023 im Bezirk Süd im bereits bekannten Format wie vor der Corona-Pandemie. Die benötigten Mittel sind in den Bezirkshaushalt einzustellen. Haushaltsansatz: 5.000,00 € Begründung: Die letzte Integrationskonferenz war für lokale Initiativen eine große Hilfe, weil sie umfassende und zugleich detailreiche Informationen über den Bezirk öffentlich macht. So konnten sich die Interessierten ein recht aktuelles und genaues Bild von ihrem Stadtteil machen, von seiner ethnischen und sozialen Zusammensetzung, seiner wirtschaftlichen Situation, der gegebenen Versorgungslage und der allgemeinen Kaufkraft. Corona und seine Nebenwirkungen haben zu vielen realen Veränderungen geführt, die verschiedene Lebensbereiche im Alltag der Menschen und Ihrem Zusammenleben betreffen. Diese Veränderungen sind auch im ehrenamtlich engagierten Alltag spürbar und teilweise haben sie zu neuen Problemen geführt, die das eh schon weit verbreitete Unsicherheitsgefühl teilweise deutlich verschärft haben. Damit sich aus der negativen Gefühlslage keine realen Verschlechterungen für das friedliche Zusammenleben verfestigen, sollten konkrete Daten über die aktuelle Realität dargestellt, interpretiert und in einer offenen Diskussion vor Ort vertieft werden.			abgelehnt
294	BV West	Die Linke	3107	4	"Durchführung einer Sozial- und Integrationskonferenz 2023 im Bezirk West im bereits bekannten Format wie vor der Corona-Pandemie. Die benötigten Mittel sind in den Bezirkshaushalt einzustellen. Haushaltsansatz: 5.000,00€ Begründung: Die letzte Integrationskonferenz war für lokale Initiativen eine große Hilfe, weil sie umfassende und zugleich detailreiche Informationen über den Bezirk öffentlich machten. So konnten sich die Interessierten ein recht aktuelles und genaues Bild von ihrem Stadtteil machen, von seiner ethnischen und sozialen Zusammensetzung, seiner wirtschaftlichen Situation, der gegebenen Versorgungslage und der allgemeinen Kaufkraft. Corona und seine Nebenwirkungen haben zu vielen realen Veränderungen geführt, die verschiedene Lebensbereiche im Alltag der Menschen und in ihrem Zusammenleben betreffen. Diese Veränderungen sind auch im ehrenamtlich engagierten Alltag spürbar und teilweise haben sie zu neuen Problemen geführt, die das eh schon weit verbreitete Unsicherheitsgefühl teilweise deutlich verschärft haben. Damit sich aus dieser negativen Gefühlslage keine realen Verschlechterungen für das friedliche Zusammenleben verfestigen, sollte konkrete Daten über die aktuelle Realität dargestellt, interpretiert und in einer offenen Diskussion vor Ort vertieft werden."	Im Bezirk West wurde am 15.11.2018 eine Integrationskonferenz durchgeführt. Eine Erweiterung der inhaltlichen Ausrichtung um den Bereich Soziales hätte zur Folge, dass das Format entsprechend zu aktualisieren und zu erweitern wäre. Bedingt durch den derzeitigen Aufbau des stadtweiten Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) ist eine kurzfristige inhaltliche und formale Umsetzung nicht leistbar und frühestens für das 1.Quartal 2024 in Aussicht zu stellen. Grundsätzlich ist der vorgeschlagene Betrag zur Durchführung der Maßnahme ausreichend.		abgelehnt
381	KJF	CDU	3601	4	Die Produktgruppe 360101 wird durch den nachfolgende Zielsetzung angepasst: Kurzfristige Ziele für das Planungsjahr 2023: Im Kita-Bereich gibt es 7.930 Plätze. Für Kinder unter drei Jahren gibt es 2.650 Plätze (inkl. 500 Plätze in der Kindertagespflege) Haushaltsplanentwurf Seite 412		Lt. antragstellender CDU-Fraktion handelt es sich um einen gemeinsamen Antrag der CDU und der SPD.	zugestimmt
380	KJF	SPD+CDU+Grüne	3602	4	Projektförderung Amigonianer Soziale Werke e.V. "Gemeinsam stark in Schalke" Für die Umsetzung des Projektes "Gemeinsam stark in Schalke" beantragen wir 60.000 € in den Haushalt einzustellen. Das Projekt "Gemeinsam stark in Schalke" ist Teil der wohngebietsorientierten offenen Kinder-, Jugend- und Familienarbeit des Amigonianer Soziale Werke e.V. in Gelsenkirchen. In dem Projekt "Gemeinsam stark in Schalke" geht es um die Begleitung und Förderung von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien, mit und ohne Migrationshintergrund. Der besondere Unterstützungsbedarf, nicht nur der Kinder und Jugendlichen, sondern auch der Eltern, hat sich in den letzten Jahren drastisch erhöht. Mit zusätzlichen präventiv ausgerichteten Projekten soll den Familien Hilfe zur Selbsthilfe angeboten werden. Der Ausbau der Familienarbeit ist im Stadtteil Schalke, der durch einen hohen Anteil an sozial benachteiligten Familien, ein geringes Bildungsniveau, geringes Familieneinkommen und hohen Anteil an Migranten besonders geprägt ist, deshalb besonders notwendig. Das Projekt ist für den Zeitraum 01.01.2023 bis 31.12.2023 angelegt und wird in der Umsetzung auf unterschiedliche Methoden der sozialen Arbeit zurückgreifen.			zugestimmt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD								
324	ASA	SPD + CDU	3602	4	<p>PG 3102: Sicherung des Betriebs der Schmalspurbahn im Revierpark Nienhausen</p> <p>Die Schmalspurbahn im Revierpark Nienhausen ist als historische Reminiszenz an das industrielle Erbe der Region ebenso von Bedeutung wie auch als Teil der Attraktionen im Umfeld der Kinderburg, die sich in den vergangenen Jahren zu einem sehr gut besuchten Ort entwickelt hat. Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen vor diesem Hintergrund zur Absicherung des Betriebs der Schmalspurbahn jeweils 10.000 Euro p.a. für die Jahre 2023-2025 in den Haushalt einzustellen, um sie als Zuschuss an den für den Betrieb zuständigen Verein auszahlend.</p>	<p>Im Rahmen des Haushaltsberatungsverfahrens 2022 wurden dem Betreiber der Schmalspurbahn, dem Ziegenmichel e.V., befristet für den Zeitraum 2022 bis 2024 - bereits Zuschüsse von jährlich 10.000 € für den Betrieb der Schmalspurbahn gewährt.</p> <p>Bei einer Zustimmung des vorliegenden Antrags stellt sich die Gesamtförderung wie folgt dar:</p> <table border="1"> <tr> <td>2022</td> <td>10.000 €</td> </tr> <tr> <td>2023</td> <td>20.000 €</td> </tr> <tr> <td>2024</td> <td>20.000 €</td> </tr> <tr> <td>2025</td> <td>10.000 €</td> </tr> </table> <p>Über die bereits für den Zeitraum 2022 bis 2024 veranschlagten Zuschüsse von 10.000 €/jährlich hinaus stehen keine Haushaltsmittel zur Verfügung und müssten zusätzlich bereitgestellt werden.</p>	2022	10.000 €	2023	20.000 €	2024	20.000 €	2025	10.000 €		zugestimmt
2022	10.000 €															
2023	20.000 €															
2024	20.000 €															
2025	10.000 €															
425	HFBPD	SPD+CDU	3602	4	<p>Extremismusprävention – Aufklärungskampagne zu den Verbrechen von Leninismus und Stalinismus</p> <p>In den Haushalt wird eine Summe von 5.000 Euro eingestellt, um ein Angebot für junge Menschen – vorrangig auch zur Nutzung in Kooperation mit den Gelsenkirchener Schulen – zur Aufklärung der Verbrechen von Leninismus und Stalinismus zu schaffen. Das Angebot soll in die bestehende Gelsenkirchener Landschaft der Präventionsprojekte gegen Extremismus eingebunden werden.</p>			zugestimmt								
382	KJF	CDU	3602	4	<p>Zielsetzung Seite 419 ergänzen um:</p> <p>Die Handlungsfelder "Armutszuwanderung analysieren und Strategien entwickeln", "(Träger)struktur weiterentwickeln", "Frühkindliche, schulische sowie außerschulische Bildung sicherstellen", "Beteiligung ermöglichen - Zugänge erweitern", "Talente und Potentiale fördern - Perspektiven öffnen" müssen dabei besondere Berücksichtigung finden.</p>		Lt. antragstellender CDU-Fraktion handelt es sich um einen gemeinsamen Antrag der CDU und der SPD.	zugestimmt								
383	KJF	CDU	3602	4	<p>Mittelfristige Ziele für den Planungszeitraum 2023 - 2026</p> <p>Die Angebote des präventiven und gesetzlichen Jugendschutzes sind ausgebaut. Ergänzung: Der Jugendschutz wird entsprechend der gesetzlichen Verpflichtungen gewährleistet.</p>		Lt. antragstellender CDU-Fraktion handelt es sich um einen gemeinsamen Antrag der CDU und der SPD.	zugestimmt								
447	HFBPD	AFD	3602	4	<p>Produktgruppe: 3602</p> <p>Bezeichnung: Kinder- und Jugendarbeit, Fachstelle „demokratie.bewegen“</p> <p>Seite(n) des Haushaltsplans: 419 ff.</p> <p>Gemäß Stellungnahme der Verwaltung vom 11.05.2022, Drs. Nr. 20-25/3120, wird die Fachstelle „demokratie.bewegen“ jährlich mit kommunalen Sachmitteln in Höhe von 23.000 Euro ausgestattet. Nach Auffassung der AFD-Fraktion ist hierbei eine einseitige bzw. linkslastige politische Indoktrination zu bemängeln, wie sich aus den Produktbeschreibungen unter der Produktgruppe 3602 ergibt. Diesbezüglich beantragt die AFD-Fraktion, zu beschließen: Die Sachmittel der vorgenannten Fachstelle werden im Haushaltsplan 2023 gestrichen.</p>			abgelehnt								
221	KJF	B90/Die Grünen	3602	4	<p>Projektförderung "Gemeinsam stark in Schalke"</p> <p>Für die Umsetzung des Projektes "Gemeinsam stark in Schalke" der Amigonianer Soziale Werke e.V. werden ab dem Jahr 2023 jährlich 60.000 € in den Haushalt eingestellt.</p> <p>Begründung:</p> <p>Das Projekt ist Teil der wohngebietsorientierten offenen Kinder-, Jugend- und Familienarbeit des Amigonianer Soziale Werke e. V. in Gelsenkirchen am Standort Haus Eintracht an der Grillostraße. Die Öffnungszeiten im Haus Eintracht wurden erweitert, das Angebot weiter ausgebaut und die Familienarbeit intensiviert.</p> <p>Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2022 wurde in der Sitzung des Hauptausschusses am 02.12.2021 beschlossen, die hierfür notwendigen Gelder in den Haushalt 2022 einzustellen. Ebenso wurde das Ziel formuliert, dass die Verwaltung für die langfristige Weiterführung des Projekts eine Lösung erarbeiten solle.</p> <p>Diese langfristige Finanzierungslösung ist bislang noch nicht vorgelegt worden, ebenso finden sich keine finanziellen Mittel im vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 2023. Da eine wegfallende Förderung die Arbeit der Amigonianer Soziale Werke e. V. im Haus Eintracht existentiell gefährden würde, ist die Finanzierung der Arbeit für das Jahr 2023 und langfristig sicherzustellen.</p> <p>Der Verein hat einen entsprechenden Förderantrag bereits im März 2022 bei der Stadt Gelsenkirchen eingereicht.</p>	<p>Neben der einmaligen Förderung in 2022 über 60.000 € erhält der Amigonianer Soziale Werke e.V. zurzeit Fördermittel der offenen Kinder- und Jugendarbeit durch die Stadt Gelsenkirchen in Höhe von rd. 41 Tsd. €/jährlich. Eine Erhöhung dieses Zuschusses wäre mit einer Kürzung anderer Trägermittel verbunden. Vom Land werden rd. 49 Tsd. €/jährlich zugewiesen. Darüber hinausgehende Mittel stehen für den Haushalt 2023 ff. nicht zur Verfügung und müssten zusätzlich bereitgestellt werden.</p> <p>Zurzeit gibt es keine Planungen mit einzelnen Trägern über den Jugendförderplan hinaus. Es wird eine langfristige Planung mit allen Trägern angestrebt, die dem Neuausrichtungsprozess ab 2023 unterliegt.</p>		zurückgezogen								

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
461	HFBPD	WIN	3602	4	<p>Förderung NS – Gedenkstätten-fahrten - hier Drucksache 20-25/3474</p> <p>Im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2023 beziehen wir uns auf die o.g. Drucksache und beantragen, dass Mittel in Höhe von 75.000 € für das Jahr 2023 erneut eingestellt werden und darüber beraten wird ob und in welcher Form Mittel dauerhaft in den Haushalt eingestellt werden können.</p> <p>Begründung</p> <p>Die Vorkommnisse vor der Synagoge in Gelsenkirchen haben uns alle zutiefst erschüttert. Sie haben gezeigt, dass Antisemitismus nach wie vor vorherrscht und für uns unvorstellbare Formen annimmt. Es herrscht Konsens darüber, dass sich solche Bilder niemals wiederholen dürfen. Daher haben wir eine besondere Verantwortung sehr weitreichende Maßnahmen zu ergreifen, um Menschen aufzuklären, Dialogplattformen zu schaffen und einen gesellschaftlichen Schulterschluss zu erzielen. Der Besuch von NS Gedenkstättenfahrten hat hierbei eine sehr große Bedeutung und sollte weiter finanziell unterstützt und wissenschaftlich sowie administrativ begleitet werden, wie das jetzt erfolgt ist. Es gilt, diese Maßnahme zu verstärken. Insbesondere möchten wir, dass die Verwaltung Erfahrungswerte sammelt und darauf aufbauend zielführende Richtlinien aufstellt, damit diese Maßnahme möglichst viele Personen und Gruppen erreicht und eine maximale Wirkung entfaltet. Wir halten es für wichtig, dass bei einer Verstärkung der Förderung Migrantenselbstorganisationen und muslimische Religionsgemeinschaften stärker in diese Maßnahme eingebunden werden. Auch würden wir es begrüßen, wenn der interreligiöse Arbeitskreis, die Jüdische Gemeinde in Kooperation mit gesellschaftlich engagierten Akteuren solche Gedenkstättenfahrten organisiert und durchführt.</p>			abgelehnt
405	HFBPD	SPD+CDU+GRÜNE	3603	4	<p>Mädchen Musik Akademie</p> <p>Die Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen, die Fortführung der Mädchen Musik Akademie unter Zweckbindung zur Abdeckung der Mietkosten zu unterstützen. Hierfür ist die Summe von 8.000 € in den Haushalt einzustellen.</p>			zugestimmt
384	KJF	SPD + CDU	3603	4	<p>Sozialintegrative Projekte für Stadtteile mit besonderem Bedarf</p> <p>Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen die Weiterführung der Förderung für Sozialintegrative Projekte, die im Zusammenhang mit Angeboten für Stadtteile mit besonderem Bedarf stehen. Die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen freier Träger sind dabei zu berücksichtigen. Ein Ziel ist dabei, die Orientierung und Bindung an die vorhandenen Regelstrukturen zu verstärken. Eine besondere Gewichtung sollte dabei Projekten folgender Themenkreise zukommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - schulischer und beruflicher Übergang - Demokratieerziehung - Sprachförderung - Ferienbetreuung - Weiterentwicklung in Regelstrukturen <p>Hierfür sollen erneut 40.000 € eingestellt werden.</p>			zugestimmt
385	KJF	SPD + CDU	3603	4	<p>Stadtteilbüro Host-Süd</p> <p>Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen die Mittel in Höhe von 30.000 € für die Fortsetzung der Arbeit des Stadtteilbüros Horst-Süd in Trägerschaft der Diakonie bereitzustellen.</p>			zugestimmt
386	KJF	SPD + CDU	3603	4	<p>Starterpakete im Rahmen der Verselbständigung junger Erwachsener</p> <p>Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen, im Rahmen der Unterstützung der Verselbständigung junger Erwachsener die Bereitstellung von "Starterpaketen". Hierzu werden für die kommenden zwei Haushaltsjahre 10.000 € eingestellt.</p>			zugestimmt
387	KJF	SPD + CDU	3603	4	<p>Mädchen Musik Akademie</p> <p>Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen, die Fortführung der Mädchen Musik Akademie unter Zweckbindung zur Abdeckung der Mietkosten zu unterstützen. Hierfür ist die Summe von 8.000 € in den Haushalt einzustellen.</p>			zurückgezogen
295	BV Ost	CDU	4101	5	<p>Es wird beantragt, einen Betrag von bis zu 8500,00 Euro einzustellen für die Anschaffung eines großen Arbeits- und Esstisches nebst Stühlen für die Lehrküche des Elisabeth-Käsemann Familien Netzwerkes e.V.</p> <p>Begründung: Das Elisabeth-Käsemann Familien Netzwerkes e.V. will grundlegende Kenntnisse in der Ernährungslehre an Jugendliche, Erwachsene, Senioren, Menschen mit Handicap sowie Erkrankte vermitteln. In der neu eingerichteten Lehrküche fehlt noch ein großer Arbeits- und Esstisch mit Bestuhlung.</p>	Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt mündlich.		zugestimmt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBDP Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBDP
327	AFG	B90/Die Grünen	4101	5	<p>Zur Sitzung des Ausschusses für Gesundheit am 17. November 2022 stellt die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rahmen der Haushaltsberatungen 2023 folgenden Änderungsantrag:</p> <p>Zur Ausweitung der Infrastruktur von AED (Automatisierte Externe Defibrillatoren) werden 9.000,-€ in den Haushalt 2023 eingestellt. Es werden drei AED angeschafft und in der Nähe der Hauptknotenpunkte Hauptbahnhof, Heinrich-König-Platz und Bahnhof Buer installiert. (PG 4101)</p> <p>Begründung: Seit vielen Jahren wird in Erste-Hilfe-Kursen der Umgang mit einem AED-Gerät gelehrt. Hintergrund sind Erkenntnisse, denen zufolge bei ca. 30% der Notfälle, die mit dem Herzen zu tun haben, eine Frühdefibrillation überlebenssichernd ist. Hierzu ist es entsprechend notwendig einen AED schnell verfügbar zu haben. Deshalb ist es wichtig, ausreichend viele AED an öffentlichen Orten zur Verfügung zu stellen. Hierzu eignen sich besonders stark besuchte Stellen, wie Sportstätten, öffentliche Plätze, Bahnhöfe und U-Bahn-Stationen.</p> <p>Der Sachstandsbericht (20-25/3822) zeigt auf, dass in Gelsenkirchen viel zu wenige öffentliche AED vorhanden sind. Zudem befinden diese sich allesamt in Gebäuden, die Öffnungszeiten unterliegen, sodass kein uneingeschränkter Zugang besteht. Leben retten darf nicht nur in Abhängigkeit von Öffnungszeiten möglich sein. Insbesondere an Hauptknotenpunkten wie Hauptbahnhof, Bahnhof Buer und Heinrich-König-Platz ist es daher notwendig AED zu installieren. Der Sachstandsbericht verweist auf die Zuständigkeit der Bewirtschaftungsstelle des Objektes für die Anschaffung und Wartung der Geräte (z.B. Deutsche Bahn oder VRR). Wir bitten die Verwaltung daher um eine Stellungnahme zu geeigneten Standorten für AED an den drei genannten Hauptknotenpunkten. D. h. wo könnten am Heinrich-König-Platz und in der Nähe der Bahnhöfe die Geräte sinnvollerweise aufgestellt werden, um möglichst gut zugänglich zu sein und um von der Stadt Gelsenkirchen angeschafft und gewartet werden zu können? Mit welchen voraussichtlichen Kosten wäre dabei zu rechnen?</p> <p>Des Weiteren muss das AED-Kataster dringend aktualisiert werden (zuletzt 2017), damit Ersthelfer*innen wissen, wo sie im Notfall auf einen Defibrillator zurückgreifen können. Die Standorte aller AED in der Stadt müssen entsprechend beworben werden, so dass möglichst viele Bürger*innen im kardiogenen Notfall wissen, wo sich das nächste verfügbare Gerät befindet.</p>	Die Stellungnahme der Verwaltung erfolgt mündlich.		zugestimmt
406	HFBDP	SPD+CDU+GRÜNE	4102	5	<p>Gesundheitskiosk für Gelsenkirchen</p> <p>Das Modell „Gesundheitskiosk“ wird von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie weiteren Beteiligten am Gesundheitssystem als niedrigschwelliges Angebot gesehen, um eine adäquate Gesundheitsvorsorge gerade unterversorgten Personengruppen zugänglich zu machen. In Städten wie Hamburg oder Essen werden entsprechende Konzepte bereits erfolgreich erprobt. Um das Modell eines „Gesundheitskiosks“ auch in Gelsenkirchen erfolgreich einführen zu können, die entsprechende Arbeitsgruppe im Rahmen der Kommunalen Gesundheitskonferenz Gelsenkirchen unterstützen und um verschiedene Träger- und Finanzierungsmodelle betrachten und bewerten zu können, beantragen die Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Mittel in Höhe von 10.000 Euro in den Haushalt einzustellen.</p>			zugestimmt
407	HFBDP	SPD+CDU+GRÜNE	4102	5	<p>Gesundheitskiosk für Gelsenkirchen</p> <p>Die Fraktionen von SPD CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen die Aufnahme folgender Zielvereinbarung für das Produkt 410201:</p> <p>Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023 bis 2026: Schaffung eines Gelsenkirchener „Gesundheitskiosk“ bei entsprechender Förderung bzw. Kofinanzierung</p> <p>Kurzfristige Ziele für das Planungsjahr 2023: Vorlage einer Konzeptionierung für das Modell eines „Gesundheitskiosk“ in Gelsenkirchen</p> <p>Maßnahme zur Zielerreichung: Erarbeitung einer Konzeptionierung unter Beteiligung der entsprechenden Arbeitsgruppe der Kommunalen Gesundheitskonferenz Gelsenkirchen, Einbeziehung und Beratung durch erfahrene Partnerinnen und Partner, Akquisition von Fördermitteln</p>			zugestimmt
408	HFBDP	SPD+CDU+GRÜNE	4201	4	<p>Weiterführung Open Sunday</p> <p>Das Projekt „Open Sunday“ richtet sich an Kinder, die bisher nicht über den Vereinssport erreicht werden konnten. Als niedrigschwelliges Angebot im Quartier wirkt es dem Bewegungsmangel entgegen. Zur Weiterführung des Projekts beantragen die Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 EUR einzustellen. Mit der Erstellung des Sportentwicklungsplanes erhoffen sich die Fraktionen, dass das Projekt „Open Sunday“ in die Regelförderung aufgenommen werden kann.</p>			zugestimmt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
412	HFBPD	SPD+CDU+GRÜNE	4201	4	<p>Prävention sexualisierter Gewalt im Sport</p> <p>Der (organisierte) Sport ist, ebenso wie andere gesellschaftliche Bereiche, von sexualisierter Gewalt betroffen. Eine aktuelle Studie besagt, dass 64% der Sportlerinnen und Sportler im Breitensport emotionale Grenzverletzungen bzw. Gewalt, 19 % sexualisierte Grenzverletzungen, Belästigungen oder Gewalt mit Körperkontakt sowie 26 % ohne Körperkontakt erlebt haben. Auch der aktuelle Fall des deutschen Schwimmverbandes zeigt die Brisanz und Handlungsnotwendigkeit im Bereich des organisierten Sports. Der organisierte Sport stellt sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung bereits, so auch Gelsensport, indem dort Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benannt wurden, die die Gelsenkirchener Sportvereine in der Prävention und Intervention gegen sexualisierte Gewalt im Sport beraten und unterstützen. Kinder zu stärken und partizipieren zu lassen, gehört ebenso zu einer präventiven Arbeit, deshalb ist u.a. das mobile Theaterstück „Tudo bem – Alles in Ordnung“ entwickelt worden. Die Mittel dafür wurden in den letzten Jahren in den Haushalt eingestellt.</p> <p>Nach Informationen von Gelsensport streben diese eine Zusammenarbeit mit roterkeil.net, die sich für Kinderrechte und Kindeswohl einsetzen, an. Ab dem nächsten Jahr könnten dadurch Sportvereine in der Entwicklung von Schutzkonzepten unterstützt werden. Vor diesem Hintergrund beantragen die Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN finanzielle Mittel in Höhe von 15.000 € für Personal- und Sachkosten in den Haushalt einzustellen, damit Gelsensport, die Beratung und Begleitung der dafür notwendigen Schutzprozesse gewährleisten kann. Im Rahmen der Schutzkonzepterstellung sollen in den Vereinen u.a. Maßnahmen zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen, wie das genannte Theaterstück, umgesetzt werden.</p>			zugestimmt
415	HFBPD	SPD+CDU+GRÜNE	4201	4	<p>Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und CDU beantragen im Rahmen des Haushaltsberatungsverfahrens gemeinsam folgenden Änderungsantrag:</p> <p>PG 4201: Sportbau- und -sanierungsmaßnahmen</p> <p>Die Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen die Aufnahme folgender Zielformulierung für das Produkt 4010101:</p> <p>Kurzfristige Ziele für das Planungsjahr 2023: Vorlage einer Prioritätenliste für Sportbau- und -sanierungsmaßnahmen unter besonderer Berücksichtigung der Sportanlagen Südstadion und „Zur Lohmühle“.</p> <p>Maßnahmen für die Zielerreichung: Vorlage und Abstimmung einer verwaltungsseitigen Prioritätenliste sowie einer mittelfristigen Zeitplanung zur Umsetzung der Sportbau- und -sanierungsmaßnahmen.</p>			zugestimmt
394	AFS	SPD + CDU	4201	4	<p>PG 4201: Unterstützung der Sportvereine bei der Mitgliederanwerbung</p> <p>Die Mitgliederzahlen in den Gelsenkirchenern Sportvereinen sind schon länger rückläufig. Die Corona-Pandemie hat diese Entwicklung besonders bei jungen Mitgliedern noch verstärkt. Die Mitgliedsbeiträge sind für die meisten Vereine die wichtigste Einnahmequelle, um Übungsleiter, Trainingsmaterial zu bezahlen und weitere Kosten zu stemmen.</p> <p>Die Gelsenkirchener Sportvereine, die ab dem Schuljahr 2023/2024 eine bzw. einen Erstklässlerin oder Erstklässler in ihren Verein aufnehmen und mit einer Mitgliedschaft für mindestens ein Jahr ausstatten, erhalten eine Förderung für die Mitgliedschaft, so dass das erste Mitgliedsjahr für Erstklässlerinnen und Erstklässler beitragsfrei ist.</p> <p>Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen hierfür Haushaltsmittel in Höhe von 20.000 Euro für das Jahr 2023 und 30.000 Euro für das Jahr 2024 einzustellen.</p> <p>Eine tiefere Konzeptionierung des Modells ist mit Gelsensport abzustimmen und dem Ausschuss für Sportentwicklung (AFS) vorzulegen. Ziel des Projektes besteht darin, die Anreize bei den Vereinen zur Mitgliederwerbung zu forcieren und entsprechende Konzepte umzusetzen.</p>			zugestimmt
395	AFS	SPD + CDU	4201	4	<p>PG 4201: Weiterführung Open Sunday</p> <p>Das Projekt „Open Sunday“ richtet sich an Kinder, die bisher nicht über den Vereinssport erreicht werden konnten. Als niedrigschwelliges Angebot im Quartier wirkt es dem Bewegungsmangel entgegen und richtet sich besonders an die Kinder, die nicht in Sportvereinen aktiv sind. Zur Weiterführung des Projekts beantragt die Fraktionen von SPD und CDU Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 EUR einzustellen.</p> <p>Mit der Erstellung des Sportentwicklungsplanes erhoffen sich die Fraktionen, dass das Projekt Open Sunday in die Regelförderung aufgenommen werden kann.</p>			zurückgezogen

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
396	AfS	SPD + CDU	4201	4	<p>PG 4201: Prävention sexualisierter Gewalt im Sport</p> <p>Der (organisierte) Sport ist ebenso wie andere gesellschaftliche Bereiche von sexualisierter Gewalt betroffen. Eine aktuelle Studie besagt, dass 64% der Sportlerinnen und Sportler im Breitensport emotionale Grenzverletzungen bzw. Gewalt, 19 % sexualisierte Grenzverletzungen, Belästigungen oder Gewalt mit Körperkontakt sowie 26 % ohne Körperkontakt erlebt haben. Auch der aktuelle Fall des deutschen Schwimmverbandes zeigt die Brisanz und Handlungsnotwendigkeit im Bereich des organisierten Sports.</p> <p>Der organisierte Sport stellt sich seiner gesellschaftlichen Verantwortung bereits, so auch Gelsensport, indem dort Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner benannt wurden, die die Gelsenkirchener Sportvereine in der Prävention und Intervention gegen sexualisierte Gewalt im Sport beraten und unterstützen. Kinder zu stärken und partizipieren zu lassen, gehört ebenso zu einer präventiven Arbeit, deshalb ist u.a. das mobile Theaterstück „Tudo bem – Alles in Ordnung“ entwickelt worden. Die Mittel dafür wurden in den letzten Jahren in den Haushalt eingestellt.</p> <p>Nach Informationen von Gelsensport streben diese eine Zusammenarbeit mit roterkeil.net, die sich für Kinderrechte und Kindeswohl einsetzen, an. Ab dem nächsten Jahr könnten dadurch Sportvereine in der Entwicklung von Schutzkonzepten unterstützt werden.</p> <p>Vor diesem Hintergrund beantragen die Fraktionen der SPD und CDU finanzielle Mittel in Höhe von 15.000 € für Personal- und Sachkosten in den Haushalt einzustellen, damit Gelsensport, die Beratung und Begleitung der dafür notwendigen Schutzprozesse gewährleisten kann. Im Rahmen der Schutzkonzepterstellung sollen in den Vereinen u.a. Maßnahmen zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen, wie das genannte Theaterstück, umgesetzt werden.</p>			zurückgezogen
426	HFBPD	SPD+CDU	4201	4	<p>Mobile Sitzmöglichkeiten am Haus der offenen Tür [420101]</p> <p>Der Sportplatz „Offene Tür“ am Berger See wird gerne von Schulklassen für unterschiedlichste Aktivitäten genutzt. Auf der Anlage gibt es bedauerlicherweise kaum Sitzmöglichkeiten. Für die Anschaffung von mobilen Sitzmöglichkeiten, sogenannte „Bierzeltgarnituren“, wird in den Haushalt 2.000 Euro eingestellt.</p>			zugestimmt
453	HFBPD	AFD	4201	4	<p>Produktgruppe: 4201; Produkt: 420102</p> <p>Bezeichnung: Sportanlagen und Sportförderung</p> <p>Seite(n) des Haushaltsplans: 463</p> <p>Im Haushaltsplanentwurf für 2023 heißt es bei der Sportförderung unter „Zielsetzung“ unter anderem: „Förderung des gesunden Aufwachsens sowie der sportlichen und sozialen Teilhabe von zugewanderten Kindern und Jugendlichen sowie Kindern und Jugendlichen in prekären Lebenslagen“</p> <p>Diesbezüglich beantragt die AfD-Fraktion, zu beschließen: Der vorgenannte Aspekt der Zielsetzung der Sportförderung wird im Haushaltsplanentwurf wie folgt geändert: „Förderung des gesunden Aufwachsens sowie der sportlichen und sozialen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen in prekären Lebenslagen, gleich ob zugewandert oder nicht zugewandert“</p>			abgelehnt
247	AfS	B90/Die Grünen	4201	4	<p>Zur Sitzung des Ausschusses für Sportentwicklung am 21.09.2022 stellt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rahmen des Haushaltsberatungsverfahrens folgenden Änderungsantrag:</p> <p>Einstellung eines Budgets in Höhe von 30.000 € zur Aufarbeitung und Ausstattung der Trainingsfläche des VfB 09/13 Gelsenkirchen e. V. – Abteilung Cricket (Produktgruppe 4201)</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Cricket-Abteilung des VfB 09/13 Gelsenkirchen e. V. verfügt nicht über eine eigene Sportanlage, sondern trainiert auf der öffentlichen Parkfläche des Gesundheitsparks Nienhausen. Schon seit geraumer Zeit ist der Verein bestrebt, durch die Entnahme von wenigen Bäumen und der Beseitigung einer kleinen Unterholzfläche, die Spielfläche auf das notwendige Mindestmaß zu erweitern. Im Zuge von Modernisierungsmaßnahmen werden im Gesundheitspark Nienhausen ohnehin mehrere hundert Bäume entnommen und durch Neupflanzungen ersetzt. Der Verein hat sich bereit erklärt, ebenfalls Ausgleichspflanzungen für seinen Entnahmewunsch vorzunehmen. Zur Verbesserung des Untergrundes werden jedoch noch ca. 150 Kubikmeter Mutterboden benötigt. Die dazu erforderlichen Arbeiten würde der Verein sowohl in Eigenleistung als auch mit dem Einsatz von Leihmaschinen erbringen.</p> <p>Im Sommer 2018 wurde mit finanzieller Unterstützung von Gelsensport und mit erheblichen Eigenleistungen durch die Mitglieder ein Pitch (Schlagfläche) auf der Mittelwiese im Gesundheitspark Nienhausen angelegt. Leider wurde dieser Pitch im April 2022 durch Vandalismus beschädigt. Der Verein benötigt daher finanzielle Mittel zur Wiederherstellung der Anlage. Darüber hinaus fehlt dem Verein für den Spielbetrieb noch eine mobile Anzeigentafel sowie ein gesicherter Lagerort für diese.</p> <p>Die Cricket-Abteilung des VfB 09/13 Gelsenkirchen e. V. leistet neben ihrem sportlichen Angebot eine herausragende Integrationsarbeit als anerkannter Stützpunktverein im Programm „Integration durch Sport“. Mit diesem besonderen Engagement trägt der Verein sowohl zum gesellschaftlichen Miteinander als auch zum Ansehen der Stadt Gelsenkirchen bei.</p>	<p>Für die benötigte Anschaffung von Mutterboden und einer mobilen Anzeigentafel wurden Kosten i.H.v. max. 12.500 € ermittelt. Die Kostenermittlung für die Wiederherstellung des Pitches ist aktuell noch nicht abgeschlossen. Die Sportverwaltung wird zusammen mit dem Verein Möglichkeiten für eine Unterbringungsmöglichkeit für eine mobile Anzeigentafel prüfen.</p>		zugestimmt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstands bereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBDP Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBDP
397	AFS	B90/Die Grünen	4201	4	<p>PG 4201: Ertüchtigung des Südstadions im Rahmen eines Sanierungsplans als Teilkonzept zur Sportentwicklungsplanung</p> <p>Begründung: Exemplarisch für den Sanierungsstau der Sportanlagen in Gelsenkirchen gilt das Südstadion. Bereits seit 13 Jahren bemüht sich der SG Eintracht Gelsenkirchen 07/12 e. V. um eine Sanierung dieser maroden Sportanlage. So haben bereits Gespräche und Schriftverkehr mit Gelsensport sowie mit dem ehemaligen Oberbürgermeister Frank Baranowski seit dem Jahr 2008 stattgefunden. Alle Bemühungen sind bislang im Sande verlaufen. Sogar die aus Sicht des Vereins zwingend notwendigen Maßnahmen, wie bspw. die Reparatur der Bewässerung des Naturrasenplatzes, sind bisher nicht erfolgt. Vor drei Jahren wurde zudem ein Bauzaun im Südstadion eingezogen, der zur Absicherung von Stehstufenanlagen am Naturrasenplatz und auch am Ascheplatz dient. Vor etwa 2,5 Jahren versprachen Vertreter*innen der Stadt, darunter der Sportbeauftragte und der Bezirksbürgermeister Soforthilfen. Von den angekündigten Soforthilfen ist - bis auf Freigabe von etwa 15 Metern der Stehstufenanlagen am Ascheplatz - bis heute nichts erfüllt worden.</p> <p>In Eigenregie hat der SG Eintracht Gelsenkirchen 07/12 e. V. ein beachtenswertes Sanierungskonzept entwickelt, das - durch die Reduzierung / den Rückbau einer weiteren sanierungsreifen und weniger frequentierten Sportanlage an der Dessauer Straße - das Südstadion endlich ertüchtigen würde und in eine gemeinsame Nutzung mit dem benachbarten Verein ETuS Gelsenkirchen e. V. überführt werden könnte. Vor diesem Hintergrund beantragt die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN die Aufnahme folgender Zielformulierung für das Produkt 420101:</p> <p>Mittelfristige Ziele für den Planungszeitraum 2023 bis 2026: Die Erstellung und Umsetzung eines Sanierungsplans als Teilkonzept zur beauftragten Sportentwicklungsplanung für die besonders dringlichen Sportanlagen in Gelsenkirchen, wie das Südstadion, innerhalb eines interdisziplinären Arbeitsprozesses der Bau- und Sportverwaltung und unter Beteiligung von Gelsensport und den Akteur*innen der betroffenen Sportanlagen sowie Einbindung bereits vorhandener Sanierungskonzepte.</p> <p>Kurzfristige Ziele für das Planungsjahr 2023: Über das Ergebnis der Aufstellung dieses Sanierungsplanes mit konkreten Angaben zu geplanten Baumaßnahmen und deren zeitlichen Eckdaten zur Umsetzung wird in einer der Sitzungen des Ausschusses für Sportentwicklung im 1. Halbjahr 2023 berichtet.</p> <p>Maßnahmen zur Zielerreichung: Die Sportverwaltung wird unter Einbeziehung von Bauverwaltung und Gelsensport umgehend prüfen, unter welchen Rahmenbedingungen die Erstellung eines solchen Sanierungsplans als Teilkonzept zur Sportentwicklungsplanung umgesetzt werden kann, ggf. mit Einrichtung einer entsprechenden Steuerungsgruppe.</p>		zurückgezogen	
398	AFS	B90/Die Grünen	4201	4	<p>Einstellung eines Budgets in Höhe von 30.000 € zur Aufarbeitung und Ausstattung der Trainingsfläche des VfB 09/13 Gelsenkirchen e. V. – Abteilung Cricket (Produktgruppe 4201)</p> <p>Begründung: Die Cricket-Abteilung des VfB 09/13 Gelsenkirchen e. V. verfügt nicht über eine eigene Sportanlage, sondern trainiert auf der öffentlichen Parkfläche des Gesundheitsparks Nienhausen. Schon seit geraumer Zeit ist der Verein bestrebt, durch die Entnahme von wenigen Bäumen und der Beseitigung einer kleinen Unterholzfläche, die Spielfläche auf das notwendige Mindestmaß zu erweitern. Im Zuge von Modernisierungsmaßnahmen werden im Gesundheitspark Nienhausen ohnehin mehrere hundert Bäume entnommen und durch Neupflanzungen ersetzt. Der Verein hat sich bereit erklärt, ebenfalls Ausgleichspflanzungen für seinen Entnahmewunsch vorzunehmen. Zur Verbesserung des Untergrundes werden jedoch noch ca. 150 Kubikmeter Mutterboden benötigt. Die dazu erforderlichen Arbeiten würde der Verein sowohl in Eigenleistung als auch mit dem Einsatz von Leihmaschinen erbringen.</p> <p>Im Sommer 2018 wurde mit finanzieller Unterstützung von Gelsensport und mit erheblichen Eigenleistungen durch die Mitglieder ein Pitch (Schlagfläche) auf der Mittelwiese im Gesundheitspark Nienhausen angelegt. Leider wurde dieser Pitch im April 2022 durch Vandalismus beschädigt. Der Verein benötigt daher finanzielle Mittel zur Wiederherstellung der Anlage. Darüber hinaus fehlt dem Verein für den Spielbetrieb noch eine mobile Anzeigentafel sowie ein gesicherter Lagerort für diese.</p> <p>Die Cricket-Abteilung des VfB 09/13 Gelsenkirchen e. V. leistet neben ihrem sportlichen Angebot eine herausragende Integrationsarbeit als anerkannter Stützpunktverein im Programm „Integration durch Sport“. Mit diesem besonderen Engagement trägt der Verein sowohl zum gesellschaftlichen Miteinander als auch zum Ansehen der Stadt Gelsenkirchen bei.</p>		(erledigt durch bereits erfolgte Zustimmung zur konsumtiven ID 247)	
372	WIBG	SPD + CDU	5101	1	<p>PG 5701: Kaufkraftorientierte Mobilitätsbefragung Innenstädte</p> <p>In den Haushalt wird eine Summe von 20.000 Euro eingestellt, um zwei kaufkraftorientierte Mobilitätsbefragungen in den zentralen Innenstadtlagen Buer sowie der Altstadt durchzuführen. Die Befragung soll sich besonders auch an Frequenz- und kaufkraftbildenden Standorten orientieren (bspw. in Buer: Lederwaren, Bekleidung, Juwelier, Drogerieartikel, Markt), reale Kaufvorgänge berücksichtigen und Aufschluss über Stärken, Potentiale und Kundenpräferenzen der Standorte unter Mobilitätsgesichtspunkten und der realen Kaufkraft bieten. Dazu sollen u. a. räumliche Einordnung der Kunden (bspw. PLZ), gewählte Mobilitätsform des Besuchs (insb. Fuß, Rad, MIV, neue Formen wie Scooter, ÖPNV) und Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen des gewählten Mobilitätsangebotes am jeweiligen Standort in Relation gesetzt werden.</p>		zugestimmt	

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBD
373	WIBG	SPD + CDU	5101	1	<p>PG 5701: Stadtgutschein</p> <p>Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</p> <p>Das Stadtgutscheinssystem Gelsenkirchen soll auch in 2023 mit 37.500 € bezuschusst werden, um dieses erfolgreiche Instrument zur lokalen Kaufkraftbindung weiterhin zu stärken und somit die lokalen Gewerbetreibenden aus den Bereichen Handel, Dienstleistungen und Gastronomie zu unterstützen. Mit diesen Mitteln sollen auch zukünftig die Stadtgutscheine mit grundsätzlich 15% (mit Ausnahme von temporären Erhöhungen bei Sonderaktionen) bezuschusst werden.</p>			zugestimmt
375	WIBG	SPD + CDU	5101	1	<p>PG 5101: Erstellung eines Fachkräftesicherungskonzeptes</p> <p>Der zunehmende Fachkräftemangel gefährdet die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Gelsenkirchener Unternehmen und den volkswirtschaftlichen Wohlstand. Um dem entgegenzuwirken, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die Erstellung eines Fachkräftesicherungskonzeptes und die Bereitstellung von Haushaltsmitteln in Höhe von 15.000 Euro. Durch die Erstellung des Konzeptes soll für jede Branche aufgezeigt werden, wie sich der Fachkräftemangel in der Zukunft entwickelt und wo besonders hohe Bedarfe sind. Aufbauend darauf sollen Strategien entwickelt werden, um dem Fachkräftemangel in Gelsenkirchen entgegenzuwirken.</p>			zugestimmt
377	WIBG	SPD + CDU	5101	1	<p>PG 5101: Einrichtung einer dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe zur Verfolgung der Ziele im Rahmen der Potentialanalyse Hochschulstandort</p> <p>2022 wurden die Ergebnisse der „Potentialanalyse Hochschulstandort“ im WIBG vorgestellt. Die Studie wurde auf Antrag der Fraktionen von SPD und CDU im Rahmen des Haushaltsverfahrens beantragt. Um die Ergebnisse umsetzen zu können, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die Aufnahme folgender Zielformulierung für das Produkt 510101: Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023 bis 2026: Umsetzung von Maßnahmen, die im Rahmen der Potentialanalyse Hochschulstandort entwickelt wurden. Maßnahmen zur Zielerreichung: Einrichtung einer dezernatsübergreifenden Arbeitsgruppe, Evaluierung der Ergebnisse, Erarbeitung einer verwaltungsseitigen Priorisierung der Maßnahmen.</p>			zugestimmt
130	BV Nord	SPD	5101	1	<p><i>Änderungsantrag: Dauerhafte Fortführung des Pop-Up Biergarten auf der Kunstwiese in Buer</i></p> <p><i>Die Verwaltung wird aufgefordert, die dauerhafte Fortführung des erfolgreichen Pop-Up Biergarten in den Folgejahren auf der buerschen Kunstwiese sicherzustellen. Der erstmals im Rahmen der Pandemie eröffnete Biergarten auf der buerschen Kunstwiese erfreut sich auch weiterhin einem regen Zuspruch seitens der Bevölkerung, was sich an den stetig guten Besucherzahlen festmachen lässt. Mit seinem wechselnden Speise- und Getränkeangebot sowie dem zeitweiligen Kleinkunstangebot trägt der Biergarten zur deutlichen kulturellen Belebung in der buerschen City bei. Was zunächst als Hilfe für pandemiebetroffene Gastronomen geplant war, hat sich mittlerweile zu einer festen und unverzichtbaren Größe im buerschen Stadtleben entwickelt. Die SPD-Bezirksfraktion Nord fordert daher die Verwaltung auf, die erforderlichen Voraussetzungen zur unbefristeten Fortführung des erfolgreichen Biergartens zu schaffen.</i></p> <p><i>Der Änderungsantrag wurde in der Sitzung der Bezirksvertretung Nord am 10. November vom Antragsteller zurückgezogen.</i></p>	<p><i>Eine unbefristete Fortführung des Pop-Up-Biergartens auf der Skulpturenwiese ist ohne Weiteres nicht möglich. Die Durchführung ist insbesondere abhängig von dem Engagement und Interesse der Gastronomiebetriebe.</i></p> <p><i>Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen (Energiekrise etc.) kann seitens der Verwaltung nicht eingeschätzt werden, ob der Pop-Up-Biergarten auf der Skulpturenwiese langfristig gesichert werden kann.</i></p> <p><i>Der Änderungsantrag wurde in der Sitzung der Bezirksvertretung Nord am 10. November vom Antragsteller zurückgezogen.</i></p>	<p><i>Antrag war bereits im laufenden Beratungsverfahren vom Antragsteller in der Bezirksvertretung Nord am 10.11.2022 zurückgezogen worden.</i></p>	
307	BV Nord	SPD	5101	1	<p>Zielvereinbarung</p> <p>Pop-up Biergarten /Kulturbiergarten</p> <p>Zwecks Belebung der Gastronomieszene sowie deren Erweiterung sowie zur Stärkung des soziokulturellen Zusammenlebens und zur Stärkung der Innenstadt von Buer ist in die kurzfristigen Zielvereinbarungen die Erstellung eines langfristig ausgerichteten Konzeptes für einen Pop-up-Biergarten in Buer aufzunehmen, welches die Unterbringung des Kulturbiergartens aus Kostengründen mit enthalten sollte. Kurzfristig soll ein langfristiges Konzept entworfen werden.</p>	<p>Ein auf Dauer ausgerichtetes Konzept für den Pop-up-Biergarten in Buer ist insbesondere abhängig von der Bereitschaft der Gastronomiebetriebe an einer Teilnahme am Pop-up-Biergarten. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen (Energiekrise etc.) und der daraus resultierenden hohen finanziellen Belastungen der Gastronomiebetriebe ist aktuell unklar, ob die in diesem Jahr und den vergangenen Jahren tätigen Gastronomiebetriebe den Biergarten, der seitens der Stadt im Jahr 2022 zuletzt mit rund 50.000 € finanziell unterstützt wurde, auch ohne städtischen Zuschuss betreiben werden.</p>		zugestimmt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBDP Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBDP
326	StePIA	SPD + CDU	5102	6	<p>Sanierungsgebiet City-Ost/Ringstraße</p> <p>Über die Ringstraße fahren täglich Tausende Menschen nach Gelsenkirchen ein und aus. Ihr Erscheinungsbild ist dem einer modernen Großstadt nicht würdig. Ebenfalls ist die Bausubstanz der Immobilien im Bereich der östlichen City, die zu einem großen Teil in der unmittelbaren Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wurde, nicht mehr zeitgemäß. Viele Wohneinheiten sind als Substandardwohnung zu klassifizieren, Leerstand und soziale Trading-Down-Effekte sind die Folgen.</p> <p>Um eine signifikante Verbesserung für die Menschen in dem Bereich der östlichen Innenstadt und für eine der am häufigsten befahrenen Ein- und Ausfahrtsstraßen in unserer Stadt herbeizuführen, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die Aufnahme folgender Zielvereinbarung für das Produkt 510201:</p> <p>Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023 bis 2026: Umbau/Erneuerung der Ringstraße spätestens in den Jahren 2025/2026, prioritäre Aufnahme des Gebietes City-Ost als Stadterneuerungs-/Sanierungsgebiet</p> <p>Planungsjahr Kurzfristige Ziele für das 2023: Ermittlung der personellen und finanziellen Ressourcen für das Sanierungsgebiet Ringstraße</p> <p>Maßnahme zur Zielerreichung: Durchführung einer vorbereitenden Untersuchung (VU), Konzeptionierung und Vorbereitung der Umbaumaßnahmen, Erarbeitung eines integrierten Entwicklungskonzeptes und Akquisition von Fördermitteln</p>			zurückgezogen
427	HFBDP	SPD+CDU	5102	6	<p>Sanierungsgebiet City-Ost/Ringstraße</p> <p>Über die Ringstraße fahren täglich Tausende Menschen nach Gelsenkirchen ein und aus. Ihr Erscheinungsbild ist dem einer modernen Großstadt nicht würdig. Ebenfalls ist die Bausubstanz der Immobilien im Bereich der östlichen City, die zu einem großen Teil in der unmittelbaren Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wurde, nicht mehr zeitgemäß. Viele Wohneinheiten sind als Substandardwohnung zu klassifizieren, Leerstand und soziale Trading-Down-Effekte sind die Folgen. Um eine signifikante Verbesserung für die Menschen in dem Bereich der östlichen Innenstadt und für eine der am häufigsten befahrenen Ein- und Ausfahrtsstraßen in unserer Stadt herbeizuführen, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die Aufnahme folgender Zielvereinbarung für das Produkt 510201:</p> <p>Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023 bis 2026: Umbau/Erneuerung der Ringstraße spätestens in den Jahren 2025/2026, prioritäre Aufnahme des Gebietes City-Ost als Stadterneuerungs-/Sanierungsgebiet</p> <p>Planungsjahr Kurzfristige Ziele für das 2023: Ermittlung der personellen und finanziellen Ressourcen für das Sanierungsgebiet Ringstraße</p> <p>Maßnahme zur Zielerreichung: Prioritäre Prüfung des Quartiers unter den Fördervoraussetzungen der Zukunftspartnerschaft mit dem Land NRW: Zukunft wird Gemacht: Das Gelsenkirchenprojekt, nach Möglichkeit Durchführung einer vorbereitenden Untersuchung (VU), Konzeptionierung und Vorbereitung der Umbaumaßnahmen, Erarbeitung eines integrierten Entwicklungskonzeptes und Akquisition von Fördermitteln.</p>			zugestimmt
449	HFBDP	AFD	5102	6	<p>Produktgruppe: 5102; Produkt: 510201</p> <p>Bezeichnung: Räumliche Planung, Beleuchtungsanlage Hundewiese Glückauf Park Hassel</p> <p>Seite(n) des Haushaltsplans: 478-482</p> <p>Bezugnehmend auf unsere Haushaltsanfrage (AVM, ID 147) beantragen wir, zu beschließen: Im Glückauf Park Hassel wird – aus Sicherheitsaspekten bei Dunkelheit – eine Beleuchtungsanlage, samt der erforderlichen Energieversorgungszuleitung, an der dortigen Hundewiese installiert. Der Kostenrahmen obliegt dem Ermessen der Verwaltung.</p>			abgelehnt
450	HFBDP	AFD	5102	6	<p>Produktgruppe: 5102; Produkt: 510201</p> <p>Bezeichnung: Räumliche Planung, Umzäunung Hundewiese Glückauf Park Hassel</p> <p>Seite(n) des Haushaltsplans: 478-482</p> <p>Wir beantragen, zu beschließen: Die Hundewiese im Glückauf Park Hassel erhält unter Berücksichtigung des auf unsere Haushaltsanfrage (AVM, ID 147) von der Verwaltung angegebenen Kostenrahmens in Höhe von maximal 25.000 € eine nachträgliche Umzäunung.</p>			abgelehnt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstands bereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBD
442	HFBD	FDP	5102	6	Zielvereinbarung: Tiny Houses In der Produktgruppe 5102 - Tiny-Houses Zielvereinbarung: Die Verwaltung möge in der ersten Jahreshälfte 2023 prüfen, wo im Stadtnorden ein Baugebiet ausgewiesen werden kann, auf dem gemäß des zu entwickelten Bebauungsplanes 10 bis 20 Kleinsthäuser (40 - 60 Quadratmeter) gebaut werden können. Dazu gehören Grundstückszuschnitte, die für die Bebauung geeignet sind. Dabei soll die Wirtschaftlichkeit berücksichtigt werden, da ein kleines Haus auch nur ein kleines Baugrundstück (150 - 200 Quadratmeter) benötigt. Begründung: In Zeiten explodierender Bau- und Energiekosten könnte die Stadt Gelsenkirchen mit einer ausgewiesenen Fläche für Kleinsthäuser eine Vorreiterrolle in der Region übernehmen. Zudem hat ein Tiny-House eine gute Ökobilanz: Bedingt durch die geringe Größe werden für den Bau eines Tiny-Houses deutlich weniger Materialien und Energie benötigt, als es bei einem konventionellen Haus der Fall ist. Weiterhin werden auch „im Betrieb“ weniger Ressourcen benötigt. Tiny-Houses gewinnen zunehmend an Beliebtheit. Dies geht aus einer Analyse des Online-Portals Comobau hervor. Ebenfalls sprechen Tiny-House-Hersteller von deutlich höherer Nachfrage. Demnach ist die Zahl der Kundenanfragen nach Mini-Häusern gegenüber dem vergangenen Jahr um mehr als 32% gestiegen.			zugestimmt
328	AVM	SPD + CDU	5401	6	Verkehrsangebote in leichter Sprache vermitteln Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen die Aufnahme folgender Zielvereinbarung für das Produkt 540101: Kurzfristige Ziele für das Planungsjahr 2023: Verbesserung und Ausbau des Informationsangebotes in leichter Sprache für den ÖPNV, SPNV und nichtmotorisierten Individualverkehr Maßnahme zur Zielerreichung: Finanzierung der Angebote aus dem Ansatz für den Radverkehr sowie Thematisierung im Rahmen des Masterplans Mobilität			zugestimmt
329	AVM	SPD + CDU	5401	6	Umbau der Dammstraße zur Fahrradstraße Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen die Aufnahme folgender Zielvereinbarung für das Produkt 540102: Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023 bis 2026: Umbau der Dammstraße von der A42-Brücke bis zur Wilhelmine-Victoria-Straße als Fahrradstraße mit Freigabe für den PKW-Verkehr Kurzfristige Ziele für das Planungsjahr 2023: Vorlage des Maßnahmenbeschlusses Maßnahme zur Zielerreichung: Aufnahme und Thematisierung der Maßnahme im Rahmen des Zukunftsprogramms Radverkehr			zugestimmt
330	AVM	SPD + CDU	5401	6	Einrichtung von Elektro-Quartiersparkplätzen Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen: Für die Einrichtung von Elektro-Quartiersparkplätzen wird ein Betrag von 30.000 Euro für externe Vergaben in den Haushalt eingestellt. Die Verwaltung wird beauftragt mit diesen Mitteln eine externe Beauftragung zu vergeben, um zum Sitzungszyklus vor der Sommerpause 2023 über erste Lose für technisch besonders geeignete Standorte berichten zu können und entsprechende Ausschreibungen zu veranlassen.			zugestimmt
333	AVM	B90/Die Grünen	5401	6	„Einstellung von jeweils 20 000€ in den Haushalt 2023 und für die folgenden Haushaltsjahre für die niveaugleiche Absenkung von Kantensteinen in Übergangsbereichen von Radwegen und Straßenfahrbahn in Einmündungs- und Kreuzungsbereichen“ Begründung: Zu hohe Kanten in Kreuzungsbereichen und an Einmündungen sind für jede*n Radfahrer*in ein Ärgernis, weil sie für starke Erschütterungen sorgen, das Material beschädigen und vor allem den Fahrfluss einschränken. Letztlich sind sie ein Hemmnisse zur Steigerung der Attraktivität des Radverkehrs. Für die weitere Lokalisierung der zu optimierenden Stellen wird der Einsatz der GEMeldet App angeregt.	Im Rahmen von Straßenbaumaßnahmen werden, bei Bedarf, bestehende höhere Kanten an Radwegeüberfahrten beseitigt. Solche Stellen werden auch über die Mängelmelder App mitgeteilt und entsprechend instandgesetzt. Eine darüber hinausgehende, inhaltliche Auseinandersetzung wird erfolgen. Unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden knappen Personalressourcen und der vorhandenen hohen Aufgabendichte wird dem Änderungsantrag eine entsprechende Priorität eingeräumt. Dies kann allerdings dazu führen, dass andere Aufgaben und Tätigkeiten nicht vorrangig weitergeführt werden können.		zurückgezogen

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBD
439	HFBPD	FDP	5401	6	<p>Produktgruppe 5401 zum Thema Machbarkeitsstudie urbane Seilbahn</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen des Mobilitätskonzeptes und der Verkehrswende den Knotenpunkt Bahnhof Buer Nord aufzuwerten. Die Idee dabei ist, die Anbindung der Westfälischen Hochschule einerseits an die City Buer und andererseits an den Bahnhof Buer Nord zu verbessern und gleichzeitig die Innenstadt Buers zu attraktivieren. Aus diesem Grund sollen 70.000 Euro für eine externe Machbarkeitsstudie in den Haushalt eingestellt werden. Nach Möglichkeit sollte das Stuttgarter Gutachterbüro Drees & Sommer SE beauftragt werden, das für das Bundesverkehrsministerium bereits die Studie zu Urbanen Seilbahnen erstellt hat. In der Studie soll untersucht werden, ob eine urbane Seilbahn auf der Strecke zwischen dem Bahnhof Buer Nord und der Innenstadt Buer sowie eine Anbindung an die Westfälische Hochschule gebaut werden kann, bzw. ob autonom fahrende Busse Student:innen über die Hülser Heide in die Innenstadt transportieren können. Bei beiden Projekten soll auch die Möglichkeit von Fördergeldern eruiert werden. Zudem soll in dem Zusammenhang geprüft werden, ob am Bahnhof Buer-Nord ein Park&Ride-Parkhaus gebaut werden sollte. Begründung: Die Digitalisierung des Verkehrs und vor allem des öffentlichen Nahverkehrs ist eine unverzichtbare Möglichkeit, die Zukunft der Mobilität zu gestalten. Selbstfahrende Busse und urbane Seilbahnen sind in vielen Metropolen längst Realität. Die Vorteile autonomer Fahrzeuge liegen auf der Hand. Da kein Fahrer mehr erforderlich ist, sinken Personalkosten. Dadurch steigt die Wirtschaftlichkeit. Zahlreiche dieser innovativen Projekte werden gefördert, das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) rechnet Seilbahnen zum Beispiel bereits seit 2020 dem förderfähigen Teil des ÖPNV zu.</p>			zugestimmt
337	AVM	WIN	5401	6	<p>„Verkehrsplanung Einzelprojekte“</p> <p>In den Haushaltsentwurf wird als Ziel aufgenommen: „Anreize für das Angebot von E-Taxis schaffen“.</p> <p>Konkret heißt das: Vergleichbar mit dem Vorgehen der Stadt Düsseldorf sollen mit Wirken der Verwaltung, Wirtschaftsförderung, IHK und Unternehmen in der Stadt sowie städtischen Betrieben Anreize geschaffen werden, damit das Angebot von E-Taxis in der Stadt eingeführt wird. Denkbar wäre auch die Einbindung der Westfälischen Hochschule im Rahmen einer Haus-, Bachelor- oder Masterarbeit.</p> <p>Begründung:</p> <p>Wir verweisen auf unsere Haushaltsanfragen und vorliegende Antworten ID 185 und 186 sowie Antworten mit den Drucksachen 20-25/2455 und 20-25/2776.</p> <p>Am Beispiel der Stadt Düsseldorf lässt sich erkennen, dass eine Kommune eine aktive Rolle darin einnehmen kann, dass in einer Stadt das Angebot von E-Taxis eingeführt und regelmäßig in Anspruch genommen wird. In Düsseldorf haben die Stadt, IHK, Taxiinnung und beheimatete Unternehmen an folgenden Maßnahmen gearbeitet:</p> <p>Eco-Label für E-Taxis, bevorzugte Standorte, freiwilliges und unverbindliches „commitment“ führender Unternehmen, bevorzugt E-Taxis in Anspruch zu nehmen, günstige Stromtarife durch Stadtwerke, einfache Bestellmöglichkeit, etc. E-Taxis legen pro Jahr 45. – 50.000 Km zurück und stoßen jeweils 10,8 t CO2 pro Jahr aus. Dies kann durch E-Taxis vermieden werden.</p> <p>Aktuell gibt es laut Kenntnis der Verwaltung kein Angebot von E-Taxis in Gelsenkirchen. Somit können Kunden, die ein solches Angebot präferieren, nicht bedient werden. E-Taxis haben eine große Werbewirkung, weil sie stärker wahrgenommen werden, als normale PKWs. Auch können sich Kunden über die Vorteile der E-Mobilität durch persönliche Erfahrung überzeugen lassen. Somit könnten E-Taxis einen Probefahrt Charakter entwickeln. Damit können E-Taxis erheblich zur Verkehrswende beitragen.</p>			abgelehnt
331	AVM	SPD + CDU	5402	6	<p>Innenstadtstärkung, parkgebührenfreie Tage</p> <p>Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen:</p> <p>Zur Frequenz- und Standortstärkung wird ein Betrag von 50.000 Euro in den Haushalt eingestellt, mit dem sechs bis acht parkgebührenfreie Tage im Innenstadtbereich Buer realisiert werden. Der Betrag bildet in Abhängigkeit von der Detailkonzeption den Einnahmerückgang aus öffentlichen Flächen („Parkscheinautomaten“) als auch potentiell Mittel an teilnehmende private Betreiber bewirtschafteter Parkangebote (Parkhäuser, beschränkte Parkplätze) ab.</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur zweiten Sitzung 2023 den Ausschuss für Verkehr und Mobilitätsentwicklung über die geplante Umsetzung zu unterrichten, die folgenden Maßgaben zwingend folgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Teilung der Tagauswahl auf frequenzstarke Tage (bspw. am Rande von City-Veranstaltungen) zur Standortstärkung und frequenzärmere Tage (bspw. Sommerpause) zur Frequenzstärkung im Standortwettbewerb; grds. Freitag/Samstag • Integration bewirtschafteter Parkflächen nach Rücksprache mit den Betreibern • Berücksichtigung öffentlicher Parkflächen in geeigneten Bereichen (bspw. Horster Straße, Hagenstraße, Königswiese) • Auskammerung ungeeigneter Anwohnerbereiche zur Vermeidung negativer Effekte auf Anwohner (bspw. Springstraße, Ophofstraße) 			zugestimmt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBD
344	UNK	SPD + CDU	5402	6	Erweiterung des Trinkwasserbrunnen-Netzes in Gelsenkirchen Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen die Fortführung des Programms zur Installation von Trinkwasserbrunnen. Wie im Haushaltsjahr 2021 und 2022 soll das Trinkwasserbrunnen-Netz in den Bezirken ausgebaut werden. Ziel des Programms ist es, mittel- bis langfristig auf möglichst vielen Plätzen einen Trinkwasserbrunnen zu betreiben, um somit die Aufenthaltsqualität – insbesondere im Bereich von Hitzeinseln – zu verbessern. Vor diesem Hintergrund beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die entsprechende Erhöhung des Haushaltsansatzes. Eine konkrete Summe wird in der zweiten Lesung im HFBD am 01. Dezember 2022 nachgereicht.			zurückgezogen
299	BV Ost	SPD	5402	6	Die SPD-Bezirksfraktion Gelsenkirchen-Ost beantragt die Errichtung eines Wasserspenders in Resse in den Zielvereinbarungen der Produktgruppe 5402 wie folgt festzuschreiben: Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023 – 2025: -Der nächste zu errichtende Wasserspender im Bezirk Ost soll in Resse errichtet werden Maßnahmen zur Zielerreichung: -Aufgrund der derzeit sehr hohen Kosten erscheint eine Umsetzung derzeit nicht sinnvoll; sobald die Preise wieder angemessen sind und im Haushalt Mittel zur Errichtung der Wasserspender verfügbar werden, soll ein solcher Wasserspender im Bezirk Ost errichtet werden	Derzeit wird durch das Referat Umwelt ein Umsetzungskonzept zur Errichtung weiterer öffentlicher Trinkwasserbrunnen erarbeitet (Fertigstellung im 4. Quartal 2022). Teil des Konzepts wird unter anderem die systematische Standortsuche anhand des Handlungsbedarfs sein. Zugrunde gelegt werden die sogenannten Wärmeinseln der Stadt aus den stadtklimatischen Analysen in Überlagerung mit frequentierten öffentlichen Flächen. Danach erfolgt eine Prüfung anhand der Machbarkeit bezogen auf das Wasserleitungsnetz und ggfs. weiterer Faktoren. Alle Bezirke sollen hier gleichermaßen berücksichtigt werden. Die Kosten für die Installation eines Trinkwasserbrunnens liegen bei rund 20.000 Euro (Installation + Hygienespülung). In der Folge sind rd. 3.500 Euro pro Jahr für die Unterhaltung und Wartung zu beziffern.		zugestimmt
310	BV Süd	SPD	5402	6	Aufwertung des Schulte-im-Hofe-Platzes in die Zielvereinbarung Die SPD-Bezirksfraktion Süd beantragt die Aufwertung des Schulte-im-Hofe-Platzes in den Zielvereinbarungen des Produktes 510204 wie folgt festzuschreiben: Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023 bis 2026 - Bauliche Aufwertung des Schulte-im-Hofe-Platzes. Kurzfristiges Ziel für das Planungsjahr 2023 - Vorlage eines Konzeptes zur Aufwertung des Schulte-im-Hofe-Platzes in der Bezirksvertretung Süd. Maßnahmen zur Zielerreichung: Erarbeitung eines nutzungsorientierten Konzeptes zur Aufwertung des Schulte-im-Hofe-Platzes, Ermittlung der dafür anfallenden Kosten sowie Aufnahme der Aufwertung in die verwaltungsseitige Maßnahmenliste			zugestimmt
320	BV Süd	CDU	5402	6	Mechtenbergstraße Zielvereinbarung: Die Verwaltung wird gebeten, die für 2024 avisierte Instandsetzung zu priorisieren und alsbald möglich umzusetzen. Neben der Instandsetzung sollten Möglichkeiten der Verkehrsberuhigung geprüft werden. Als Planungsraum ist der Bereich bis einschließlich St. Barbara vorzusehen.			zugestimmt
291	BV West	CDU	5402	6	Die Straßenlaternen auf der Essener Straße, zwischen Industrie- und Bottroper Straße sollen umgerüstet werden, damit hellere LED Leuchtmittel eingesetzt werden können. Begründung: Die derzeitigen Laternen erzeugen ein Dämmerlicht und vermitteln nicht den Eindruck einer Einkaufsstraße. Eine hellere Beleuchtung kann die Fluktuation auf einer Einkaufsstraße wesentlich reduzieren und somit zur Belebung durch mehr Personen beitragen. Das bedeutet eine Stärkung des Einkaufszentrums Horst-Nord. Eine hellere Beleuchtung erzeugt auch ein höheres Sicherheitsgefühl und eine längere Aufenthaltsdauer in den Herbst- und Wintermonaten.	Eine Ertüchtigung der Straßenleuchten an der Essener Straße zwischen Industriestraße und Bottroper Straße kann nicht allein durch einen Wechsel des Leuchtmittels erfolgen. Es muss ein Umbau der Leuchte erfolgen. Hierzu fallen Kosten in Höhe von rund 15.000 € an. Eine bauliche Umsetzung könnte in der ersten Jahreshälfte 2023 erfolgen.		abgelehnt
433	HFBD	CDU	5402	6	(entspricht der konsumtiven ID 291:) Die Straßenlaternen auf der Essener Straße, zwischen Industrie- und Bottroper Straße sollen umgerüstet werden, damit hellere LED Leuchtmittel eingesetzt werden können. Begründung: Die derzeitigen Laternen erzeugen ein Dämmerlicht und vermitteln nicht den Eindruck einer Einkaufsstraße. Eine hellere Beleuchtung kann die Fluktuation auf einer Einkaufsstraße wesentlich reduzieren und somit zur Belebung durch mehr Personen beitragen. Das bedeutet eine Stärkung des Einkaufszentrums Horst-Nord. Eine hellere Beleuchtung erzeugt auch ein höheres Sicherheitsgefühl und eine längere Aufenthaltsdauer in den Herbst- und Wintermonaten.			zugestimmt
162	AVM	AFD	5402	6	Verkehrsanlagen und -einrichtungen, Ausbau des Straßenbahnnetzes Seite(n) des Haushaltsplans: 578 f. Bei sämtlichen Bauprojekten wurde von der Verwaltung immer wieder auf gestiegene Kosten für Baumaterial im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie hingewiesen. Dennoch büdet sich unsere tief verschuldete Kommune gleich zwei große Prestigeprojekte auf: die IGA und die Erweiterung des Straßenbahnnetzes, der sogenannte Ringschluss für die Linie 301. Da für die IGA schon beträchtliche Verpflichtungen eingegangen worden sind und der Stichtag vorgegeben ist, sind die Handlungsoptionen der Stadt stark eingeschränkt. Der Straßenbahnnetzausbau dagegen ist nur vom Willen der Kommune abhängig. Die bisherigen Planungen und Analysen behalten ihre Gültigkeit für mehrere Jahre. Daher beantragt die AFD-Fraktion das Einfrieren des Projektes, bis sich die Lage im Bausektor entspannt hat. Dazu beantragen wir einen kurzen Sachstandsbericht zur aktuellen Kostenentwicklung im halbjährlichen Turnus.	Das Ziel der Verkehrsentwicklung der Stadt ist eine nachhaltigere und umweltfreundlichere Mobilität. Hier kommt dem ÖPNV eine führende Rolle zu. Attraktive Straßenbahnverbindungen sind wichtige Alternativen zur individuellen PKW-Nutzung. Eine Nutzen-Kosten-Analyse ergab für den sogenannten Ringschluss ein positives Ergebnis. Der nächste Schritt wäre die Vergabe weiterer Planungsleistungen, die bei einem Projekt dieser Größenordnung mehrere Jahre in Anspruch nehmen würden. Insofern würden über einen längeren Zeitraum noch keine Baukosten anfallen, wenn es aufgrund der Planung zu einer Umsetzung der Maßnahme kommen sollte.		abgelehnt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBDP Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBDP
306	BV Mitte	B90/Die Grünen	5402	6	<p>Beantragter Haushaltsansatz 15.000 € - Einstellung der notwendigen Mittel zur Markierung des möglichen Radverkehrs in beide Richtungen in der Ebertstraße in der unechten Einbahnstraßen (PG 5402)</p> <p>Leider hat die Antwort auf unsere Haushaltsanfrage keine neuen Kenntnisse gebracht, sondern ist nur eine Kopie einer früheren Antwort. Dementsprechend wird auch hier nur angemerkt, dass solche Markierungen zum Schutz von Radfahrenden „nicht vorgesehen“ seien. Sofern es nicht ausdrücklich gesetzlich verboten ist, möchten wir die Mittel zur Markierung in den Haushalt aufnehmen, um Autofahrende auf die Möglichkeit von entgegenkommenden Radfahrer*innen hinzuweisen und so diesen Teil des Radwegenetzes besser zu schützen. Da es zu den konkreten Kosten keine Antwort gab, wollen hiermit aber den politischen Willen in die weitere Debatte weitergeben.</p>			abgelehnt
335	AVM	FDP	5402	6	<p>Baumrigolen</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen des Programms „Klimaresiliente Region mit internationaler Strahlkraft!“ (KRIS) Fördergelder in 2023 zu beantragen, um mindestens an zwei der geplanten neun Straßen, die zum Komplettumbau anstehen, Baumrigolen zu installieren.</p> <p>Begründung: Bei zunehmender Verdichtung von urbanen Zentren muss Entsiegelung oder alternativ ein gesteuerter Umgang mit Wasser stattfinden. Sei es der normale Niederschlag, vermehrter Starkregen oder auch Wassermangel in Hitzephasen. Das im Klimakonzept der Stadt Gelsenkirchen auf Seite 75ff beschriebene mittelfristige Ziel einer Konzepterstellung sollte durch begleitende Sofortmaßnahmen ergänzt werden - zumal bei der KRIS-Förderung eine 100-prozentige Kostenübernahme erfolgt.</p>			zurückgezogen
441	HFBDP	FDP	5402	6	<p>Zielvereinbarung: Baumrigolen</p> <p>Produktgruppe 5402 - Baumrigolen</p> <p>Zielvereinbarung: Die Verwaltung wird beauftragt im Rahmen des Programms „Klimaresiliente Region mit internationaler Strahlkraft!“ Fördergelder in 2023 zu beantragen, um mindestens an zwei der geplanten neun Straßen, die zum Komplettumbau anstehen, Baumrigolen zu installieren. Begründung: Bei zunehmender Verdichtung von urbanen Zentren muss Entsiegelung oder alternativ ein gesteuerter Umgang mit Wasser stattfinden. Sei es der normale Niederschlag, vermehrter Starkregen oder auch Wassermangel in Hitzephasen. Das im Klimakonzept der Stadt Gelsenkirchen auf Seite 75ff beschriebene mittelfristige Ziel einer Konzepterstellung sollte durch begleitende Sofortmaßnahmen ergänzt werden - zumal bei der Kris- Förderung eine 100-prozentige Kostenübernahme erfolgt.</p>			zugestimmt
334	AVM	FDP	5403	6	<p>Landeplätze und Routen für Flugtaxen</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt 20.000 Euro in den Haushalt einzustellen, um eine Studie zum Thema Landeplätze und Routen für Flugtaxen für Gelsenkirchen zu erstellen. Parallel sollte das Thema in den Mobilitätsplan aufgenommen werden und beim Verkehrsministerium NRW hinterfragt werden, ob es Fördergelder für die Einrichtung einer entsprechenden Infrastruktur geben kann.</p> <p>Begründung: Ab 2025 sollen Flugtaxen eine Erweiterung des ÖPNV werden. NRW hat aus diesem Grund eine Kooperation zwischen den beiden Flughäfen Düsseldorf und Köln/Bonn und dem Technologie-Unternehmen Lilium aus Weßling beschlossen. Sie wollen zu Knotenpunkten eines nordrheinwestfälischen Flugtaxi-Netzwerks werden. „Eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur wird in Zukunft der entscheidende Standortfaktor sein. Für die Lebensqualität der Menschen und für den Wirtschaftsstandort“, sagte Ministerpräsident Hendrik Wüst bei der Vorstellung der Kooperation.</p>			zurückgezogen
411	HFBDP	SPD+CDU+GRÜNE	5405	1	<p>Ausbau des Stadtgrüns und Verbesserung der Klimaresilienz</p> <p>Mit Beschluss der Haushalte 2021 und 2022 wurden auf Antrag der politischen Fraktionen erste ambitionierte Schritte für eine massive Aufforstung in Gelsenkirchen beschlossen. Der Ausbau des Stadtgrüns ist für die antragstellenden Fraktionen erklärtes Ziel und als Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel zu verstehen. Nach dem erfolgreichen Start des Aufforstungsprogramms geht es nunmehr um deren Fortführung, Ergänzung und Ausbau. Deshalb beantragen die Fraktionen von CDU SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Fortführung und Weiterentwicklung des Aufforstungsprogramms 100.000 Euro in den Haushalt einzustellen. Mit dem Programm sollen wie bisher Anpflanzungen, sowohl im öffentlichen als auch privaten Raum, gefördert und ermöglicht werden. Hierzu sollen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Verstärkt Anregungen aus der Bevölkerung für Baumpflanzungen gesammelt (Orte etc.) und beachtet werden. 2. Bei Pflanzungen von Bäumen und anderen Pflanzen von Seiten der Stadt sollen vor allem Bereiche von Hitzeinseln vorrangig Berücksichtigung finden. 3. Aufgrund der positiven Erfahrungen im Jahr 2022, soll mit dem Haushalt 2023 ein besonderer Fokus auch auf Anpflanzungen im privaten Raum liegen. Die Aktion „GEpflanzt“ soll dafür 2023 wiederholt und auf 500 Bäume (sowohl Obstbäume als auch insbesondere für das Stadtklima besonders geeignete andere Bäume) ausgeweitet werden. Durch diese Aktion werden zum einen die Bürgerinnen und Bürger aktiv am Projekt beteiligt, zum anderen ist es so möglich, die Pflanzflächen und somit die Anzahl der Bäume im Stadtgebiet deutlich zu vergrößern. Es soll nach Möglichkeit eine Verteilung auf zwei Pflanzaktionen (Frühjahr/Herbst) für Privathaushalte vorgenommen werden. 4. Maßnahmen zur Klimaresilienz gefördert werden, um vor allem jungen Bäumen bessere Überlebensmöglichkeiten im Anbetracht nachlassender Niederschläge und Hitzesommer zu ermöglichen. 5. Maßnahmen zur Beschattung von Spielplätzen finanziert werden. 			zugestimmt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBD
343	UNK	SPD + CDU	5405	1	<p>Ausbau des Stadtgrüns und Verbesserung der Klimaresilienz</p> <p>Mit Beschluss der Haushalte 2021 und 2022 wurden auf Antrag der politischen Fraktionen erste ambitionierte Schritte für eine massive Aufforstung in Gelsenkirchen beschlossen. Der Ausbau des Stadtgrüns ist für die antragstellenden Fraktionen erklärtes Ziel und als Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel zu verstehen. Nach dem erfolgreichen Start des Aufforstungsprogramms geht es nunmehr um deren Fortführung, Ergänzung und Ausbau. Deshalb beantragen die Fraktionen von CDU und SPD, für die Fortführung und Weiterentwicklung des Aufforstungsprogramms 100.000 Euro in den Haushalt einzustellen. Mit dem Programm sollen wie bisher</p> <p>Anpflanzungen, sowohl im öffentlichen als auch privaten Raum, gefördert und ermöglicht werden. Hierzu sollen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Verstärkt Anregungen aus der Bevölkerung für Baumpflanzungen gesammelt (Orte etc.) und beachtet werden. 2. Bei Pflanzungen von Bäumen und anderen Pflanzen von Seiten der Stadt sollen vor allem Bereiche von Hitzeinseln vorrangig Berücksichtigung finden. 3. Aufgrund der positiven Erfahrungen im Jahr 2022, soll mit dem Haushalt 2023 ein besonderer Fokus auch auf Anpflanzungen im privaten Raum liegen. Die Aktion „GEpflanzt“ soll dafür 2023 wiederholt und auf 500 Bäume (sowohl Obstbäume als auch insbesondere für das Stadtklima besonders geeignete andere Bäume) ausgeweitet werden. Durch diese Aktion werden zum einen die Bürgerinnen und Bürger aktiv am Projekt beteiligt, zum anderen ist es so möglich, die Pflanzflächen und somit die Anzahl der Bäume im Stadtgebiet deutlich zu vergrößern. Es soll nach Möglichkeit eine Verteilung auf zwei Pflanzaktionen (Frühjahr/Herbst) für Privathaushalte aufgeteilt werden. 4. Maßnahmen zur Klimaresilienz gefördert werden, um vor allem jungen Bäumen bessere Überlebenschancen im Anbetracht nachlassender Niederschläge und Hitzesommer zu ermöglichen. 5. Maßnahmen zur Beschattung von Spielplätzen finanziert werden. 			zurückgezogen
376	WIBG	SPD + CDU	5405	1	<p>PG 5101: Fortführung der Quartiersmärkte</p> <p>Für das Haushaltsjahr 2022 wurden auf sozialdemokratische Initiative 15.000 Euro für sogenannte Quartiersmärkte in den Haushalt eingestellt. Diese Märkte wurden 2022 erfolgreich etabliert und erfreuen sich hoher Beliebtheit. Zur Fortführung und Verstärkung des Angebotes beantragen die Fraktionen von SPD und CDU erneut Haushaltsmittel in Höhe von 15.000 Euro in den Haushalt einzustellen.</p>			zugestimmt
428	HFBD	SPD+CDU	5405	1	<p>Ergänzung der Zielvereinbarungen im Produkt 540501</p> <p>Vor dem Hintergrund vermehrter mutwilliger Müllablagungen im öffentlichen Raum und den dadurch zwangsläufig herbeigeführten Trading-Down-Prozessen in einigen Quartieren und Stadtteilen, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die Aufnahme folgender Zielvereinbarungen für das Produkt 540501: (S. 628, Ergänzung in kursiv und farblich markiert):</p> <p>Kurzfristige Ziele für das Planungszeitraum 2023</p> <p>Optimierung der internen Prozesse, Ausbau und Intensivierung der Kontrollen insbesondere an Müllablagungs-Hotspots, <i>Durchführung und Bewerbung eines zentralen GEputzt-Aktionstages</i></p> <p>Mittelfristige Ziele für den Planungszeitraum 2023 bis 2026</p> <p>Vermüllung im öffentlichen Raum entgegenwirken, <i>Ausbau der Bekämpfung von Vermüllung insbesondere in den am stärksten betroffenen Revieren Ausweitung der GEputzt-Aktionstage</i></p> <p>Maßnahmen zur Zielerreichung</p> <p>Durchführung von Anti-Littering-Kampagnen und GEputzt sowie verstärkter Einsatz des externen Dienstleisters; <i>konzeptionelle Ausweitung von GEputzt unter Rückkopplung mit den kommunalpolitischen Gremien</i>, Vorbereitung zur Schaffung von zwei Leichtarbeitsplätzen Kontrolle von illegalen Müllablagungen spätestens im Haushaltsjahr 2023</p> <p><i>Erarbeitung eines Konzepts zur signifikanten personellen und ggf. konzeptionellen Ausweitung der Arbeit von Mülldetektiven sowie der Geländetrupps in Abstimmung mit den VB1 und VB2, Abbildung des personellen Ausbauprozesses im GD Wirtschaftsplan und im städtischen Haushalt ab dem Haushaltsjahr 2024</i></p> <p><i>Konzeptionierung und Durchführung von Pilotprojekten unter Beteiligung der kommunalpolitischen Gremien, um Vermüllung in besonders betroffenen Revieren/Quartieren entgegenzuwirken</i></p>			zugestimmt
429	HFBD	SPD+CDU	5405	1	<p>GEputzt: Gemeinsam gegen Vermüllung</p> <p>Nachdem in den letzten Jahren die Durchführung eines zentralen GEputzt-Aktionstages aufgrund der Corona-Pandemie nicht möglich war, soll dieser 2023 wieder stattfinden. Zur verstärkten Bewerbung dieses Aktionstages und zur ganzjährigen Ausweitung von GEputzt, bspw. in einzelnen Stadtbezirken/Quartieren, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 10.000 Euro in den Haushalt einzustellen.</p>			zugestimmt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
430	HFBPD	SPD+CDU	5405	1	Ausbau der Arbeit von Mülldetektivinnen und Mülldetektiven Mit Beschluss der Ergänzung der Zielvereinbarung im Produkt 540501 (s. Haushaltsantrag „Ergänzung der Zielvereinbarungen im Produkt 540501) wird ein weiterer Grundstein für den Ausbau der Arbeit der Mülldetektivinnen und Mülldetektive gelegt. Der Einsatz hat sich in den letzten Jahren als adäquates Mittel erwiesen, um Ordnungswidrigkeitenverfahren einzuleiten, Bußgelder zu verhängen, diejenigen zu belangen, die mit ihrem rücksichtslosen Verhalten der Mehrheit der Gesellschaft, die sich an Regeln und Gesetze hält, mutwillig schaden und somit zu mehr Sauberkeit und Ordnung zu gelangen (s. beantwortete Anfrage ID 66). Um vor der Fertigstellung des Konzeptes und des damit verbundenen personellen Ausbaus die Handlungsfähigkeit im Bereich der Ermittlung von sogenannten Müllsünderinnen und -sündern zu erhöhen, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die Erhöhung des Haushaltsansatzes um 20.000 Euro für den Haushalt 2023.			zugestimmt
431	HFBPD	SPD+CDU	5405	1	Personeller Ausbau im Bereich der Straßenreinigung bei den Gelsendiensten Mit Beschluss der Ergänzung der Zielvereinbarung im Produkt 540501 (s. Haushaltsantrag „Ergänzung der Zielvereinbarungen im Produkt 540501) wird ein weiterer Grundstein für den personellen Ausbau im Bereich der Straßenreinigung/Gelsendienste-Geländetrupps gelegt, die vor allem in Bereichen eingesetzt werden, in denen die Vermüllung am spürbarsten ist bzw. zugenommen hat. Um bereits im Haushaltsjahr 2023 spürbare Erfolge im Kampf gegen Vermüllung und den damit einhergehenden Trading-Down-Effekten vorweisen zu können, beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die Erhöhung des Haushaltsansatzes für Sach- und Dienstleistungen in der Produktgruppe 5405 um 114.000 Euro. Die entsprechenden Mittel sollen zum personellen Ausbau zweier Geländetrupps bei den Gelsendiensten verwendet werden und sind dabei als kommunaler Eigenanteil (19 Prozent) bei der gebührenfinanzierten Straßenreinigung zu verstehen.			zugestimmt
305	BV Mitte	B90/Die Grünen	5405	1	Einstellung von 1.500 € konsumtiver Mittel zur Installation von sogenannten „Pfandringen“ an dafür geeigneten Abfallbeseitigungsbehältern an stark frequentierten Orten im Bezirk Mitte, insbesondere im Innenstadtbereich auf der Bahnhofstraße und angrenzenden Fußgängerzonen (PG 5405) Begründung: Die Aktion „Pfand gehört daneben“ ist ein kleiner, aber guter Beitrag des richtigen Recyclings an städtischen Mülleimern. Neben dem Umweltaspekt ergibt sich auch ein sozialer, da es für Menschen, die Pfand sammeln, so einfacher wird, diesen zu finden und ihnen das Wühlen im Müll erspart bleibt.			abgelehnt
300	BV Ost	B90/Die Grünen	5405	1	Einstellung von 1.500€ konsumtiver Mittel zur Installation von sogenannten „Pfandringen“ an dafür geeigneten Abfallbeseitigungsbehältern an stark frequentierten Orten im Bezirk Ost, beispielweise auf der Cranger Str. (5405) Begründung: Die Aktion „Pfand gehört daneben“ ist ein kleiner, aber guter Beitrag des richtigen Recyclings an städtischen Mülleimern. Neben dem Umweltaspekt ergibt sich auch ein sozialer, da es für Menschen, die Pfand sammeln, so einfacher wird, diesen zu finden und ihnen das Wühlen im Müll erspart bleibt.	Für die angefragten Mittel in Höhe von 1.500 € können aktuell 4 Pfandringe an die vorhandenen Mülleimer (Multiliner) installiert werden. An den größtenteils im Stadtgebiet vorhandenen Papierkörben (Farbe blau) ist keine Montage von Pfandringen möglich.		abgelehnt
314	BV Süd	B90/Die Grünen	5405	1	Einstellung von 1.500 € konsumtiver Mittel zur Installation von sogenannten „Pfandringen“ an dafür geeigneten Abfallbeseitigungsbehältern an stark frequentierten Orten im Bezirk Süd, beispielweise auf der Bochumer Str. und der Karl-Meyer-Str. (5405) Begründung: Die Aktion „Pfand gehört daneben“ ist ein kleiner, aber guter Beitrag des richtigen Recyclings an städtischen Mülleimern. Neben dem Umweltaspekt ergibt sich auch ein sozialer, da es für Menschen, die Pfand sammeln, so einfacher wird, diesen zu finden und ihnen das Wühlen im Müll erspart bleibt.			abgelehnt
316	BV Süd	Die Linke	5405	1	Beschaffung und Anbringung von 100 sog. „Pfandringen“ für öffentliche Mülleimer im Bezirk Süd. Die entsprechenden Kosten sind in den bezirklichen Haushaltsplan 2023 einzustellen. Haushaltsansatz: 30.000,00 € Begründung: Schon vor dem Krieg gegen die Ukraine mit seinen verheerenden Auswirkungen mussten viele Menschen Pfandflaschen sammeln, um ihre kleinen Einkommen oder Renten aufzustocken. Die Situation dürfte sich weiter verschärfen. Die Installation von Pfandringen beugt dem vor, dass Betroffene mit Taschenlampen und dem Arm bis zur Schulter in den Mülleimern danach suchen müssen, und ermöglicht ein einigermaßen würdevolles Einsammeln. Zudem leisten sie einen kleinen Betrag zu Mülltrennung und Recycling.			abgelehnt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
345	UNK	SPD + CDU	5501	6	<p>Maßnahmen zur Steigerung von Grünqualität und Biodiversität auf landwirtschaftlich genutzten städtischen Flächen</p> <p>Zur Steigerung der Biodiversität sollen für alle verpachteten Agrarflächen im städtischen Eigentum die Durchführung entsprechender Maßnahmen entlang von Wegen und Feldränder geprüft und unter Beteiligung der Pächterinnen und Pächter umgesetzt werden. Neben der Funktion der Steigerung der Biodiversität kommt den linearen Strukturen eine wesentliche Bedeutung zur Herstellung des Biotopverbundes zu. Eine zentrale Rolle können hierbei die Gewässer im Stadtgebiet übernehmen. Hier ist das Ziel auf allen an Landwirtinnen und Landwirte verpachteten städtischen Liegenschaften, sowohl auf Acker- als auch auf Grünlandflächen, Gewässerrandstreifen als Pufferstreifen zu etablieren. Vor diesem Hintergrund beantragen die Fraktionen von SPD und CDU die Aufnahme folgender Zielvereinbarung für das Produkt 550102:</p> <p>Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023 bis 2026: Steigerung von Grünqualität und Biodiversität auf und an landwirtschaftlichen genutzten städtischen Flächen</p> <p>Kurzfristige Ziele für das Planungsjahr 2023: Konzeptionierung von Maßnahmen und Darstellung von Handlungsräumen zur Steigerung der Biodiversität</p> <p>Maßnahmen zur Zielerreichung: Fachliche Überprüfung der Potentiale und Darstellung der Handlungsräume, konkrete Ausgestaltung der standortbezogenen Maßnahmen sowie deren Monitoring hinsichtlich der Auswirkung, Akquise von Fördergeldern, Aufnahme der Maßnahmen im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes</p>			zugestimmt
409	HFBPD	SPD+CDU+GRÜNE	5502	1	<p>Einstellung der erforderlichen Mittel i.H.v. 15.000 Euro zur Umsetzung einer Hundewiese am ehemaligen Friedhof in Ückendorf-Süd [550201]</p> <p>Die Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bittet die Verwaltung, die veranschlagten Mittel i.H.v. 15.000 Euro sowie die 5.000 Euro aus dem Bürgerhaushalt zur Umsetzung einer Hundewiese in Ückendorf im Haushalt 2023 einzustellen.</p>			zugestimmt
374	WIBG	SPD + CDU	5502	1	<p>PG 5701: Temporäre Stadtgärten</p> <p>Ziel: Attraktive Innenstadtbereiche durch die Installation von temporären Stadtgärten schaffen</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept zur Innenstadtentwicklung zu erarbeiten und damit einen Beitrag zur Qualitätssteigerung es Einzelhandels- und Gastronomiestandortes Gelsenkirchen zu leisten.</p> <p>Hierbei sollen idealtypisch verschiedene Akteure wie Gelsendienste, Jugendberufshilfe, Stadtmarketing, City-Initiativen, Werbegemeinschaften, Einzelhandelsverband, DEHOGA, und potentielle Sponsoren wie Sparkasse, Banken und die Gelsenkirchener Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft (GGW) in die Konzepterarbeitung mit einbezogen werden. Auch die Akquise von möglichen Fördermitteln ist zu berücksichtigen.</p>			zugestimmt
289	BV West	SPD	5502	1	<p>Die SPD Fraktion beantragt Mittel aus der Produktgruppe 5502 für das Aufstellen von 2 Sitzbänken im Bereich des Hugobahn Trassenweg. Die Bänke sollen zwischen, einmal Horsterstraße und Flurstraße sowie einmal zwischen Flurstraße und Sütumerfeldstraße aufgestellt werden. Laut Stellungnahme der Verwaltung werden hierfür ca. 11.000 Euro benötigt.</p>	Bei Bewilligung der Finanzmittel werden geeignete Bankstellplätze gesucht und die Bänke durch die Verwaltung aufgestellt.		abgelehnt
290	BV West	SPD	5502	1	<p>Bei Ausgrabungen am Schloss Horst wurden über 450 menschliche Skelette aus dem 13. bis 18. Jahrhundert geborgen und anschließend auf dem Friedhof Horst Süd beigesetzt. Die Beisetzungsstelle gibt allerdings ein mehr als trostloses Bild ab. Ein großes leeres ungepflegtes Feld mit einem kaum sichtbaren Hinweisschild. Die SPD Bezirksfraktion beantragt hier die Erstellung einer grabähnlichen Beisetzungsstelle.</p>	Bei Bewilligung der notwendigen Finanzmittel im Rahmen der aktuellen Etatberatungen wird eine grabähnliche Beisetzungsstelle durch die Verwaltung eingerichtet.	5.000 € sollen - vorbehaltlich der Entscheidung bzw. einer Rückversicherung bei der Bezirksvertretung West - bereitgestellt/veranschlagt werden ("Vorratsbeschluss").	zugestimmt
301	BV Mitte	CDU	5502	1	<p>Beantragter Haushaltsansatz 33.300 € - für den Austausch von neun Parkbänken im Bulmker Park</p>			abgelehnt
318	BV Süd	CDU	5502	1	<p>Beschilderung</p> <p>Die CDU Fraktion beantragt die Einstellung von 5.500 Euro für die Beschilderung bedeutsamer Einrichtungen (Bahnhöfe, Mechtenberg, etc.). Diese Einrichtungen sind demnach in das (zu entwickelnde) gesamtstädtische Ausschilderungskonzept einzubeziehen.</p> <p>Begründung: Die Beschilderung hin zum Park, ebenso im Park ist verbesserungswürdig. Die Verwaltung wird gebeten eine Ausweitung (sofern überhaupt welche vorhanden sind) der Hinweisschilder zu prüfen. Neben den Parkanlagen kommen weitere Schilder für die Erkennung wichtiger Infrastruktur wie dem Bahnhof Rotthausen (hier gab es früher bereits Hinweisschilder) in Betracht.</p>			zugestimmt
319	BV Süd	CDU	5502	1	<p>An der Luthenburg</p> <p>Zielvereinbarung: Die Verwaltung wird gebeten, die Einrichtung eines Boule-Spielplatzes in räumlicher Nähe zum Bolzplatz zeitnah zu avisieren und zu prüfen, Mittel aus dem Stadteilerneuerungsprogramm einzusetzen.</p>			zugestimmt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBDP Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBDP
303	BV Mitte	B90/Die Grünen	5502	1	Einstellung eines Betrages von 5.000 € zur Aufstellung einer sogenannten Anti-Rassismus-Bank (PG 5502 Gelsendienste (GD, Grünanlagen)) Begründung: Die Anti-Rassismus-Bänke setzen ein klares Zeichen gegen Ausgrenzung und Gewalt im öffentlichen Raum. Selbst der ehemalige Innenminister Horst Seehofer hat in seiner Amtszeit öffentlich bekundet, dass vom Rechtsextremismus zurzeit die größte Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft ausgeht. Daher sind solche klaren Zeichen wie eine ebensolche Anti-Rassismus-Bank an symbolträchtigen sowie frequentierten Orten im öffentlichen Raum zur Stärkung der Demokratie wichtig. Ein möglicher Standort wäre der Platz der alten Synagoge, alternativ wäre – auch zur sozialen Kontrolle – ein Ort in der Innenstadt durch die Verwaltung vorzuschlagen.			abgelehnt
311	BV Süd	B90/Die Grünen	5502	1	Einstellung von zusätzlichen 15.000 € investiver Ausgaben für eine Einfriedung einer Hundefreilauffläche in der Grünanlage „Alter Friedhof“ in Ückendorf (siehe Vorlage 20-25/3022) (PG 5502) (s. ID 97) Einstellung von zusätzlichen 18.700 € konsumtiver Ausgaben für die Jahre 2023-2025 zur Instandhaltung der entstehenden Hundefreilauffläche (siehe Vorlage 20-25/3022)			abgelehnt
312	BV Süd	B90/Die Grünen	5502	1	Einstellung von 74.000 € konsumtiver Mittel für die Installation von 20 Bänken auf dem Rotthäuser Friedhof (PG 5502) Begründung: Viele Menschen möchte in der Trauerphase viel Zeit auf dem Friedhof bei verstorbenen Angehörigen verbringen, der Friedhof in Rotthausen ist gleichzeitig auch eine attraktive grüne Begegnungsstätte im Bezirk. Leider fehlt es auf dem Friedhof an Sitzmöglichkeiten zum Verweilen, was besonders für ältere Bürger*innen ein Problem darstellt. Zudem gibt es das Problem, dass die vorhanden, zu wenigen Sitzbänke immer wieder verstellt und weggetragen werden.			abgelehnt
292	BV West	B90/Die Grünen	5502	1	Einstellung eines Betrages von 5000 € zur Aufstellung einer sogenannten Anti-Rassismus-Bank auf dem Schotterbereich vor der Glashalle Schloss Horst mit Blickrichtung zum Eingang der Glashalle des Schlosses, alternativ in einem ähnlich präsenten Bereich im Umfeld des Schloss Horst (PG 5502 Gelsendienste) Begründung: Die Anti-Rassismus-Bänke setzen ein klares Zeichen gegen Ausgrenzung und Gewalt im öffentlichen Raum. Selbst der ehemalige Innenminister Horst Seehofer hat in seiner Amtszeit öffentlich bekundet, dass vom Rechtsextremismus zurzeit die größte Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft ausgeht. Daher sind solche klaren Zeichen wie eine ebensolche Anti-Rassismus-Bank an symbolträchtigen sowie frequentierten Orten im öffentlichen Raum zur Stärkung der Demokratie wichtig. Das Schloss Horst ist im Bezirk West ein solcher Ort, welcher eine Strahlkraft über die Stadtgrenzen hinaus besitzt. Zudem ist es stark frequentiert und außerhalb seiner Öffnungszeiten mit einem Tor verschlossen, welches dabei hilft, Vandalismus einzudämmen.			abgelehnt
437	HFBDP	Grüne	5502	1	Einstellung eines Betrages von 15.000 € zur Aufstellung drei sogenannter Anti-Rassismus-Bänke (PG 5502 Gelsendienste (GD, Grünanlagen)) Begründung: Die Anti-Rassismus-Bänke setzen ein klares Zeichen gegen Ausgrenzung und Gewalt im öffentlichen Raum. Selbst der ehemalige Innenminister Horst Seehofer hat in seiner Amtszeit öffentlich bekundet, dass vom Rechtsextremismus zurzeit die größte Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft ausgeht. Daher sind solche klaren Zeichen wie eine ebensolche Anti-Rassismus-Bank an symbolträchtigen sowie frequentierten Orten im öffentlichen Raum zur Stärkung der Demokratie wichtig. Wir bitten die Verwaltung darum, entsprechende Orte, die auch genügend soziale Kontrolle aufweisen, in den jeweiligen Bezirksvertretungen zur Abstimmung zu stellen.			zugestimmt
438	HFBDP	Grüne	5502	1	3 Sitzbänke Friedhof Rotthausen (siehe konsumtive ID 312) Einstellung von 11.100 € (3x 3.700 €) konsumtiver Mittel für die Installation von 3 Bänken auf dem Rotthäuser Friedhof (PG 5502) Begründung: Viele Menschen möchte in der Trauerphase viel Zeit auf dem Friedhof bei verstorbenen Angehörigen verbringen, der Friedhof in Rotthausen ist gleichzeitig auch eine attraktive grüne Begegnungsstätte im Bezirk. Leider fehlt es auf dem Friedhof an Sitzmöglichkeiten zum Verweilen, was besonders für ältere Bürger*innen ein Problem darstellt. Zudem gibt es das Problem, dass die vorhanden, zu wenigen Sitzbänke immer wieder verstellt und weggetragen werden.			zugestimmt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
414	HFBPD	SPD+CDU+GRÜNE	5601	6	Erhöhung der Mittel des städtischen Klima-Förderprogramms von 130.000€ auf 180.000€ Die Mittel für die Förderung von Photovoltaik-Anlagen, für den Austausch von Kohleheizungen sowie für Maßnahmen zur Dach- und Fassadenbegrünung und Entsiegelung waren dieses Jahr stark nachgefragt und werden aufgrund der steigenden Energiepreise vermutlich auch in 2023 weiter nachgefragt werden. Um möglichst viele Bürger*innen darin unterstützen zu können, auf erneuerbare Energien umzusteigen, unabhängig von steigenden Energiepreisen zu werden, und aktiv an den Klimazielen der Stadt Gelsenkirchen mitzuarbeiten, fordern wir die Erhöhung der Fördermittel um 50.000€ auf 180.000€. Damit soll verhindert werden, dass Personen, die ihren Antrag auf Förderung später im Jahr stellen, keine Mittel mehr bekommen können, weil diese bereits aufgebraucht sind, sowie das Signal gesetzt werden, dass die Stadt die Klimaanstrengungen der Gelsenkirchener*innen begrüßt und unterstützt.			zugestimmt
346	UNK	SPD + CDU	5601	6	Dachbegrünungen im Umfeld des Heinrich-König-Platzes Dachbegrünungen tragen zur Verbesserung des Mikroklimas und zur Bekämpfung von Hitzeinseln bei. Zudem sind sie ein effektives Mittel zur klimaneutralen Senkung von Gebäudeinnentemperaturen. Im Umfeld des Heinrich-König-Platzes gibt es eine Reihe von Dachflächen, welche für eine Begrünung geeignet sein könnten. Ziel ist es, diese Eignung weiter zu prüfen, Dachbegrünungen zu fördern und umzusetzen. Die Fraktionen von SPD und CDU beantragen daher die Aufnahme der folgenden Ziele in die Zielvereinbarungen zum Produkt 560104: Mittelfristiges Ziel für den Planungszeitraum 2023 bis 2026 Verbesserung des Mikroklimas im Bereich des Heinrich-König-Platzes Maßnahmen zur Zielerreichung: Förderung von Dachbegrünungen im Umfeld des Heinrich-König-Platzes, Erarbeitung eines Maßnahmenkatalogs zur Verbesserung des Mikroklimas im Bereich des Heinrich-König-Platzes			zugestimmt
180	UNK	B90/Die Grünen	5601	6	Die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt im Rahmen des Haushaltsberatungsverfahrens für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Nachhaltigkeit und Klimaschutz am 13.09.2022 folgenden Änderungsantrag: Verdopplung der Mittel des städtischen Klima-Förderprogramms von 130.000€ auf 260.000€ Begründung: Die Mittel für die Förderung von Photovoltaik-Anlagen, für den Austausch von Kohleheizungen sowie für Maßnahmen zur Dach- und Fassadenbegrünung und Entsiegelung waren dieses Jahr stark nachgefragt und werden aufgrund der steigenden Energiepreise vermutlich auch in 2023 weiter nachgefragt werden. Um möglichst viele Bürger*innen darin unterstützen zu können, auf erneuerbare Energien umzusteigen, unabhängig von steigenden Energiepreisen zu werden und aktiv an den Klimazielen der Stadt Gelsenkirchen mitzuarbeiten, fordern wir die Erhöhung der Fördermittel um 100%, d.h. auf 260.000€. Damit soll verhindert werden, dass Personen, die ihren Antrag auf Förderung später im Jahr stellen, keine Mittel mehr bekommen können, weil diese bereits aufgebraucht sind, sowie das Signal gesetzt werden, dass die Stadt die Klimaanstrengungen der Gelsenkirchener*innen begrüßt und unterstützt.	Die Förderung für den Ersatz von Kohleheizungen ist im Jahr 2022 erneut rückläufig und liegt zur Zeit bei 20.000 € Antragsvolumen. Die Förderung von Begrünungsmaßnahmen muss erst noch wieder anlaufen und liegt in diesem Jahr bei 1.750 € Antragsvolumen, hier wird mit einer steigenden Nachfrage gerechnet. Die Nachfrage nach Photovoltaik-Anlagen ist aufgrund des Strompreisanstiegs gegen Ende letzten Jahres und durch den Krieg in der Ukraine enorm gestiegen. Im Jahr 2022 sind bisher insgesamt 192 (30.09.2022) Anträge eingegangen. 153 Anträge für "normale" Anlagen und 39 für Balkonkraftwerke. Dies entspricht aktuell einem Antragsvolumen von ca. 160.000 Euro. Parallel dazu wurden und werden aktuell durch die Bundesregierung weitere Anreize für die Anschaffung und Installation von Photovoltaik-Anlagen geschaffen. Daher ist mit einer gleich großen oder sogar steigenden Nachfrage zu rechnen. Unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden knappen Personalressourcen und der vorhandenen hohen Aufgabendichte wird dem Änderungsantrag eine entsprechende Priorität eingeräumt. Dies kann allerdings dazu führen, dass andere Aufgaben und Tätigkeiten nicht vorrangig weitergeführt werden können.		zurückgezogen
361	UNK	B90/Die Grünen	5601	6	Die Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt im Rahmen des Haushaltsberatungsverfahrens für die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Nachhaltigkeit und Klimaschutz am 22.11.2022 folgenden Änderungsantrag: Verdopplung der Mittel des städtischen Klima-Förderprogramms von 130.000€ auf 260.000€ Begründung: Die Mittel für die Förderung von Photovoltaik-Anlagen, für den Austausch von Kohleheizungen sowie für Maßnahmen zur Dach- und Fassadenbegrünung und Entsiegelung waren dieses Jahr stark nachgefragt und werden aufgrund der steigenden Energiepreise vermutlich auch in 2023 weiter nachgefragt werden. Um möglichst viele Bürger*innen darin unterstützen zu können, auf erneuerbare Energien umzusteigen, unabhängig von steigenden Energiepreisen zu werden und aktiv an den Klimazielen der Stadt Gelsenkirchen mitzuarbeiten, fordern wir die Erhöhung der Fördermittel um 100%, d.h. auf 260.000€. Damit soll verhindert werden, dass Personen, die ihren Antrag auf Förderung später im Jahr stellen, keine Mittel mehr bekommen können, weil diese bereits aufgebraucht sind, sowie das Signal gesetzt werden, dass die Stadt die Klimaanstrengungen der Gelsenkirchener*innen begrüßt und unterstützt.			zurückgezogen
352	UNK	WIN	5601	6	Wir verweisen auf die Antworten zu unseren Haushaltsanfragen ID 137 und ID 190 zu einer gesamtstädtischen Entsiegelungs- und Begrünungsstrategie, deren Kosten auf 2,3 Millionen € beziffert werden. Bei der Entsiegelungsstrategie sollte es gemäß unserer Anfrage um einen gesamtstädtischen Ansatz der Planung gehen, wo erfasste versiegelte Flächen nach Bestimmung der Gefahrenlage und negativen Auswirkungen auf den Wasserhaushalt (Grundwasser, Belastungen der Kanalisationen, Überschwemmungsgefahr), das Mikroklima (fehlende Kühleffekte, Hitzeinseln), Biodiversität (fehlender Lebensraum für Pflanzen und Tiere) und Bodenfauna priorisiert und hiernach ein Entsiegelungskonzept erarbeitet wird. (Vgl. Drucksache 20-25/2139) Hierzu beantragen wir, das die Entwicklung eines gesamtstädtischen Entsiegelungs- und Begrünungskonzeptes als Zielsetzung in die Produktgruppe 5601 aufgenommen wird.	Die Verwaltung beabsichtigt ohnehin, die Themen Entsiegelung und Begrünung im Rahmen des Klimakonzeptes 2030/2045 und der strategischen Grünplanung weiter zu bearbeiten. Eine Aufnahme in die Zielsetzung in der Produktgruppe 5601 wird daher aus Sicht der Verwaltung nicht für erforderlich angesehen.		abgelehnt

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBD
347	UNK	AUF	5601	6	Die Stadt Gelsenkirchen erhöht den Zuschuss für die Installation von privaten Photovoltaik-Anlagen wie sogenannte Balkon- und Stecker- Kraftwerke auf 400 €. Begründung: 1. Mehr Mieter können so ihren eigenen Solarstrom produzieren. 2. Der CO2-Ausstoß wird verringert.	Aus Sicht der Verwaltung ist die gegenwärtige Höhe der Förderung für Balkon- bzw. Stecker-PV-Anlagen von 100 € angemessen.		abgelehnt
348	UNK	AUF	5601	6	In den Haushalt 2023 werden zusätzliche Mittel von 100 000 € für den Bereich Klimaschutz/Umweltschutz eingesetzt für ein Gutachten zum Aufbau vertikaler Windkraftanlagen. Begründung: Die Stadt gibt ein Gutachten zur Installation und Nutzung vertikaler Windkraftanlagen in Auftrag. Mit dem RVR und der GSW wird die Realisierung geklärt mit dem Ziel der Fertigstellung in 2023/2024. Es ist allen klar, dass die Anstrengungen zur Erzeugung regenerativer Energie vervielfacht werden müssen, um die angestrebten Klimaziele zu erreichen. Vertikale Windräder sind kostengünstiger, einfacher zu bauen und pro Quadratmeter Windfläche viel effektiver als horizontale Großanlagen.	Laut Literatur sind horizontale Windkraftanlagen deutlich wirtschaftlicher als vertikale. Für die städtischen Immobilien beabsichtigt die Verwaltung in den nächsten Jahren in Bezug auf Klimaschutz und Klimaanpassung den Fokus auf die Themen Photovoltaik und Dachbegrünung zu legen.		abgelehnt
379	WIBG	FDP	5701	1	Produktgruppe 5701: Talentetag Die Verwaltung wird beauftragt, 10.000 Euro in den Haushalt einzustellen, um 2023 erneut einen Talentetag in der Sporthalle Schürenkamp oder einem anderen geeigneten städtischen Gebäude durchzuführen. In enger Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer sowie dem Technikzentrum Minden-Lübbecke soll eine Bühne für Betriebe geschaffen werden, die ausbilden. Begründung: Das erstmals in Gelsenkirchen 2022 durchgeführte Format „Talentetag“ wurde sowohl von den Betrieben als auch von den Schüler:innen und der IHK gelobt. Daher soll Jugendlichen auch im nächsten Jahr erneut ermöglicht werden, in einer Art Minipraktikum für knapp 15 Minuten eine Arbeitsprobe zu erstellen, um konkrete Einblicke in ein Berufsfeld zu bekommen und Kontakt zu Unternehmen aufzunehmen.			zugestimmt
363	AfB	SPD + CDU	5703	2	PG 1115/2101: Prüfung der Errichtung einer stadt-eigenen Gesellschaft zum Bau von Schulgebäuden Die antragstellenden Fraktionen beabsichtigen die Leistungsfähigkeit der städtischen Schul-Baumaßnahmen zu erhöhen und geplante Baumaßnahmen zu beschleunigen. Dazu wird beantragt, die folgende Zielsetzung für die Produkte 111501 und 210101 in den Haushalt 2023 aufzunehmen: Kurzfristiges Ziel (2023) Evaluierung Potentiale einer stadt-eigenen Gesellschaft mit dem vorrangigen Ziel des Baus von Schulgebäuden Maßnahmen zur Zielerreichung Evaluierung und Darstellung der Potentiale, Umsetzungsmöglichkeiten und Rahmenbedingungen einer stadt-eigenen Gesellschaft mit dem vorrangigen Ziel des Baus von Schulgebäuden analog der unterschiedlichen Modelle anderer Kommunen auch unter Berücksichtigung möglicher Optionen im Kontext der aktuellen Strukturen städtischer Beteiligungen			zugestimmt
201	AfB	B90/Die Grünen	1110, 2101	6,4	Einstellung eines Budgets in Höhe von 50.000 € für die Erstellung einer Schulbauleitlinie Gelsenkirchen Begründung: Die anstehenden Schulneubauten sowie Schulsanierungen sind in den kommenden Jahren und Jahrzehnten mit einem hohen Kostenanteil verbunden und nehmen dementsprechend städtische Haushaltsmittel in Anspruch. Deshalb ist es geboten, stadtplanerische, pädagogische, energetisch-ökologische und gesundheitspräventive Aspekte konzeptionell vorzudenken und einzubinden. Eine interdisziplinär zu erarbeitende Schulbauleitlinie formuliert Standards zur räumlichen Organisation und zur Ausstattung von Schulbauten. Sie sollte Basis und Orientierungshilfe für jedes Schulbau- und Schulsanierungsprojekt sein. Gleichzeitig sollte sie genügend Flexibilität zur Berücksichtigung von Besonderheiten des Schulstandorts, der spezifischen Schwerpunkte der jeweiligen Schule oder anderer individueller Anforderungen bieten. Eine solche Schulbauleitlinie soll ein Leitfadensystem für die Erstellung leistungsfähiger und nachhaltiger Schulbauten, die pädagogisch-räumlichen Anforderungen und baulich-technischen Standards genügen, die aber auch hinreichend flexibel und entwicklungs-fähig sind, um auf künftige Veränderungen reagieren zu können, sein. Das Instrumentarium der Schulbauleitlinie soll der Stadt Gelsenkirchen und ihren Entscheidungsträger*innen helfen, das anstehende Schulbau- und Schulsanierungsprogramm umzusetzen, um genügend Schulraumkapazitäten in einer hohen Qualität zu erstellen – und zwar für alle Kinder sowie sämtliche am Schulleben beteiligte Personen. Hierdurch soll auch ein transparenter Beitrag geleistet werden, um dem Lehrkräftemangel in Gelsenkirchen durch attraktive Arbeitsplätze in den Schulen entgegenzuwirken.	Der Städtetag NRW hat im April 2019 allen Schulträgern eine Handreichung für den Schulbau übersandt, um möglichst einheitliche Standards für alle neuen Schulen in NRW zu schaffen. Diese Richtlinien enthalten Empfehlungen zu pädagogischen und schulrechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere zu Raumgrößen und Raumnutzungen.		zurückgezogen

ID konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstandsbereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBD
369	AfB	B90/Die Grünen	1110, 2102	6,4	<p>Einstellung eines Budgets in Höhe von 50.000 Euro für die Erstellung einer Schulbauleitlinie Gelsenkirchen</p> <p>Begründung: Die anstehenden Schulneubauten sowie Schulsanierungen sind in den kommenden Jahren und Jahrzehnten mit einem hohen Kostenanteil verbunden und nehmen dementsprechend städtische Haushaltsmittel in Anspruch. Deshalb ist es geboten, stadtplanerische, pädagogische, energetisch-ökologische und gesundheitspräventive Aspekte konzeptionell vorzudenken und einzubinden. Eine interdisziplinär zu erarbeitende Schulbauleitlinie formuliert Standards zur räumlichen Organisation und zur Ausstattung von Schulbauten. Sie sollte Basis und Orientierungshilfe für jedes Schulbau- und Schulsanierungsprojekt sein. Gleichzeitig sollte sie genügend Flexibilität zur Berücksichtigung von Besonderheiten des Schulstandorts, der spezifischen Schwerpunkte der jeweiligen Schule oder anderer individueller Anforderungen bieten. Eine solche Schulbauleitlinie soll ein Leitfadensystem für die Erstellung leistungsfähiger und nachhaltiger Schulbauten, die pädagogisch-räumlichen Anforderungen und baulich-technischen Standards genügen, die aber auch hinreichend flexibel und entwicklungsfähig sind, um auf künftige Veränderungen reagieren zu können, sein. Das Instrumentarium der Schulbauleitlinie soll der Stadt Gelsenkirchen und ihren Entscheidungsträger*innen helfen, das anstehende Schulbau- und Schulsanierungsprogramm umzusetzen, um genügend Schulraumkapazitäten in einer hohen Qualität zu erstellen – und zwar für alle Kinder sowie sämtliche am Schulleben beteiligte Personen. Hierdurch soll auch ein transparenter Beitrag geleistet werden, um dem Lehrkräftemangel in Gelsenkirchen durch attraktive Arbeitsplätze in den Schulen entgegenzuwirken.</p>	Der Städtetag NRW hat im April 2019 allen Schulträgern eine Handreichung für den Schulbau übersandt, um möglichst einheitliche Standards für alle neuen Schulen in NRW zu schaffen. Diese Richtlinien enthalten Empfehlungen zu pädagogischen und schulrechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere zu Raumgrößen und Raumnutzungen.		zurückgezogen
460	HFBD	WIN	1210, 1108	2,1	<p>Wir beantragen, dass Mittel für eine Organisationsuntersuchung im Verwaltungsbereich Einbürgerungen eingestellt werden, die erarbeiten soll, unter welchen strukturellen und personellen Rahmenbedingungen eine schnelle Einbürgerung von Menschen möglich ist, die sich hierfür qualifizieren.</p> <p>Begründung: a) Wie regelmäßig aus der Presse zu entnehmen ist, dauert der Einbürgerungsprozess in Gelsenkirchen viel zu lange. Einwohner, die sich für eine Einbürgerung qualifizieren, bekommen über Monate keine Antworten auf Ihre Anfragen und keine Termine zu Informationsgesprächen oder Einreichung der Einbürgerungsunterlagen. Die Einbürgerung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist sehr wichtig für unsere Stadt mit einem hohen Anteil von Ausländern. Eingebürgerte Menschen identifizieren sich stärker mit einem Land und übernehmen in gesellschaftlichen, sozialen und politischen Bereichen mehr Verantwortung, weil sie sich zunächst zugehörig und dadurch auch verantwortlich fühlen. Die Verschleppung des Einbürgerungsprozesses blockiert diese wichtige Entwicklung und führt dazu, dass man sich nicht zugehörig und nicht gewollt fühlt, was genau das Gegenteil bewirkt, nämlich Abgrenzungs- und Rückzugstendenzen, die unweigerlich zu negativen Entwicklungen wie die von Parallelgesellschaften führen. Eine solche Entwicklung verstärkt soziale Probleme und Spannung und führt zu Extremismus in unterschiedlichen Formen, die wir für Gelsenkirchen nicht wünschen. Deshalb müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, damit der Einbürgerungsprozess von Menschen, die sich für eine Einbürgerung qualifizieren, schnell und reibungslos verläuft. b) Der Bericht der Verwaltung zur Entwicklung der Einbürgerungsgesetze hat aufgezeigt, dass Einbürgerungshürden gesenkt wurden, wodurch sich mehr Menschen für eine Einbürgerung qualifizieren. Auch haben viele Flüchtlinge seit Kurzem die Möglichkeit sich einbürgern zu lassen. Die Anzahl der Menschen, die sich einbürgern lassen können und wollen, wird in naher Zukunft weiter zunehmen. Dem gegenüber hat sich die Zahl der Mitarbeiter im Einbürgerungsbereich aufgrund von Fehlzeiten und unbesetzten Stellen eher reduziert. Es gilt, hierfür schnellstmögliche nachhaltige Lösungen zu finden, die durch eine Organisationsuntersuchung ermittelt werden sollen. c) Im Bereich der Ausländerbehörde gibt es seit Jahren erhebliche, ungelöste Probleme, die bei Einwohnern der Stadt zu großem Unmut führen. Die Wartezeiten für einen Termin lagen in der Spitze bei 13-15 Monaten. Insbesondere in dieser Behörde zeigt sich der Unmut der Mitarbeiter durch hohe Fehlzeiten, hohe Fluktuation und viele unbesetzte Stellen. Die Einbürgerung von Menschen, die sich hierfür qualifizieren, würde die Arbeit der Ausländerbehörde erheblich reduzieren und zu einer merklichen Entlastung der Mitarbeiter führen. Auch aus diesem Grund sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um die Einbürgerung so schnell wie möglich zu gewährleisten. d) Die aktuelle Bundesregierung hat angekündigt, rechtliche Rahmenbedingungen für Mehrstaatlichkeit einzuführen. Auch sollen Einbürgerungshemmnisse für Ausländer über 67 Jahren und Analphabeten wegfallen. Es ist vor diesem Hintergrund zu erwarten, dass sich noch mehr Menschen einbürgern lassen werden. Es wäre wichtig, dass sich die Verwaltung pro aktiv auf solche Szenarien einstellt und anfängt zu agieren, statt wie bisher ausschließlich nur zu reagieren und das auch noch schlecht, zu langsam und inkonsequent. e) Die aktuelle Regierung wurde aufgrund ihres Wahlprogrammes durch das Volk demokratisch gewählt. Ihre progressive und zeitgemäße Einbürgerungspolitik spiegelt insofern auch den Wählerwillen wieder. Eine gewollte oder ungewollte Verschleppung dieser Einbürgerungspolitik würde dem Wählerwillen zuwiderlaufen. Das darf in einer Demokratie nicht passieren.</p>			abgelehnt
365	AfB	SPD + CDU	2101, 5502	4,1	<p>PG 3601 Projektbudget Schulhofbegrünung</p> <p>Zur Unterstützung der Schulgremien bei der Realisierung von Projekten wie z.B. die Anlage von Schulgärten, Bienenschutz, Aufstellung von Insektenhotels oder Hochbeeten werden 15.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Zusätzlich prüft die Verwaltung externe Fördermittel.</p>			zugestimmt
321	BV Süd	CDU	3107, 5102	4,6	<p>Meile der Integration Ückendorfer Straße/ Stadteilerneuerungsprogramm</p> <p>Zielvereinbarung: Die von der Verwaltung für den Zeitraum ab 2025 avisierte Aufnahme ins Stadteilerneuerungsprogramm, als dann neues Gebiet ist nachdrücklich anzustreben.</p>			zugestimmt

ID	konsumtiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produkt gruppe	Vorstands bereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
288		BV West	SPD	5502, 1112	1,6	Die SPD Bezirksfraktion beantragt eine Teilausstattung mit wetterfesten Sitzgelegenheiten und Tischen für den östlichen Außenbereich der Glashalle Schloss Horst. Die Gesamtkosten sollten unter der Berücksichtigung einer zukünftigen Gastronomie zusammen geplant und ermittelt werden.	<p>Die zukünftige Nutzung des Außenbereichs an der Glashalle des Schlosses Horst muss mit der Vergabeentscheidung der Gastronomie im Zusammenhang gedacht und festgelegt werden. Gleichzeitig ist eine enge verwaltungsinterne Abstimmung notwendig, da die Glashalle und die Gastronomie separat verwaltet werden. Im Dezember findet hierzu ein "Gastro-Workshop" statt, in dem über die zukünftige Nutzung beraten wird. Ausstattungsfragen des Außenbereichs hängen vom Ergebnis dieses Workshops ab.</p> <p>Die Aufstellung von zusätzlichen Sitzbänken im Umfeld der Glashalle Schloss Horst wird von der Verwaltung geprüft. Die Kosten bei einer Bank im Grünflächenbereich inklusive Auspflasterung und Papierkorb belaufen sich auf 5.000 - 6.000 € pro Bankstandort.</p>		abgelehnt

ID investiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produkt gruppe	Vorstands bereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
47	BV Ost	SPD	1110	6	<p>•Im Rahmen des Haushaltes 2023 sollen die Kosten für die Errichtung einer neuen Unterkunft der Spielvereinigung Middelich-Resse eingestellt werden.</p> <p>Die Spielvereinigung Middelich-Resse ist Hauptnutzerin der Sportanlage „Im Emscherbruch 70“. Der dortige Umkleidekabine entspricht in allen Formen hinsichtlich bspw. Hygiene und Brandschutz nicht mehr den aktuellen Bestimmungen und muss dringend erneuert werden.</p> <p>Auch im Übrigen entspricht die Anlage nicht mehr den aktuellen Anforderungen an den Stand der Technik.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass dieser Antrag bereits seit einigen Jahren immer wieder gleichlautend gestellt wird und bisher keinerlei Besserung eingetreten ist.</p> <p>Als Haushaltsansatz sind mindestens 25.000 € zu veranschlagen.</p> <p>Die Baukosten sollen der Sportpauerschale entnommen werden.</p>	<p>Der bezeichnete Umkleidekabine im Kellerbereich der Grundschule wurde bereits von den Fachabteilungen besichtigt und eine umfangreiche Sanierung bzw. ein Umbau, auch unter Berücksichtigung der haustechnischen Gewerke, als unwirtschaftlich bewertet.</p> <p>Die Planungskosten für einen Neubau auf dem Gelände können erst genau beziffert werden, nachdem ein mit dem Nutzer abgestimmtes Raumprogramm sowie das dadurch resultierende Bauvolumen vorliegen.</p> <p>Die Verwaltung wird daraufhin prüfen, inwieweit auf der Liegenschaft die Möglichkeit eines Neubaus des Umkleidegebäudes besteht und dann die Planungskosten auf Grundlage eines Grobkostenrahmens schätzen.</p>		abgelehnt
89	BV Ost	B90/Die Grünen	1110	6	<p>Einstellung von Mitteln zur Aufstellung, Miete, Wartung und Reparatur einer barrierefreien Trockentoilette für 2023 in Höhe von 55.000€ und für 2024 in Höhe von 35.000€ (PG 5405)</p> <p>Begründung: In Resser Mark gibt es zurzeit kaum öffentliche Toiletten. Wir beantragen daher Mittel für eine barrierefreie Trockentoilette im unmittelbaren Umfeld des Marktplatzes von EcoToiletten GmbH oder einem vergleichbaren Anbieter über zwei Jahre. Die Kosten errechnen sich aus Aufbau, Miete, Wartungs- und Reparaturkosten nach dem Flyer von EcoToiletten.</p>	<p>Die Verwaltung hat sich bisher noch nicht mit dem Thema Trockentoiletten auseinandergesetzt. Dementsprechend liegen keinerlei Erfahrungswerte vor und eine Aussage, ob die mitgeteilten Kosten auskömmlich sind, kann noch nicht getroffen werden.</p> <p>Eine inhaltliche Auseinandersetzung wird erfolgen. Unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden knappen Personalressourcen und der vorhandenen hohen Aufgabendichte wird dem Änderungsantrag eine entsprechende Priorität eingeräumt. Dies kann allerdings dazu führen, dass andere Aufgaben und Tätigkeiten nicht vorrangig weitergeführt werden können.</p> <p>Das Referat Hochbau und Liegenschaften priorisiert die Aufgaben dabei nach folgenden Faktoren: 1. Brandschutz, 2. Fördermaßnahmen, 3. Inklusion und 4. Schaffung von ausreichendem Schulraum. Eine kurzfristige Umsetzung kann aus diesem Grund nicht zugesagt werden.</p>		abgelehnt
99	BV Süd	CDU	1207	1	<p>Geschwindigkeitswarntafel Steeler Straße</p> <p>Die CDU Fraktion beantragt die Einstellung von 6.500 Euro für ein Dialogdisplay inkl. Solarpanel.</p> <p>Begründung: Die Steeler Straße verleitet regelmäßig Autofahrer zum Fahren mit erhöhter Geschwindigkeit. Dies ist insbesondere im Bereich der Dependence der Hauptschule ein Sicherheitsrisiko. Das dortige Schild „Tempo 30 auf 250 m“ ist zum einen sehr klein und wird zum anderen häufig ignoriert.</p>			zugestimmt
101	OPV	B90/Die Grünen	1207	1	<p>Änderungsantrag zum Haushalt des Jahres 2023</p> <p>Sehr geehrter Herr Kurth,</p> <p>zur Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Prävention und Verbraucherschutz am 22.11.2022 stellt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Rahmen des Haushaltsberatungsverfahrens folgenden Änderungsantrag: Einstellung von 13.000€ in den Haushalt 2023 für die Anschaffung von zwei mobilen Geschwindigkeitsanzeigen zwecks flexiblen Einsatzes innerhalb der Bezirke</p> <p>Begründung: Mobile Geschwindigkeitsanzeigen können an auffälligen oder besonders schutzbedürftigen Örtlichkeiten eingesetzt werden, um so unmittelbar einen positiven Effekt auf das Fahrverhalten der Verkehrsteilnehmer*innen im Bereich der jeweils ausgesuchten Standorte zu erwirken. Diese mobilen Geschwindigkeitsanzeigen geben bezüglich der angezeigten aktuellen Geschwindigkeit der Verkehrsteilnehmer*innen sowie dem Hinweis, ob es sich um eine Geschwindigkeitsüberschreitung handelt, eine unmittelbare Rückmeldung, welche insbesondere bei fahrlässigen, unbewussten Geschwindigkeitsüberschreitungen eine sofortige, positive Anpassung zur Folge hat. Mobile Geschwindigkeitsanzeigen haben dabei den zusätzlichen Vorteil, dass kurzfristig auf Entwicklungen reagiert werden kann und kein Gewöhnungseffekt wie bei einem dauerhaften Standort eintritt. Sie stellen somit eine sinnvolle Ergänzung zu reinen Geschwindigkeitskontrollen mit anschließender finanzieller Sanktionierung dar und können dabei auf eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen.</p>			zugestimmt
108	HFBPD	SPD+CDU+GRÜNE	2101	4	<p>Radstellanlagen an Gelsenkirchener Schulen</p> <p>Um Schülerinnen und Schülern ein sicheres Abstellen ihrer Fahrräder an Schulen zu ermöglichen und damit weitere Anreize für das Fahrradfahren zu schaffen, beantragen die Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN 50.000 Euro investive Mittel in den Haushalt für Radstellanlagen einzustellen. Die Anlagen sollen vor allem an weiterführenden Schulen errichtet werden. Der Umsetzung soll eine Analyse vorausgehen, welche Schulen (inkl. Grundschulen) Bedarfe an Radstellanlagen haben. Die Ergebnisse der Analyse werden den kommunalpolitischen Gremien im ersten Halbjahr 2023 vorgelegt.</p>			zugestimmt

ID investiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstands bereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
78	AfB	B90/Die Grünen	2101	4	<p>Einstellung der erforderlichen finanziellen Mittel zum Ausbau der Fahrradinfrastruktur an Gelsenkirchener Schulen</p> <p>Begründung: Die auszubauende Fahrradinfrastruktur soll insbesondere Fahrradabstellanlagen an allen weiterführenden Schulen für Lehrkräfte und Schüler*innen inkl. Ladepunkte (für E-Bikes und Pedelecs) sowie Service-Terminals, wie sie beispielsweise an Tankstellen vorzufinden sind, umfassen. Die Service-Terminals sollten so ausgestattet sein, dass auch einfache Reparatur-arbeiten mit ihnen auszuführen sind. An vielen Schulen im Gelsenkirchener Stadtgebiet existieren keine Fahrradabstellanlagen, obwohl sowohl Schüler*innen als auch Lehrer*innen das Fahrrad für den Weg zur Schule nutzen. Darüber hinaus wurde uns berichtet, dass in den letzten Monaten zahlreiche Beschädigungen an Fahrrädern von Schüler*innen zu verzeichnen waren, da diese notgedrungen im näheren Umfeld der Schule abgestellt werden müssen. Dies wiederum führt zu einer weiteren Absenkung der Fahrradnutzung.</p> <p>Vor einigen Jahren hat die Verwaltung mitunter sogar den Abbau von Fahrradständern auf Schulgeländen veranlasst und bis heute keinen adäquaten Ersatz zur Verfügung gestellt. Dabei liegen die Vorteile des Fahrrades klar auf der Hand. Es ist für die innerstädtische Fortbewegung das ideale Verkehrsmittel, weil es umweltfreundlich, preiswert, schnell und vor allem auch aktivierend ist. Schüler*innen kämen bei der Nutzung des Fahrrades nicht träge oder müde zur Schule, sondern wären durch die morgendliche Fahrt auf dem Rad bereits körperlich und damit auch geistig angeregt.</p>	Zur Beantwortung Bedarf es umfangreicher Prüfungen durch die Verwaltung (Erhebung Status Quo, voraussichtlicher Bedarf, technische Umsetzbarkeit etc.). Das Thema wird seitens der Fachverwaltung aufgegriffen; nach abschließender Klärung mit den zu beteiligenden Dienststellen wird im Ausschuss für Bildung berichtet.		zurückgezogen
102	AfB	B90/Die Grünen	2101	4	<p>Einstellung der erforderlichen finanziellen Mittel zum Ausbau der Fahrradinfrastruktur an Gelsenkirchener Schulen</p> <p>Begründung: Die auszubauende Fahrradinfrastruktur soll insbesondere Fahrradabstellanlagen an allen weiterführenden Schulen für Lehrkräfte und Schüler*innen inkl. Ladepunkte (für E-Bikes und Pedelecs) sowie Service-Terminals, wie sie beispielsweise an Tankstellen vorzufinden sind, umfassen. Die Service-Terminals sollten so ausgestattet sein, dass auch einfache Reparatur-arbeiten mit ihnen auszuführen sind. An vielen Schulen im Gelsenkirchener Stadtgebiet existieren keine Fahrradabstellanlagen, obwohl sowohl Schüler*innen als auch Lehrer*innen das Fahrrad für den Weg zur Schule nutzen. Darüber hinaus wurde uns berichtet, dass in den letzten Monaten zahlreiche Beschädigungen an Fahrrädern von Schüler*innen zu verzeichnen waren, da diese notgedrungen im näheren Umfeld der Schule abgestellt werden müssen. Dies wiederum führt zu einer weiteren Absenkung der Fahrradnutzung.</p> <p>Vor einigen Jahren hat die Verwaltung mitunter sogar den Abbau von Fahrradständern auf Schulgeländen veranlasst und bis heute keinen adäquaten Ersatz zur Verfügung gestellt. Dabei liegen die Vorteile des Fahrrades klar auf der Hand. Es ist für die innerstädtische Fortbewegung das ideale Verkehrsmittel, weil es umweltfreundlich, preiswert, schnell und vor allem auch aktivierend ist. Schüler*innen kämen bei der Nutzung des Fahrrades nicht träge oder müde zur Schule, sondern wären durch die morgendliche Fahrt auf dem Rad bereits körperlich und damit auch geistig angeregt.</p>	Zur Beantwortung Bedarf es umfangreicher Prüfungen durch die Verwaltung (Erhebung Status Quo, voraussichtlicher Bedarf, technische Umsetzbarkeit etc.). Das Thema wird seitens der Fachverwaltung aufgegriffen; nach abschließender Klärung mit den zu beteiligenden Dienststellen wird im Ausschuss für Bildung berichtet.		zurückgezogen
103	AfB	FDP	2101	4	<p>Errichtung von Kinderfahrradständern und Rollerständern auf dem Gelände der städtischen Gemeinschaftsgrundschule an der Erzbahn</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, Kinderfahrrad- und Rollerständer auf dem Gelände der Gemeinschaftsgrundschule an der Erzbahn zu errichten. In einem ersten Schritt sollen etwa 20 Abstellplätze für Kinderräder und etwa zehn für Roller montiert werden. Dafür sollen 7.000 € in den Haushalt eingestellt werden.</p> <p>Begründung: Fahren Kinder mit dem Fahrrad zur Schule, hat das zahlreiche Vorteile.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Klima: Die Verwaltung hat ein Klima- und Mobilitätskonzept vorgelegt und fordert die Verkehrswende. Jeder Kilometer, der mit dem Fahrrad statt mit dem Pkw zurückgelegt wird, spart rund 140g CO2 und dient damit dem Klimaschutz. 2. Gesundheit: Radeln führt zu einer Bewegungssteigerung, erhöht die Verkehrssicherheit und Unfallprävention durch verstärkte Umweltwahrnehmung und Praxiserfahrung. Dabei wird die Motorik, die Ausdauer und die Koordination verbessert. 3. Recht: Hier ist die Situation eindeutig: Schulen dürfen keine Radfahrverbote aussprechen. Die Entscheidung, das Kind mit dem Fahrrad zur Schule fahren zu lassen, liegt ausschließlich bei den Eltern. Hinzukommt, dass die Radfahrprüfung keine vorgeschriebene Erlaubnis zum Fahren eines Fahrrads ist. 			zurückgezogen

ID investiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstands bereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
111	HFBPD	FDP	2101	4	<p>Fahrradständer 10.000 € (Produktgruppe 2101) Errichtung von Kinderfahrradständern und Rollerständern auf dem Gelände städtischer Schulen Die Verwaltung wird mit einer Analyse beauftragt, an welchen Schulen Kinderfahrrad- und Rollerständer benötigt werden. In einem ersten Schritt sollen 10.000 Euro in den Haushalt eingestellt werden, um bereits 2023 erste Maßnahmen realisieren zu können..</p> <p>Begründung: Fahren Kinder mit dem Fahrrad zur Schule, hat das zahlreiche Vorteile. 1. Klima: Die Verwaltung hat ein Klima- und Mobilitätskonzept vorgelegt und fordert die Verkehrswende. Jeder Kilometer, der mit dem Fahrrad statt mit dem Pkw zurückgelegt wird, spart rund 140g CO2 und dient damit dem Klimaschutz. 2. Gesundheit: Radeln führt zu einer Bewegungssteigerung, erhöht die Verkehrssicherheit und Unfallprävention durch verstärkte Umweltwahrnehmung und Praxiserfahrung. Dabei wird die Motorik, die Ausdauer und die Koordination verbessert. 3. Recht: Hier ist die Situation eindeutig: Schulen dürfen keine Radfahrverbote aussprechen. Die Entscheidung, das Kind mit dem Fahrrad zur Schule fahren zu lassen, liegt ausschließlich bei den Eltern. Hinzukommt, dass die Radfahrprüfung keine vorgeschriebene Erlaubnis zum Fahren eines Fahrrads ist.</p>			zugestimmt
88	BV Ost	SPD	2505	4	<p>Die SPD-Bezirksfraktion Gelsenkirchen-Ost beantragt, die Aufnahme folgender Änderungen in den Haushalt 2023 der Stadt Gelsenkirchen aufzunehmen: •Im Rahmen des Haushaltes 2023 sollen die Kosten von 2000 € für die Einrichtung eines Bücherschranks in der Brukterer Straße aufgenommen werden. Begründung: Die Brukterer Straße hat mit einigen Problemen zu kämpfen, insbesondere stellt auch eine Sprachbarriere die dort lebenden Menschen vor große Herausforderungen. Aus diesem Grund wird die Einrichtung eines Bücherschranks auf dem Platz vor Haus 1a beantragt. Dort befinden sich die Räume des Elisabeth-Käsemann-Bildungswerkes. In dem Schrank sollen vor allem Kinderbücher platziert werden, um die dort wohnenden Kinder an die deutsche Sprache heranzuführen und niederschwellige Angebote zum Lesen zu schaffen.</p> <p>Der im Prüfauftrag genannte Betrag von 2000 € wurde in der Prüfung als ausreichend erachtet.</p>	<p>Der Betreuungsaufwand eines Bücherschranks ist sehr hoch. Die darin befindlichen Bücher müssen regelmäßig überprüft und gepflegt werden, um ein adäquates, altersgerechtes und benutzerorientiertes Angebot sicherzustellen. Dies kann von den Mitarbeitenden der Stadtbibliothek nicht geleistet werden.</p>		zugestimmt
75	BV Nord	SPD	3602	4	<p><i>Änderungsantrag: Ökologische Umgestaltung und Erweiterung des Kinderspielplatz am Nachbarschaftstreff Schüngelberg</i> Die SPD-Bezirksfraktion Nord beantragt Haushaltsmittel in Höhe von 15.000 € zur Erweiterung sowie Beseitigung von bestehenden Hitzeinseln auf dem Spielplatz am Nachbarschaftstreff Schüngelberg. Der vorhandene Spielplatz am Nachbarschaftstreff Schüngelberg soll auf dem bestehenden Areal erweitert (vergrößert) werden und durch die Anpflanzung von Bäumen ebenfalls ökologisch umgestaltet werden. Neben der damit einhergehenden Attraktivitätssteigerung erfolgt dadurch auch eine erforderliche Beschattung des Spielplatzes. ----- Der Änderungsantrag wurde in der Sitzung der Bezirksvertretung Nord am 10. November vom Antragsteller zurückgezogen.</p>	<p><i>Aufgrund der vorhandenen freien Wiesen auf dem Gelände des Kinderspielplatzes Schüngelbergstraße bestehen noch Möglichkeiten den Kinderspielplatz in Richtung Norden zu erweitern. Derzeit könnten auf der Fläche drei Bäume so gepflanzt werden, dass die jetzige vorhandene Sandfläche beschattet werden kann. Der Zeitpunkt, wann eine Beschattung eintritt, ist abhängig von der Art der zu pflanzenden Bäume und deren Wachstumsgeschwindigkeit. Bei einer derzeit üblichen "Standard"-Anpflanzung eines Baumes muss mit 1.200 - 1.500 Euro pro Baum gerechnet werden. Eine Sandspielfläche in der Größe 5 x 5 m würde Kosten in Höhe von ca. 2.000 Euro verursachen. Für eine Sandfläche als Fallschutz müssen 60 €/qm kalkuliert werden. Für alle Spielanlagen im Bezirk Nord steht 2023 ein Betrag von 24.500 € für Ersatzbeschaffungen zur Verfügung. Für die beschriebene Maßnahme müssten zusätzliche Haushaltsmittel bereitgestellt werden. ----- Der Änderungsantrag wurde in der Sitzung der Bezirksvertretung Nord am 10. November vom Antragsteller zurückgezogen.</i></p>	<p><i>Antrag war bereits im laufenden Beratungsverfahren vom Antragsteller in der Bezirksvertretung Nord am 10.11.2022 zurückgezogen worden.</i></p>	
92	BV Nord	SPD	3602	4	<p>Zielvereinbarung Planung zur Erweiterung und Umgestaltung des Kinder-spielplatzes Schüngelbergstraße ----- In die mittel- bis langfristigen Zielvereinbarungen ist die Kostenermittlung aufzunehmen.</p>	<p>Die Maßnahme kann kurzfristig in 2023 umgesetzt werden. Hierzu muss der bestehende Spielplatz um eine Sandfläche erweitert werden und die Anpflanzung von sechs Bäumen erfolgen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 11.000 €. Haushaltsmittel hierfür sind jedoch nicht veranschlagt und müssten zusätzlich bereitgestellt werden.</p>		zugestimmt
87	BV West	Die Linke	3602	4	<p>"Beschaffung und Montage von Solarmodulen als festen Sonnenschutz vor den großen Süd-Fenstern des Jugendzentrum Buerer Straße 86 Produktgruppe 360206 „Instandhaltung der Einrichtungen West“ Haushaltsansatz: gemäß der ermittelten Kosten (Anfrage vom 30.08.22) Begründung: Das Fehlen eines außenliegenden Sonnenschutzes lässt regelmäßig die „Sonnenfalle“ zuschnappen und macht eine Nutzung der beiden einzigen großen Räume nahezu unmöglich – in diesem Sommer war das nahezu unerträglich! Inzwischen haben sich leicht montierbare Solarmodule (Klick-and-Play-Module) als finanziell nachhaltig lohnender aktiver Beitrag zur Energiewende und damit zum Klimaschutz zu einem regelrechten Boomprodukt entwickelt. Mit entsprechend konstruierten leichten Halterungen lassen sich solche Elemente gut über den Südfenstern montieren und würden neben dem überfälligen Sonnenschutz eben auch noch Strom produzieren, der direkt im JUBS verbraucht werden könnte. Gleichzeitig können sie als praktisches Lernobjekt für die Jugendlichen und andere Gäste des Hauses dienen."</p>	<p>Die Problematik ist der Verwaltung bekannt, kann aber derzeit aufgrund anderer Priorisierung nicht weiter bearbeitet werden. Zudem sind noch Fragestellungen offen, die einer abschließenden Klärung zuzuführen sind. Deshalb kann eine seriöse Kostenschätzung und grundsätzliche Bewertung des Antrages noch nicht erfolgen.</p> <p>Den wirksamsten Schutz vor direkter Sonneneinstrahlung bieten bedarfsgerecht steuerbare außenliegende Sonnenschutzanlagen. Fest montierte Elemente verhindern den Lichteinfall kontinuierlich und machen so früher und häufiger künstliche Beleuchtung erforderlich. Weiterhin sorgt die direkte Sonneneinstrahlung für eine Anhebung der Raumtemperatur. Dies könnte mit einer gesteuerten Sonnenschutzanlage insbesondere in den Übergangsmonaten genutzt und somit Heizungskosten eingespart werden. Somit bietet aus technischer Sicht eine steuerbare Sonnenschutzanlage wesentlich mehr Komfort und Einsparmöglichkeiten als fest montierte Module vor den Fenstern. Das Referat Hochbau und Liegenschaften priorisiert die Aufgaben nach folgenden Faktoren: 1. Brandschutz, 2. Fördermaßnahmen, 3. Inklusion und 4. Schaffung von ausreichendem Schulraum. Eine kurzfristige Umsetzung ist aus diesem Grund nicht möglich.</p>		abgelehnt

ID investiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstands bereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
106	AfS	SPD + CDU	4201	4	<p>PG 4201: „Sportbox“</p> <p>Durch die Corona-Pandemie kam es im Sport zu sehr vielen Einschränkungen. Gleichzeitig hat sich gezeigt, dass Sport im öffentlichen Raum immer mehr nachgefragt worden ist. Sportangebote im öffentlichen Raum, auf öffentlichen und privaten Sportstätten im Freien, müssen weiter ausgebaut werden, um der veränderten Sportnachfrage nachzukommen. Attraktive und wohnortnahe Sport- und Bewegungsangebote müssen bereitgestellt werden.</p> <p>Andere Kommunen, wie beispielsweise Marl, haben gute Erfahrungen mit sog. „Sportboxen“ gemacht. Eine Sportbox ist ein niedrigschwelliges Verleihangebot für Spiel- und Sportequipment, welches für Spiel- und Sportplätze, aber auch Grünflächen geeignet ist und den Bürgerinnen und Bürgern Spiel und Sport überall und kostenfrei ermöglicht. Damit erhalten Bürgerinnen und Bürger auch ohne Abonnement für das Fitnessstudio, die Möglichkeit sich sportlich zu bewegen und somit ihre Fitness und Gesundheit zu verbessern. Auch für Gelsenkirchen sehen wir in der Anschaffung dieser Sportboxen eine sinnvolle Ergänzung. Die Verwaltung wird daher gebeten, die Anschaffung einer Sportbox vorzunehmen. Vorab soll herausgearbeitet werden, welche Standorte sich besonders eignen würden. In Marl hat sich beispielsweise herausgestellt, dass Sportboxen in Parks und in der Nähe von Schulen sinnvoll sind. Mögliche Standorte sind im Fachausschuss vorzustellen, dabei ist auch eine Aufstellung in der Darler Aue zu prüfen. Es ist weiterhin zu prüfen, ob Fördermittel für die Anschaffung von Sportboxen beantragt werden können. Für die Anschaffung einer Sportbox sind 15.000 € einzustellen</p>			zugestimmt
91	BV Ost	SPD	4201	4	<p>Die SPD-Bezirksfraktion Gelsenkirchen-Ost beantragt, die Aufnahme folgender Änderungen in den Haushalt 2023 der Stadt Gelsenkirchen aufzunehmen:</p> <ul style="list-style-type: none"> Im Rahmen des Haushaltes 2023 sollen die Kosten für die Errichtung bzw. Aufstellung einer SportBox im Berger Feld, Nähe Bärenspielplatz, in Höhe von 20.000 € in den Haushalt aufgenommen werden <p>Begründung: Der Trend der Bürgerinnen und Bürger geht immer weiter zum Individualsport, auch wenn insgesamt die Sportbegeisterung in der Bevölkerung abzunehmen scheint. In der Darler Aue im Berger Feld finden sich große Freiflächen die zum Individual- oder Gemeinschaftssport einladen.</p> <p>Die Einrichtung einer SportBox würde diesen Trend unterstützen und zugleich auch ein Angebot für jene schaffen, die noch nicht in einem Verein organisiert sind. Im Übrigen verweise ich auf meine Ausführungen in der Sitzung der Bezirksvertretung vom 09.11.2022 sowie die Antwort des Bezirksbürgermeisters Heidl auf die Drucksache 20-25/3488.</p>	Grundsätzlich ist die Beschaffung der Sportbox möglich. Im Übrigen verweise ich jedoch auf die Vorlagen mit den Drucksachen-Nr. 20-25/3447 und 3488.		abgelehnt
86	BV West	B90/Die Grünen	4201	4	<p>"Einstellung von 60.000 € für die Anschaffung und Einrichtung eines Trimm-Dich-Pfades im Bereich der Schaffrathpromenade (PG 4201 Sportanlagen und Sportförderung)</p> <p>Begründung: Trimm-Dich-Pfade leisten durch sportliche Betätigung einen wichtigen Beitrag zur sozialen Begegnung und Gesunderhaltung. Der Bezirk West profitiert mittlerweile durch einen solchen Trimm-Dich-Pfad im Nordsternpark in Horst-Süd in seinem äußersten Süden. Um ein entsprechendes Angebot einem breiteren Teil der Bevölkerung des gesamten Bezirkes zugänglich zu machen, ist es notwendig, dieses zu erweitern. Hierfür ist der Bereich der Schaffrathpromenade mit seiner nördlichen Lage im Bezirk und seiner potenziellen Frequentierung aufgrund der Nähe zur beliebten Rungenberghalde geeignet. Darüber hinaus ist eine ebensolche Maßnahme an diesem Standort laut Verwaltung baulich umsetzbar. Das Argument, dass der Trimm-Dich-Pfad in Horst von einer Firma gespendet wurde, darf nicht als Ausrede gelten, einen solchen nicht von städtischer Seite zu errichten, da soziale Begegnung und die Gesundheit der Bevölkerung auch öffentliche Gelder wert sein sollten."</p>			abgelehnt

ID investiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstands bereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
112	HFBPD	WIN	4201	4	<p>Wir beziehen uns auf die Antwort der Verwaltung auf unsere Anfrage zum Haushalt 2023 ID 250 und beantragen, dass 700.000 € für den Bau eines Kunstrasenplatzes auf der Sportanlage Lohmühle eingestellt werden.</p> <p>Begründung: Nach unseren Informationen ist die Nutzung des Rasenplatzes aufgrund der Trainingseinheiten von Leichtathletikvereinen nur begrenzt möglich. Auch sind Rasenplätze aufgrund ihrer Beschaffenheit grundsätzlich nicht so regelmäßig bespielbar, wie Kunstrasen- oder Aschenplätze. Der Aschenplatz ist seit Jahren weit davon entfernt, auf dem Stand der aktuellen Technik zu sein. Er ist bei Regen kaum oder nur schwer bespielbar. Im Sommer ist er sehr trocken und hart. All das schränkt die Nutzung und die Attraktivität des Vereinssports Fußball extrem ein. Das Problem auf dem Ascheplatz ist seit Jahren ein Ärgernis und konnte bis zum heutigen Zeitpunkt nicht zufriedenstellend gelöst werden. Hierzu hat die SPD im Rahmen der Haushaltsanfrage folgendes vorgetragen: „Vor dem Hintergrund der nach Regenerieignissen z. T. wochenlangen Unbespielbarkeit des Platzes wird die Verwaltung gebeten darzulegen, wie teuer eine Erneuerung der Drainagen wäre ...“ Der Vereinssport erfüllt eine wichtige gesellschaftliche, soziale, gesundheitliche und pädagogische Aufgabe und stellt ein attraktives Freizeitangebot dar. Aktuell geht die Nachfrage jedoch zurück. Die Entwicklung geht verstärkt hin zu Computerspielen und Social Media, die sich auf die o.g. Aspekte negativ auswirken. Fehlende attraktive Freizeitangebote und pädagogische Betreuung von jungen Menschen, verbunden mit den sozialen Problemen unserer Stadt können zu negativen gesellschaftlichen Entwicklungen wie Gewalt und Kriminalität mit sehr hohen sozialen Kosten führen. Wir haben bereits in anderen Ausschüssen über das Gewaltpotenzial gegen Lehrer und an Schulen gesprochen. Auch hat die Berichterstattung von Jugendlichen in Stadtzentren berichtet, die dort als Störfaktor wahrgenommen werden. Zwar löst ein Kunstrasenplatz nicht dieses gesamtgesellschaftliche Problem, stellt aber aus unserer Sicht eine sehr große flankierende Maßnahme dar. Daher ist es wichtig, den Vereinssport Fußball attraktiv zu gestalten. Auf der Sportanlage des Westfalia Buer ist man aktuell weit davon entfernt. Um die vorhandenen Probleme zu lösen, den Vereinssport attraktiver zu gestalten und o.g. Ziele zu erreichen wäre der Bau eines Kunstrasenplatzes aus unserer Sicht dringend erforderlich. Das Beispiels Heßler, wo nach dem Bau eines Kunstrasenplatzes der Zuspruch für den Vereinssport Fußball insbesondere im Bereich Jugend deutlich angestiegen ist, zeigt, welche Effekte ein Kunstrasenplatz haben kann. Die Kosten für die Beseitigung des aktuell vorliegenden Mangels wird von der Verwaltung mit circa. 200-230.000 € beziffert. Hierfür müssten unverzüglich Mittel eigestell oder eine Rückstellung gebildet werden. Da macht es Sinn, diese „Kosten für die Behebung des Schadens zu sparen“ und direkt einen Kunstrasenplatz zu bauen. Eine solche Maßnahme würde nach unserer festen Überzeugung dazu beitragen, dass mehr Menschen dort dem Vereinssport nachgehen würden.</p>		abgelehnt	
109	HFBPD	SPD+CDU+GRÜNE	5402	6	<p>Erweiterung des Trinkwasserbrunnen-Netzes in Gelsenkirchen</p> <p>Die Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragen die Fortführung des Programms zur Installation von Trinkwasserbrunnen. Wie im Haushaltsjahr 2021 und 2022 soll das Trinkwasserbrunnen-Netz in den Bezirken ausgebaut werden. Ziel des Programms ist es, mittel- bis langfristig auf möglichst vielen Plätzen einen Trinkwasserbrunnen zu betreiben, um somit die Aufenthaltsqualität – insbesondere im Bereich von Hitzeinseln – zu verbessern. Vor diesem Hintergrund beantragen die Fraktionen von SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Summe von 45.000 Euro (30.000 konsumtiv, 15.000 investiv), um zwei weitere Trinkwasserbrunnen im Stadtgebiet zu errichten.</p>		zugestimmt	
85	BV West	CDU	5402	6	<p>Auf dem Gehweg der Horst-Gladbecker-Straße zwischen "Auf dem Schollbruch" und DB-Unterführung östliche Seite sind Straßenlaternen auf LED Technik der neusten Generation zu installieren.</p> <p>Begründung: Der o.g. Gehweg wird durch die Straßenlaternen auf der westlichen Seite unzureichend ausgeleuchtet. Personen, die diesen Gehweg nutzen, sind beängstigt und fühlen sich nicht sicher, zumal der Gehweg auch noch entlang des Friedhofes Horst-Nord verläuft.</p>	Die Umrüstung der Straßenbeleuchtungsanlage der Horst-Gladbecker-Straße von der Straße "Auf dem Schollbruch" bis zur DB-Unterführung auf LED-Technik der neuesten Generation würde ein Kostenvolumen von 10.000 € mit sich bringen. Eine Umsetzung könnte in der ersten Jahreshälfte 2023 erfolgen.	abgelehnt	
94	BV Nord	CDU	5402	6	<p>Marktplatz im Brömm</p> <p>Einstellung eines Betrages von 20.000,00 €</p> <p>Der Marktplatz im Brömm soll als „Neue Mitte“ Scholvens umgestaltet und aufgewertet werden. Für die ersten niederschwelligen Maßnahmen zur Marktplatzrevitalisierung soll das vorhandene Mobiliar (morsche nicht nutzbare Sitzbänke) ersetzt werden. Außerdem soll die Pflanzfläche im Bereich der Brunnenanlage neugestaltet werden</p>	Die Marktplatzrevitalisierung des Marktplatzes „im Brömm“ soll durch niederschwellige Maßnahmen (Austausch des Mobiliars und Umgestaltung der Pflanzfläche) aufgewertet werden. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass bereits im letztjährigen Haushaltsberatungsverfahren einem Änderungsantrag zu dieser Thematik zugestimmt wurde. Für den damals eingestellten Betrag i. H. v. 10.000 € war jedoch lediglich eine Aufwertung der Grünflächen möglich. Hierzu erfolgen Anfang 2023 noch weitere Arbeiten. Für die nunmehr beantragten 20.000 € könnten 5-6 Bänke ausgetauscht werden. Sollen neben den erwähnten niederschwelligen Maßnahmen auch weitere, tiefgreifende Maßnahmen zur Marktplatzrevitalisierung umgesetzt werden, so müssten geeignete Maßnahmen zunächst untersucht und die entstehenden Kosten ermittelt werden.	zugestimmt	
100	BV Süd	CDU	5402	6	<p>An der Luthenburg</p> <p>Die CDU Fraktion beantragt die Einstellung von 8.000 Euro für die Installation von zwei Laternen auf dem avisierten Verbindungsweg</p> <p>Begründung: Aufgrund des lediglich (teil-)geschotterten Weges, ist die Installation einer Beleuchtungsanlage für die Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls und die Vermeidung von Unfällen geboten.</p>		zugestimmt	

ID investiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstands bereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
110	HFBPD	CDU	5402	6	(entspricht grds. der investiven ID 85, jedoch ist die betroffene Straßenseite zu ändern, daher wie folgt verlesen:) Auf dem Gehweg der Horst-Gladbecker-Straße zwischen "Auf dem Schollbruch" und DB-Unterführung östliche Seite sind Straßenlaternen auf LED Technik der neusten Generation zu installieren. Begründung: Der o.g. Gehweg wird durch die Straßenlaternen auf der östlichen Seite unzureichend ausgeleuchtet. Personen, die diesen Gehweg nutzen, sind beängstigt und fühlen sich nicht sicher, zumal der Gehweg auch noch entlang des Friedhofes Horst-Nord verläuft.			zugestimmt
98	BV Süd	B90/Die Grünen	5402	6	Einstellung des mittelfristigen Ziels „Trinkwasserspender, die im Bezirk Süd errichtet werden, werden zusätzlich mit einem Diebstahlsicheren Hundnapf ausgestattet“ (PG 5402) Begründung: Haustiere gewinnen immer mehr an Bedeutung als dazugehöriges Familienmitglied dazu und die Anzahl der Hunde in Haushalten ist während der Corona-Pandemie noch gestiegen. Die Sommer werden immer heißer und die Menschen sind auch bei diesen Temperaturen mit den Hunden unterwegs. Aus diesem Grund sollen Mittel in den Haushalt eingestellt werden, um zu errichtende Trinkbrunnen im Bezirk Süd zusätzlich mit einem Hundnapf auszustatten. Dieser Napf könnte z. B. per Draht diebstahlsicher an den Brunnen angebracht werden, somit könnten Mensch und Hund gleichzeitig mit Trinkwasser versorgt werden. Dies wäre auch eine gute Alternative für Obdachlose mit Hunden.			abgelehnt
74	BV Nord	SPD	5502	1	<i>Änderungsantrag: Artgerechte Bewässerung des Rhododendron-Parks in Buer</i> <i>Der an der Mühlenstrasse in Buer angelegte Rhododendron-Park erfordert eine artgerechte Bewässerung der dortigen Pflanzen um die Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Gerade bei den derzeit immer wieder kehrenden Hitzeereignissen in den Sommermonaten ist es umso wichtiger, bei den Rhododendron-Pflanzen für einen gleichmäßig feuchten Boden im Rhododendron-Park zu sorgen. Daher soll eine automatische Bewässerungsanlage endlich für eine gleichmäßige und dringend erforderliche Bewässerung des Rhododendron-Parks sorgen. Es sollen dazu 10 000 € in den Haushalt eingestellt werden.</i> ----- <i>Der Änderungsantrag wurde in der Sitzung der Bezirksvertretung Nord am 10. November vom Antragsteller zurückgezogen.</i>	<i>Ein Bewässerungssystem kann hier nur oberirdisch verlegt werden, da es sich um einen bereits angelegten Staudenbestand handelt. Oberirdische Bewässerungssysteme sind im Außenbereich sehr stör- und vandalismusanfällig. Die Kosten für ein oberirdisches Bewässerungssystem mit entsprechender Sensorik belaufen sich im Durchschnitt auf ca. 12 bis 16 € je Quadratmeter, die Erstellungskosten betragen insgesamt somit 25.000 - 30.000 €. Die Kosten für zusätzliche Baumaßnahmen (Wasserleitungen, Wasseranschlüsse etc.) kommen hinzu, können aber an dieser Stelle nicht abschließend beziffert werden. Der Alte Friedhof in Buer steht in der Gesamtheit unter Denkmalschutz. Bauliche Veränderungen (auch im Untergrund) sind vorbehaltlich der Bewilligung der unteren Denkmalbehörde.</i> ----- <i>Der Änderungsantrag wurde in der Sitzung der Bezirksvertretung Nord am 10. November vom Antragsteller zurückgezogen.</i>		<i>Antrag war bereits im laufenden Beratungsverfahren vom Antragsteller in der Bezirksvertretung Nord am 10.11.2022 zurückgezogen worden.</i>
93	BV Nord	SPD	5502	1	Planung und Durchführung einer Bewässerungsanlage für den Friedhof Mühlenstraße In die mittel- bis langfristigen Zielvereinbarungen ist mit der Begründung des historischen Wertes sowie der stadt- und identitätsprägenden Bedeutung die Konzeptionierung des Erhalts der Rhododendron- Parkanlage sowie deren weiterer Gestaltung aufzunehmen.	Die Bepflanzung des Friedhofs Mühlenstrasse wird von der Verwaltung weiterhin im Rahmen der örtlichen Standortbedingungen erhalten und gepflegt. Diese Formulierung wird in die Zielvereinbarung aufgenommen.		zugestimmt
96	BV Süd	SPD	5502	1	Einstellung der erforderlichen Mittel i.H.v. 15.000 Euro zur Umsetzung einer Hundewiese am ehemaligen Friedhof in Ückendorf-Süd Die SPD-Bezirksfraktion bittet die Verwaltung, die veranschlagten Mittel i.H.v. 15.000 Euro sowie die 5.000 Euro aus dem Bürgerhaushalt zur Umsetzung einer Hundewiese in Ückendorf im Haushalt 2023 einzustellen. Begründung: Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger haben gegenüber der SPD-Bezirksfraktion Süd den Wunsch geäußert, eine Auslauffläche für Hunde in Ückendorf einzurichten. Im Haushaltsaufstellungsverfahren für das Jahr 2021 wurde die Idee von der SPD-Bezirksfraktion Süd eingebracht (Drucksache 20-25/776 Anlage 1 – investive Maßnahmen Lfd.-Nr.: 23), die sogar überparteilich auf positive Resonanz gestoßen ist, wie man nun bei einigen Fraktionen in der Öffentlichkeitsarbeit beobachten kann. Leider konnten die Kosten von insgesamt 20.000 Euro in den bisherigen Haushalten nicht abgebildet werden. Daher bitten wir die Verwaltung für das Haushaltsjahr 2023 die Mittel bereitzustellen, um die Hundewiese zeitnah zu errichten.			abgelehnt
90	BV Ost	B90/Die Grünen	5502	1	Einstellung eines Betrages von 5000 € zur Aufstellung einer sogenannten Anti-Rassismus-Bank (PG 5502) Begründung: Die Anti-Rassismus-Bänke setzen ein klares Zeichen gegen Ausgrenzung und Gewalt im öffentlichen Raum. Selbst der ehemalige Innenminister Horst Seehofer hat in seiner Amtszeit öffentlich bekundet, dass vom Rechtsextremismus zurzeit die größte Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft ausgeht. Daher sind solche klaren Zeichen wie eine ebensolche Anti-Rassismus-Bank an symbolträchtigen sowie frequentierten Orten im öffentlichen Raum zur Stärkung der Demokratie wichtig. Wir bitten hierzu um Stellungnahme der Verwaltung, was ein geeigneter Ort für eine solche Bank wäre.	Mögliche Standorte wären in der Darler Aue, in der Grünanlage „In der Gräfte“ (Oststraße/Am Mühlenteich) oder am alten evangelischen Friedhof an der Friedhofstraße in Resse.		abgelehnt

ID investiv	Gremium	Antragsteller (Fraktion)	Produktgruppe	Vorstands bereich	Antragstext	ggf. Stellungnahme	ggf. Änderungen beim Antragstext noch während der HFBPD Sitzung	Abstimmungsergebnis HFBPD
95	BV Nord	B90/Die Grünen	5502	1	<p>Einstellung eines Betrages von 5000 € zur Aufstellung einer sogenannten Anti-Rassismus-Bank (PG 5502 Gelsendienste (GD, Grünanlagen))</p> <p>Begründung: Die Anti-Rassismus-Bänke setzen ein klares Zeichen gegen Ausgrenzung und Gewalt im öffentlichen Raum. Selbst der ehemalige Innenminister Horst Seehofer hat in seiner Amtszeit öffentlich bekundet, dass vom Rechtsextremismus zurzeit die größte Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft ausgeht. Daher sind klaren Zeichen wie eine ebensolche Anti-Rassismus-Bank an symbolträchtigen sowie frequentierten Orten im öffentlichen Raum zur Stärkung der Demokratie wichtig. Wir bitten hierzu um Stellungnahme der Verwaltung, was ein geeigneter Ort für eine solche Bank wäre.</p>	Ein möglicher Standort ist zum Beispiel die Grünanlage Schloss Berge.		abgelehnt
97	BV Süd	B90/Die Grünen	5502	1	<p>Einstellung von zusätzlichen 15.000 € investiver Ausgaben für eine Einfriedung einer Hundefreilauffläche in der Grünanlage „Alter Friedhof“ in Ückendorf (siehe Vorlage 20-25/3022) (PG 5502)</p> <p>Einstellung von zusätzlichen 18.700 € konsumtiver Ausgaben für die Jahre 2023-2025 zur Instandhaltung der entstehenden Hundefreilauffläche (siehe Vorlage 20-25/3022) (s. ID 311)</p>			abgelehnt
104	AfB	WIN	3601, 2102	4,4	<p>Antrag im Rahmen der Haushaltsberatungen für das Jahr 2023 – Zielsetzung: Gründung einer Junior Uni (Produktgruppe 2102 bzw. 3601)</p> <p>Beispiel einer Junior Uni gibt es u.a. in Städten wie Essen, Wuppertal oder Mülheim a.d.R. Die Stadt Essen beschreibt das Konzept, die Zielsetzung und Ausgangslage wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mit der Junior Uni Essen werden neue außerschulische Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für und gemeinsam mit allen Kindern und Jugendlichen, unabhängig ihrer Herkunft und ihres Bildungsstandes, geschaffen ... - Sie impliziert die individuelle Selbstbildung mit dem Ziel der Entwicklung einer autonomen, handlungs-, verantwortungs- und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit und Entfaltung der eigenen Individualität. - In jedem jungen Menschen stecken Talente. Talente sind Begabungen, Fähigkeiten, Stärken, Kompetenzen, Potenziale. Sie benötigen die entsprechenden Möglichkeiten und Zeit, um diese zu erkennen. - Jeder junge Mensch ist einzigartig in seiner Persönlichkeit, seiner sozialen und kulturellen Herkunft, seinen Bedürfnissen und Lernpotenzialen sowie seinem Entwicklungstempo. <p>(Zielgruppe JU Essen: Kinder 6-9 Jahre, Jugendliche 10-14 Jahre, Junge Erwachsene 15-20 Jahre)</p> <p>Städte wie Düsseldorf oder Dortmund folgen einem anderen Ansatz der Junior Uni und versuchen den frühen Kontakt zur Hochschule zu ermöglichen, um akademische Potenziale besser auszuschöpfen und Berührungspunkte („für bildungsferne Gruppen“) abzubauen.</p> <p>Ein solches Modell könnte in Zusammenarbeit mit der Westfälischen Hochschule entwickelt werden.</p> <p>Unter der Zielsetzung Junior Uni ist es der Stadt überlassen, für welches Modell es sich entscheidet. Das kann aus der politischen Debatte und in Auswertung der Gegebenheiten entschieden werden. Vor dem Hintergrund der Herausforderungen unserer Stadt könnten Idealerweise beide Modelle umgesetzt werden. Diese Entwicklung wird in einer solchen „Zielvereinbarung“ weder vorgeschrieben noch ausgeschlossen.</p>	<p>Die junge vhs Gelsenkirchen befindet sich gegenwärtig im Aufbau: Ziel ist es, allen Gelsenkirchener Kindern und Jugendlichen zwischen 8 und 19 Jahren (für einige Angebote auch bis 25 Jahre) Angebote zu machen, die die Bildungs- und Zukunftschancen aller Gelsenkirchener verbessern. Die junge vhs Gelsenkirchen richtet sich an alle Gelsenkirchener Kinder und Jugendliche, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Bildungsstand, etc.. Es sind insoweit auch Angebote für Hochbegabte geplant.</p> <p>Als langfristiges Ziel könnte bei der jungen vhs auch der Aufbau einer „Junior-Uni“ aufgenommen werden.</p> <p>Ergänzend wird auf die Beantwortung des Prüfauftrages der SPD „Kinder-Uni“ aus dem Jahr 2019 zum Haushalt 2020 verwiesen.</p>		zurückgezogen